

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit Anhang zum Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen:**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Anzeigen  
 je Zeile ober deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Anzeigen  
 und Verlesungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 26. September 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. Oktober 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt wird der Seeroman

## „Drauf los!“

Von Jonas Lie

zu Ende geführt. Neu eintretende Abonnenten erhalten den bisher erschienenen Teil des Romans kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Brühlstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.**

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

**1 Mark 10 Pfennig pro Monat**

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Cere in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr. 10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der Schweiz; 9 M. in Frankreich, England, Spanien und Portugal, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der „Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Ausland 3 Mark pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

## Die Käuflichkeit der Presse.

Das Gedächtnis der „öffentlichen Meinung“ ist kurz; die „Käufliche Volksgeltung“ bemerkt zu den Enthüllungen über die Dresdener Presse, sie glaube sich zu erinnern, daß auch die „Kreuz-Zeitung“ ähnliche Vorwürfe vor längerer Zeit erhoben habe. Aufmerksam schwebt dem Centralblatt die bereits von uns erwähnte Aussage vor, welche der Handelsredakteur Dr. Müller vor acht Jahren in der Börse-Enquete-Kommission abgegeben hat, und die unserer Erinnerung noch später von der „Kreuz-Zeitung“ gelegentlich aufgefischt worden ist.

In dieser Kommission ist die schädliche Kellame, die beirrhete Freileitung des Publikums durch die „Presse“, in der achtzehnten der 23 Fragen behandelt, über welche die geladenen Sachverständigen befragt worden sind. Die vernommenen Bankiers drückten sich referiert aus, aber ihre Aussagen bewiesen doch genug.

Schon in einem Prozeß, der vorher stattgefunden hatte (Prozeß Merken), hatte Bankier Abel aus Stettin ausgesagt, daß die Gewährung von Vorkrediten an die Presse „ganz usuell“ sei, und zwar sowohl in der Form von „Beteiligungen“, wie in direkten Geldgaben. Als Bankier Abel über diese Frage auch von der Enquete-Kommission vernommen werden sollte, ließ er sich entschuldigen. Generalkonsul Ruffel von der Diskontogesellschaft drückte sich allgemeiner aus, wollte auch gewisse Arten von Zuwendungen an Börse-Schriftsteller verteidigen, mußte aber zugeben, daß Emissionshäuser der Presse Inserate zuwenden, weil sonst in „sehr vielen Fällen am folgenden Tage ein ungünstiger Artikel über die betr. Emission in der Zeitung steht“, daß also die Erpressung von Inseraten eine weit verbreitete Eigentümlichkeit der kapitalistischen Presse ist. Bankier Kopecki meinte, die Geschichte heile von selber aus, „wenn die Konjunktur vorüber ist, verschwinden auch die dolosen Kellamen“, — eine unabweisliche Monchsferweisheit, die man etwa dahin überlegen kann, daß der Raub am Publikum von selber aufhört, wenn diesem die Taschen geleert sind. Kammergerichts-Rat Meyner äußerte sich sehr gemüthlich; auch die großen Banken verschmähten die Werbung um die Freundschaft der Presse nicht, sowohl durch „Beteiligung“ mit so und so viel und Auszahlung des Gewinnes, oder — und dies besonders bei schlechteren Emissionen — mit Bargeld. Herr Winterfeldt von der Berliner Handelsgesellschaft war dagegen gänzlich „unschuldig“; so was konnte seines Wissens nicht mehr vor. Einige Minuten vorher hatte Kammergerichts-Rat Meyner erklärt, solch eine Behauptung werde wohl wenig Glauben finden. Kammergerichts-Rat Goldberger erklärte, es gebe in der Presse Leute, die für klingende Münze empfänglich seien, aber die „vornehmen Blätter Berlins“ seien unzugänglich. Ja, welche Blätter sind nun vornehm? Es hat sich inzwischen bekanntlich herausgestellt, daß die „Post-Ztg.“ auch zugänglich gewesen ist, von der „Not-Ztg.“ ist es aus früheren Jahren bekannt. Als Professor Schmöller Herrn Goldberger auf die Bestechungskosten in Paris hinwies, die bei jeder Emission Hunderttausende betragen, erwiderte Goldberger, so schlimm sei es bei uns nicht, aber er könne bestätigen, daß es gewisse Bank- und Börseblätter gebe, die in höchstem Grade verstimmt seien, wenn man ihnen die Inserate nicht gebe. Auf eine Frage des Kammergerichts-Rates Mendelssohn erwiderte Goldberger, die Zuwendung von Inseraten in solchen Fällen sei „kein schädliches Kellameweisen; man sei da in der Notlage“. Der Bericht verzeichnet „große

Am offenerzigsten war aus begrifflichen Gründen der Handelsredakteur Müller von der „Kreuz-Ztg.“ Er war der Meinung, daß das bedenkliche der Verbindung zwischen Börse und Presse gerade bei den großen Blättern liege. Ueber seine eigenen Erfahrungen äußerte sich Dr. Müller wie folgt:

„Ich bin vor etwa drei Jahren an die Börse gekommen als Vertreter des „Reichsboten“; sehr bald belam ich ein eingeschriebenes Couvert zugesandt mit einigen Hundert Mark und die Visitenkarte eines Bankiers. Darauf stand: Anbei Ihre Beteiligung an der und der Emission. Ich schickte Geld und Visitenkarte sofort zurück. Ich erkundigte mich unter Kollegen, wessen Fürsorge ich es zu verdanken hätte, daß der Bankier meine Adresse erfahren habe; da sagte mir einer: Das konnte der dumme Mensch auch wissen, daß Sie das Geld so nicht annehmen würden. Es konnte ja jemand dabei sein, während Sie das Couvert öffneten. So muß es nicht gemacht werden. Ich will ihm sagen, daß er Ihnen ein Konto eröffnen und Ihnen mitteilen soll, daß er Ihnen so und so viel Aktien zugeteilt hat. Ich sagte: Bitte, lassen Sie das, der Fall ist erledigt. — Das war nun kein großer Bankier. Später kam aber kaum eine größere Emission vor, ohne daß der eine oder der andere von meinen Kollegen zu mir gekommen wäre und mir gesagt hätte: „Haben Sie schon die Beteiligung an der und der Emission?“ — In diesen Tagen giebt die und die Bank ihre Halbjahrs-Gratifikationen an die Presse aus; Sie stehen doch auch auf der Liste?“ — „Nein, ich verneide es sogar so viel wie möglich, den Herren bekannt zu werden.“ — „Es ist doch gar nichts dabei, es thun ja fast alle, und es handelt sich jährlich um viele Tausende von Mark; kommen Sie her, ich stelle Sie vor.“ Ich habe, um mich zu unterrichten, das Anerbieten, mich den betreffenden Bankdirektoren vorstellen zu lassen, einigemal angenommen; aus Häubedruck und Augenzwinkern entnahm ich, daß man mir Gut machen wollte; es entspann sich ein kleines Gespräch, das ich im richtigen Augenblick abbrach, um die Herren nicht im Zweifel zu lassen, daß ich die Bekanntschaft nicht zu fruchtbar machen möchte. Die Versuche, mich umzustimmen, wiederholten sich öfter, als ich in die Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ eingetreten war. Später wurde mir einmal gesagt: „Wenn Sie Ihre Visitenkarte nicht abgeben oder Ihre Adresse nicht nennen wollen, so lassen Sie doch privatim verlauten, bei welcher Bank Sie ein Depositionskonto haben. Dann wird Ihnen regelmäßig Ihre Beteiligung dorthin anonym übersandt, oder geben Sie eine Dedresse an. Es giebt Mittel genug, um die Sache so heimlich zu machen, daß keine Gefahr mehr damit verbunden ist.“ — Durch solche und andere Mitteilungen von Börse-Redaktionen, für die ich stets auch von anderer Seite glaubwürdige Bestätigung fand, bin ich allmählich in das ganze System der Bestechungen eingeweiht worden. — Ein Redakteur, der regelmäßige Gratifikationen von jährlich mehreren tausend Mark von jeder großen Bank oder doch den meisten bezieht, kann von diesen Zusätzen und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben, und da weitans die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesenen Zeitungen unter diesem Vorne steht, so sind die Banken, welche das Börsegeschäft beherrschen, jeder wirksamen Kritik entzogen. ... Auf die der Oeffentlichkeit gleichgültigen Namen der Empfänger kommt es mir bei meinem Zweck um so weniger an, als keine Garantie dafür besteht, daß deren etwaige Nachfolger im Dienst vor dem gleichen Fehler sicher wären. Ich will den armen Leuten, die das Geld genommen haben, nicht einen persönlichen Vorwurf machen. In bin nicht in Versuchung gekommen, ich hatte das Geld nicht nötig. (Dr. Müller ist vernehmend.) Wenn ich aber bedenke, wie so mancher von meinen Kollegen mit 75 M. monatlich angestellt ist und dafür den ganzen Tag zu arbeiten hat, so kann ich mir erklären, wie er der Versuchung nicht hat widerstehen können. Ich möchte die ganze moralische Verantwortung den Firmen und den Banken zuweisen, welche für die Korruption der Presse sorgen.“

Der Sachverständige erklärte nachher noch, es gebe auch ehrenwerte Redacteurs, die nicht einen Pfennig nehmen, und von denen sei das auch bekannt. Auf eine Frage schilderte Dr. Müller auch die „Firmen“. Anständige größere Banken treten nicht selbst als Geschenkgeber auf, sondern schieben die betreffende Aktien-Gesellschaft, Regierung usw., für welche die Emission gemacht wird, vor. Bei der portugiesischen Tabakmonopol-Ausschreibung habe das hiesige Konsortium 100 000 M. zur baren Verteilung an die Berliner Presse (nicht etwa zu Inseraten) bewilligt, angeblich auf Anregung des internationalen Konsortiums.

Nach diesem Sachverständigen wurde Redakteur Cohnstädt von der „Frankf. Ztg.“ vernommen, der sich gereizt gegen Dr. Müller wandte. Er ließ durchblicken, daß der letztere von den Banken schlecht eingeschätzt sei; ihm, dem Dr. Cohnstädt, sei, als er eben in die Presse eingetreten, eine Summe nicht von Hunderten, sondern von Tausenden geschickt; er habe es als ein Versehen betrachtet und das Geld zurückgeschickt. Nie sei wieder ein ähnlicher Versuch gewagt worden. Redakteur Wiener von „Berl. Tagebl.“ erklärte, er könne nicht so optimistisch urteilen, wie Herr Cohnstädt. Er selber habe sich die Gesellschaft damit von Halle geschafft, daß er den ersten Versuch sofort in seiner Zeitung bekannt gemacht habe. Herr Wiener deponierte noch folgendes: „Es wird zwei oder drei Jahre her sein, als der Mitinhaber der Firma S. Heischöder an mich herantrat und mir sagte: Herr Wiener, ich bin in großer Verlegenheit. Wir haben die Pfandbriefe der russischen Central-Bodenkreditbank konvertiert, und die russische Regierung oktroiziert uns eine Beteiligung für das „Berliner Tageblatt“. Ich weiß nicht, was ich machen soll, die Beteiligung ist natürlich trotzdem abgelehnt

worden.“ Ein andermal sei ihm sein Schreiben mit 1000 M. von der Firma Carl Reuburger ins Haus geflogen.

Auf Grund dieser Aussagen ist die Enquete-Kommission zu dem Vorschlag gekommen, die Börse-Discipline auf die zur Börse zugelassenen Journalisten und auch auf die Zeitungen auszudehnen, wenn letztere ihre Börse-Mitarbeiter durch schlechte Bezahlung in Versuchung führen. In das Börse-Gesetz ist dann ein strafrechtlicher Paragraph aufgenommen, der allerdings sehr verfassungswidrig ist.

Immerhin muß erwartet werden, daß in Dresden der Paragraph zur Anwendung gelangt. Gegen den vom Gericht als Beamter anerkannten Redacteur des königlichen „Journal“ wegen Bestechung und gleichzeitig gegen die Banken, die den Mann bestochen haben, kommen die §§ 332 und 333 des Strafgesetzbuches in Frage, mindestens aber der § 331, wenn nämlich die Handlung, zu der die Bestechung angeht, „an sich nicht pflichtwidrig“ war. Dann kann auf Geldstrafe erkannt werden, sonst auf Zuchthaus oder bei mildernden Umständen auf Gefängnis.

Freilich fast die gesamte bürgerliche Presse findet noch immer kein Wort der Kritik und Enttarnung über dies Frechpanama, das, wenn es in Frankreich entführt worden wäre, tagtäglich in palastartigen Privattelegrammen trafiziert werden würde. Schweiger verrät Gold!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. September.

### Das Ende des Bernstein-Streits.

Die Bernstein-Debatten auf dem Lübecker Parteitag haben am Mittwoch zu einem Ergebnis geführt, das in der ganzen Socialdemokratie, auch über Deutschlands Grenzen hinaus, mit großer Genugthuung begrüßt werden wird. Der harte Kampf hat zu glücklichen Frieden geführt. Indem Bernstein selbst erklärte, den Gefühlen der Parteigenossen die schuldige Achtung und Beachtung zu bezeugen, ist die Gewähr geschaffen, daß er in enger Verbindung Schulter an Schulter mit den Kameraden gegen den Feind den Kampf führen wird, ohne daß der innere Zwist Narben zurückläßt.

Der Ausgang der Bernstein-Debatte bedeutet den Ausgleich aller in der Partei; er bedeutet die feste Absicht, den persönlichen Streit zu begraben. Nicht Sieger und Besiegte giebt es, sondern ehelich Verbundene.

Auf dem Parteitage herrschte, wie uns aus Lübeck telegraphiert wird, allgemeine Freude über die Erklärung Bernsteins. Viele Genossen, die für die angenommene Resolution eingetreten waren, schüttelten ihm die Hand und gaben ihrer Freude über seine Erklärung unverhohlen Ausdruck, so Bebel, Adolf Hoffmann, Leuterer, Stadthagen.

### Der Umschlag.

Mit bewunderungswürdiger Geschwindigkeit hat die bürgerliche Presse kapiert, daß mit dem Ausgang der Lübecker Bernstein-Debatte alle Hoffnungen auf Spaltung und Umgestaltung der Partei gründlich zu Schanden geworden sind. Und sofort ändert sich auch das Urteil über den Genossen Bernstein in ebenso radikaler wie ergötzlicher Weise.

Den Reigen führt an die sonst in ihrem Urteil so schwerfällig nachtrotzende katholische „Germania“. Sie faßelt davon, daß Bernstein in Lübeck unterlegen sei „und mit ihm das Recht der freien Kritik innerhalb der Socialdemokratie“, und bemerkt zum Schluß ganz naiv aus ihrer allein seligmachenden Anschauung der „töblichen Unterwerfungs“-Politik heraus, wie sie von der katholischen Kirche verlangt wird:

„Damit hat Genosse Bernstein sich unterworfen, aber seine wirkliche Niederlage beruht weniger in dem ihm ungünstigen Votum der Mehrheit des Parteitages, als in seiner eigenen unterwürfigen Erklärung, die einer moralischen Selbstvernichtung nahekommt.“

Wenn das Genosse Bernstein wirklich gethan hätte, so müßte diese Rachahmung des Alerikalen Grundgesetzes des Kadavergehorsams doch dem Blatt höchst vertraut und sympathisch sein. Indessen dem Centralorgan kommt es eben aufs ärgerliche Gefühn, nicht auf logische Konsequenz an. Hoffen wir, daß dem Genossen Bernstein die Gunst beschieden sein wird, niemals anders von der bürgerlichen Presse behandelt zu werden wie in der „Germania“-Art.

Auch die „Freisinnige Zeitung“ druckt die Verhandlungen unter der Ueberschrift „Eduard Bernstein Unterwerfung“ ab.

## Deutsches Reich.

Zur Kabinettsregierung in Sachen des Berliner Straßenbahnkonflikts schreibt die „Freie Ztg.“:

Für die gegenwärtige Regierungsweise charakteristisch und bedeutungsvoll, auch weit über Berlin hinaus, ist es, daß auch in diesem Fall der Kaiser im entscheidenden Augenblick zu den verantwortlichen Ministern und den staatlichen Lokalbehörden eine Entscheidung getroffen hat. Nachdem der Kaiser auf das Astenstück, welches die Genehmigung herbeiführen sollte, die Worte geschrieben hat: „Nein, unterirdisch“ (das ist der richtige Text), hat Oberbürgermeister Rischner unter Zustimmung des Polizeipräsidenten und auf Anraten des Ministers für die öffentlichen Arbeiten, v. Tzielen, die Audienz beim Kaiser nachgehakt. Also gerade der Minister des technischen Reichs war der Meinung, daß die Forderung des Kaisers unausführbar sei, und daß es nur einer sachlichen Darstellung bedürfte, um den Kaiser zu einem andern Entschluß zu bewegen.

Was helfen alle diese Klagen, wenn der Freisinn nicht die Konsequenzen zieht.



**Gegen den Zollwucher.**

**Protest katholischer Arbeiter gegen die Centrumpolitik.**

Man schreibt uns aus Essen: Ein eigenartiges Mißgeschick passierte der frommen Brotwucher-Partei in Essen. Sämtliche Bau- und Arbeiter-Organisationen — freie Gewerkschaften und christliche Verbände — hatten beschlossen, gemeinsam bei der Stadtverwaltung den Antrag auf Einstellung eines Arbeiters als Bauenkontrolleur zu stellen. Die endgültige, gemeinsame, öffentliche Versammlung, welche einen formulierten Antrag acceptierte, fand in dem christlichen Vereinshaus statt. Nach Annahme des Antrages an die Stadtverwaltung brachten Vertreter der freien Gewerkschaften eine Protestresolution gegen die Centrumpolitik. Der Leiter des christlichen Bauerverbandes, rühmlichen Andenkens als Streikführer-Organisator — Hans Lange — forderte seine Getreuen auf, durch Flucht aus dem eigenen Hause der Gefahr zu entgehen! Doch vergeblich war des Verräters Bemühen, nur ganz, ganz wenige waren es, die Verständnis für die Angst des christlichen Führers zeigten. Fast sämtliche christlichen Gewerkschaftler blieben in ihrem Hause und stimmten für die Protestresolution! Das entwichte christliche Haus wird nun wohl ausgeräumt werden.

**Kerner wird aus Kalk gemeldet:**

Eine interessante Protestversammlung gegen den Zolltarif fand am 21. September im deutschen Saale statt. Die Versammlung war sehr stark von den verschiedenen Arbeiterorganisationen besucht, außerdem auch von Vertretern des Mittelstandes. Herr Pastor Köpcke aus Düsseldorf hielt das Referat. Er nahm Bezug auf die kürzliche Versammlung der christlichen Metallarbeiter in Köln, die zwar in der Mehrzahl sich gegen die höheren Zölle ausgesprochen, aber doch den Beschluß gefaßt hatte, innerhalb der christlichen Gewerkschaft die Zollfrage nicht zu diskutieren, weil dadurch nur Uneinigkeit geschaffen würde. Die christlichen Gewerkschaften in Kalk waren der Meinung, daß der kleine Verein von 30 Leuten in Köln nicht maßgebend wäre. Die christlichen Metallarbeiter in Kalk seien alle gegen den Brotwucher und würden auch in ihrer Organisation diese Stellung zum Ausdruck bringen. Die von christlicher Seite vorgeschlagene Resolution betonte demgemäß, daß man in den höheren Zöllen keinen Akt der ungerechten Gerechtigkeit erblicken könne, weil diese nur dem größeren Grundbesitzer zu gute kämen. Man müsse für langfristige Handelsverträge ohne Lebensmittelpreiserhöhung eintreten. Nach langer Debatte wurde die Resolution einstimmig angenommen. Weitere Protestversammlungen fanden innerhalb des nieder-rheinischen Centrumsgebietes statt in Derendorf, Ratingen und Hilden. Ueberall herrschte in der Verwerfung der höheren Zölle vollständige Einmütigkeit.

Die „Deutsche Reichspost“, das Organ der Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, erklärt, man könne den Vorgesetzten der Konserativen, die Einnahmen aus den Zollserhöhungen für Aufbesserungen der Unterbeamtengehälter zu verwenden, nach den bisherigen Erfahrungen, keinen Glauben schenken. Die Unterbeamten müssen, im Interesse der Selbsterhaltung gegen die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel Einspruch erheben, sofern ihnen nicht zugleich eine entsprechende allgemeine Aufbesserung der Gehälter und eine zeitgemäße Reform des Wohnungsgeldzuschusses gewährt wird. Sie erwarten ferner von der Reichs-Postverwaltung, daß sie nicht verfehlen werde, bei den Zollberatungen auf die schwierige Lage ihrer Unterbeamten nachdrücklich hinzuwirken, die alles eher ertragen können, als eine Belastung ihrer täglichen Ausgaben für den Lebensunterhalt. Die Unterbeamten fühlen jeden Pfennig, der ihnen infolge des Zolltarifs entzogen wird.

Gegen den neuen Zolltarif-Entwurf faßte auch der Deutsche Schutzverein der Lack- und Farbenindustrie in Berlin nach einem Referat seines Syndikus Herrn Dr. A. Dürenner in der letzten Versammlung folgende Resolution: Die Versammlung erhebt Einspruch gegen die in dem Zolltarif-Entwurf zum Ausdruck gekommenen agrarisch-höchstzulässigen Bestimmungen, welche die gesunde Unterlage unseres gesamten Wirtschaftslebens durch Erschütterung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande zu untergraben drohen. Namentlich bekämpft die Versammlung die nicht zu rechtfertigenden Zollserhöhungen auf die Rohstoffe für die Lack- und Farbenindustrie sowie für das Buchhandwerk, das durch die beschlossenen Maßnahmen in seiner Existenz ernstlich bedroht wird. Die Versammlung richtet daher an den Bundesrat, den Reichstag und die Reichsregierung die dringende Bitte, an der bisherigen bewährten Handelsvertrags-Politik festzuhalten und eine Erhöhung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel und industrielle Rohstoffe, besonders aber die gesetzliche Festlegung von Mindestzöllen, entschieden abzulehnen.

Die bremische Gewerkschaft hat jetzt ebenfalls gegen den Zolltarifentwurf protestiert. In der abgegebenen Erklärung heißt es u. a.:

Da in dem vorliegenden Entwurf angewandte System des energischen Protektionismus erscheint in seiner einseitigen Schärfe nicht nur nicht erforderlich, sondern im höchsten Grade verderblich. Die daraus der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Wohlfahrt unseres Volkes und seiner Weltanschauung drohenden Gefahren können nicht scharf genug der Regierung durch einmütige Stellungnahme von Handel und Gewerbe in Erinnerung gebracht werden.

In ähnlichem Sinne haben sich auch die Handelskammern zu Leipzig und für das Fürstentum Reuß j. L. ausgesprochen.

**Der Zollwucher und der Verein für Sozialpolitik.**

In der am Dienstag stattgefundenen zweiten Versammlung der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurden nicht weniger als drei Referenten ins Gespräch geführt, die drei verschiedene Standpunkte vertraten. Der erste, Professor Vogt, bekannte sich als entschiedener Gegner des Zollwuchers, der zweite, Prof. Schumacher-Köln, als ein eben so warmer Befürworter desselben, während der dritte Referent, Prof. Bohle-Frankfurt eine mittlere Nuance vertrat, das heißt, innerhalb eines Zoll für Getreide in Höhe von 5-8 M. für notwendig erklärte. Aber auch der erste zollwucherfeindliche Referent, Professor Vogt, glaubte den Vorschlag machen zu sollen, daß der Staat diejenigen wirklich notleidenden Grundbesitzer, die bei normalen Getreidepreisen nicht existieren könnten, mit etwa einer Milliarde Mark auskaufen soll. Die erworbenen Flächen solle man verpachten, ohne die Verzinsung der Kaussumme auf den Pachtpreis zu schlagen, so daß die Gesamtsumme jährlich 35 Millionen, immerhin also nur den neunten Teil dessen, was die agrarische Vergeßlichkeit durch die Wucherzölle verlange, für die notleidende Landwirtschaft aufzubringen habe. Ein Vorschlag zur Güte, über den ernsthaft zu diskutieren sich natürlich nicht verlohnt.

Aus den im übrigen recht verständigen Ausführungen seien einige Stellen wiedergegeben: Es werde bekannt, in wie hohem Maße sich die deutsche Landwirtschaft heute bereits der Industrielebensentwicklung angepaßt hat. Es ist sehr bedauerlich, daß über diese wichtige Frage nicht eine Reichs-anquete mit öffentlichem kontrastförmigen Verfahren veranstaltet worden ist. In Ermangelung einer solchen müssen die Erhebungen des getreidezollfreundlichen deutschen Landwirtschaftsrates, die sich auf 1526 Betriebe mit einer Gesamtfläche, größer als das ganze Herzogtum Sachsen-Koburg, beziehen, herangezogen werden. Das wichtigste Ergebnis ist, daß von rund 34 Millionen Mark Bruttoeinnahmen in diesen vom Landwirtschaftsrat als typisch bezeichneten Betrieben an Getreideverkauf nur 26,4 Proz., an sonstigen Uebererträgen (Zucker- rüben etc.) 10,3 Proz., dagegen an Verkauf von Tieren und tierischen Erzeugnissen 40,6 Proz., ferner an landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen 8,9 Proz., an Waldbau, Weinbau etc. 7,6 Proz. verdient sind. Im rechts-

rheinischen Bayern hat der Getreideverkauf vollends nur 15,5 Proz. der Gesamteinnahmen geliefert. Selbst wenn es gelänge, für Getreide aller Art den Preis um 33/3 Proz. des bisherigen Standes zu steigern, würden in den bayerischen Betrieben die Einnahmen aus Getreide bloß von 127 491 M. auf 170 000 M. steigen; dafür stände bei so enormen Getreidepreisen sicher ein Rückgang der Einnahme für Milch, Butter und Rindfleisch, die bisher zusammen 270 000 M. einbrachten, bevor. Nur in den Gegenden des ostelbischen Großgrundbesitzes, sowie in Sachsen-Altenburg und Hessen beträgt die Einnahme aus dem Getreideerlös mehr als die durchschnittlichen 26,4 Proz. des Bruttoerlöses.

Man kann den ärmern Klassen, die höchstens 2 bis 2 1/2 Mark täglich für Nahrung ausgeben können, nicht 75 Pf. statt 50 Pf. für Brot abnehmen und zugleich höhere Preise für den übrigen Verbrauch anzuwenden. Wenn die Läden einmal leer sind, kann man auch bei höchsten Preisen nichts mehr herausziehen. Das Verlangen nach einem lächerlichen Zolltarif ist doch symptomatisch, daß erhöhte Getreidezölle dem durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betrieb nicht den gewünschten Vorteil bringen können. Praktisch hat freilich der lächerliche Zolltarif wenig Aussicht. Wenn die industrielle Entwicklung als unvermeidlich erkannt ist, müssen wir uns ihr anpassen, nicht sie vernichten. Nicht einmal der landliche Arbeitermangel würde bei erhöhten Agrarzöllen beseitigt werden können. Wohl aber würden die entsetzenden Streitigkeiten zur Beschränkung der freien Koalition der Arbeiter in den Städten und schließlich zu allgemeinen Beschränkungen der Freizügigkeit führen. Ueberdies werden Verteuerungszölle nach wenigen Jahren, wenn sie erst völlig wirken, durch den Unwillen des Volkes hinweggefegt werden. Die Aufregung bei der Erneuerung 1891 ist hierfür lehrreich.

Zum Schluß soll die Ansicht derjenigen zurückgewiesen werden, die zwar Handelsverträge mit europäischen Staaten empfehlen, jedoch erhöhte Zölle gegen Amerika, sowohl gegen die Vereinigten Staaten wie gegen Argentinien empfehlen. So weit zur Begründung dieses Ratsschlages mit der Handelsbilanz argumentiert wird, wird das Vorübergehende des gegenwärtigen Ausfuhr-Ueberschusses der Vereinigten Staaten übersehen. Je mehr die Vereinigten Staaten aus einem Schuldnerstaat in ein Gläubigerland sich verwandeln, um so mehr schwinden für dieses Land die Voraussetzungen einer aktiven Handelsbilanz. Deutschlands heutige passive Handelsbilanz gegen Nordamerika wird ganz mit Unrecht als ein Unglück angesehen. Im übrigen würde ein Zollkrieg, mit den Vereinigten Staaten und Argentinien gleichzeitig begonnen, geradezu die Amerikaner zwingen, statt des deutschen Marktes den englischen, süd-amerikanischen und ostasiatischen Markt zu erobern.

Wenn aber einige deutsche Industrien aus Angst vor der amerikanischen Industrie nach Schutzzöllen rufen, so ist dies ein trauriges Symptom der Verzweiflung. Wenn die Amerikaner insbesondere durch bessere Verkehrsmittel und überlegen sind, so wäre es einfacher, die Fortschritte des amerikanischen Verkehrsweises nachzuahmen, statt nach Schutzzöllen zu rufen. Kanäle abzulehnen, Rheinzölle zu fordern und regionale Eisenbahn-Tarifpolitik zu verfechten. Nicht in den Gefahren der amerikanischen Konkurrenz, nicht in der augenblicklichen, hoffentlich vorübergehenden Geschäftsdrepression liegt heute das Bedrohende, sondern in dem Anruf des Staatsengriffs in jede Konkurrenz, in dem Anruf der Politik für Sonderinteressen. Möge der Kampf um den neuen Zolltarif angesichts dieser Strömungen klärend und befreiend wirken.

Prof. Schumacher bedauert, daß der Tarifentwurf schon jetzt an die Öffentlichkeit gekommen sei. Ein Minimaltarif, und zwar für die Industrie nicht minder wie für die Landwirtschaft, sei ja das Wünschenswerteste, allein die Hauptfrage sei, daß der General- oder Maximaltarif entsprechend hohe Sätze aufweise, die zur Grundlage der Zollvertrags-Verhandlungen dienen und ein allzu großes Entgegenkommen verhindern. Die Spannwerte, auf die es vor allem ankommt, wird in höherem Maße, als durch den Minimaltarif, bestimmt durch den höheren Sätze enthaltenen General- oder Maximaltarif. Ueber die von ihm für notwendig gehaltene Höhe der Zollsätze äußert sich dann der Referent: Ein Zoll von 6,5 M. für Weizen und von 6 M. für Roggen sei demnach wohl zu rechtfertigen. Die anderen Sätze lassen sich nicht allgemein beurteilen. Allgemein läßt sich nur sagen, daß sich die vorgeschlagenen Zollsätze in mäßigen Grenzen halten.

Den Gefahren eines Zollkrieges mit Amerika sieht Professor Schumacher, dieser Auffassung entsprechend, mit aller Gelassenheit entgegen.

Der dritte Referent, Professor Bohle, entpuppte sich zwar als kein robuster Hochschutznoller, wie der zweite Referent, aber in seiner Rede referierte er sich doch schließlich wie folgt:

„Ein Zoll von 5-8 M. auf Getreide halte ich für notwendig, wenn ein dauernder Rückgang des Getreidebaus in Deutschland vermieden werden soll. Ich finde demnach, daß die Zollsätze des Entwurfs durchaus nicht etwa zu hoch gegriffen sind. Ich möchte nicht unterlassen, recht laut und deutlich zu erklären, daß ich den Weg, den die Regierung in der Handelspolitik eingeschlagen gewillt scheint, für den richtigen halte. Die Getreidezölle sollen auch nach meiner Meinung nur vorübergehend sein, allein sie sollen auch nicht eher wieder beseitigt werden, als bis die Ursachen aufgehoben werden, die zu ihrer Einführung zwangen; wann — das vermag heute noch niemand zu sagen.“

Die Diskussion, die den Vorträgen folgte, war belanglos. Auf welcher Seite die Mehrheit der Herren Socialpolitiker des Vereins sich befindet, muß erst die weitere Diskussion lehren.

**Der kaiserliche Abstecker nach Wschythen**

Ist trotz seiner Originalität in fast der gesamten Presse mit auffällender Zurückhaltung behandelt worden. Man hat sich in fast allen Fällen mit dem Abdruck des offiziellen Telegramms begnügt. Eines der wenigen Blätter, die in eine Erörterung über das Vorkommnis eintreten, ist die „N.-Westf. Ztg.“. Das wild-national-liberale Blatt äußert folgende Bedenken:

Es ist eine den nächstern Erwägungen unverständliche übermäßige Ehrung eines fremden Souveräns, wenn der Vertreter der Souveränität des Deutschen Reichs, der Kaiser, sich lediglich zum Voten eines fremden Herrschers und zum Vollstrecker eines Auftrags desselben an seine Untertanen macht, indem er zugleich vor Dorfbewohnern eine Rede auf den Landesherren hält und sie zur Ergebenheit ihm gegenüber ermahnt. Wir zweifeln, ob die tiefe Vererbung, die hier der deutsche Kaiser angeerbt der ganzen Welt vor dem Jaren macht, in Ausland eine Gegenliebe erwecken könnte, von der wir politische Vorteile haben werden. Dazu ist die russische Diplomatie rein formellen Höflichkeiten viel zu ungenügend. Die Ueberreichung der Geldsumme hätte weniger den Charakter eines reinen Auftrags gehabt, wenn der Kaiser gleichzeitig selbst eine Summe als eigne Spende überreicht hätte. Die bedenkliche Frage, die hierbei im Auslande aufgeworfen werden wird, ob nicht die Wahl einer andern Form der souveränen Würde des Deutschen Reichs mehr entsprochen haben würde, wird den tiefen Eindruck nicht zur Geltung kommen lassen, den die Tatsache deutsch-russischer Freundschaft außerhalb der deutschen Grenzen, besonders jenseits der Bogenen, machen muß.

**Die Chinabente.**

Trotz der wiederholten hundertfachen dringenden Anfragen der Presse ist bis zum Augenblick noch keine offizielle Erklärung über die Art der Aneignung der astronomischen Instrumente erfolgt. Man ignoriert einfach den Entlastungsturm der Öffentlichkeit. Wohl aber meldet jetzt wieder eine Korrespondenz: Die Aufstellung der astronomischen Instrumente der Peking- Sternwarte wird auf Befehl des Kaisers nicht sofort vorgenommen, vielmehr soll mit der Herstellung der Fundamente vor dem Drangergebäude im kommenden Frühjahr begonnen werden.

Da für die zum Teil sehr schweren Gegenstände außerordentlich starke Fundamente notwendig sind, wird eine öffentliche Beschaffung der Instrumente nicht vor der Mitte des nächsten Jahres stattfinden können.

Zu Reichstag wird man die indiskreten Fragen schweigsam ignorieren können!

**Ausland.**

**Frankreich.**

**Verweigerte Guldigung.** Hat der sozialistische Bürgermeister von Reims mißfallen, weil er den russischen Autokraten nicht unterwürdig genug angeteilt hat, so hat sich der sozialistische Maire von Lille, Delory, bei der bürgerlichen Gesellschaft des Weges unbeliebt gemacht, weil er die öffentlichen städtischen Gebäude nicht hat besetzen lassen. Der Präfekt hatte ihm, wie allen andern Bürgermeistern, die Besetzung anempfohlen, er hat sie indes verweigert. Der Temps ist über die verweigerte Guldigung des Gastes Frankreichs sehr ungehalten und konstatiert ärgerlich, daß in dem Proteste gegen den Jarenbesuch alle sozialistischen Fraktionen Frankreichs einig gewesen sind.

**Die Deputiertenkammer** soll nach einem vorläufigen Beschluß des Ministerrats am 22. Oktober zusammentreten. Voraussetzung dabei ist, daß bis dahin die Budget-Kommission mit ihren Arbeiten genügend vorgeschritten ist. Bei der Herbstsession sollen außerdem in erster Linie das Alterspensionsgesetz und das Gesetz betreffend die Handelsmarine zur Beratung kommen.

**Der anarchische Redacteur des Anarchistenblattes „Liberaire“**, Tailhade, und der Verwalter dieses Blattes, Grandvoisier, sind wegen eines heftigen, zum Morde aufreizenden Artikels gestern vom Untersuchungsrichter verhaftet worden. Tailhade beanspruchte die Verantwortlichkeit für den Artikel. Grandvoisier erklärte, der Artikel sei von ihm vollständig gebilligt worden. Er stimmt mit der von dem Blatte eingeschlagenen Tendenz überein. Beide Angeklagten wurden vor das Schwurgericht verwiesen.

**Der russische Bump.** Die aus halbamtlicher Quelle in Paris verlautet, ist die Aufnahme einer bedeutenden russischen Anleihe in Frankreich bei dem Jarenbesuche zwar erwähnt, auf Verlangen einer bedeutenden französischen Persönlichkeit aber vertagt worden. Dieselbe dürfte nicht vor Mitte nächsten Jahres zum Abschluß gelangen.

**Spanien.**

**Demission des Marineministers?** In Madrid sind neuerdings Gerüchte über eine ministerielle Krisis verbreitet. Der Marineminister Herzog von Beragua soll sein Amt niederlegen und zwar, weil der Stand des Staatsschatzes nicht gestalte, seine Pläne betr. die Vermehrung der Flotte zu verwirklichen.

**Amerika.**

**Esgolgosz** ist, wie schon telegraphisch gemeldet, von der Furch zu Buffalo des Nordes schuldig gesprochen worden. Das Strafmaß wird, wie der Richter am Schluß der Verhandlung erklärte, am Donnerstag verhängt werden. Aus der Verhandlung am Dienstag ist noch zu erwähnen: Der Verteidiger stellte durch Ansuchen des Dr. Mann fest, daß der Befund bei der Autopsie ungewöhnlich gewesen, und daß Mc Kinley durch starke Ueberarbeitung geschwächt gewesen sei. Das habe zweifellos dazu beigetragen, die Sache zu dem bekannten Ausgang zu führen.

Der „Frankfurter Jtg.“ wird aus New York gemeldet: In St. Louis hat ein gewisser Saftig, der wegen Diebstahl verhaftet wurde, erklärt, er, Esgolgosz und ein anderer Mann hätten ein Komplott gegen Mc Kinley angezettelt. Die Angaben sind unglaubhaft.

**Der Boeren-Krieg.**

Wie das „Reutersche Bureau“ aus Ratjesfontein vom 23. September meldet, haben sich viele Farmer in dem Distrikt von Sutherland mit den Kommandos unter Maritz Louw und Smith vereinigt. Es mehren sich die Zeichen dafür täglich, daß die Republikanische der Schauplatz der letzten Ereignisse des Krieges sein wird. Malan rückt nach Sutherland vor, nachdem er in dem Orange-Freistaat mit De Wet Rücksprache genommen. Major Gayer griff Theron an, welcher am 22. September die Eisenbahn südlich vom Louw-Fluß mit etwa hundert Mann überschritten hat. Der Erfolg des Gefechtes ist nicht entschieden. Schepers ist nach Nordwesten über Mairingspoort durchgebrochen. Es wurde ein Farmer hierher gebracht, der beschuldigt wird, den Engländern falsche Informationen gegeben zu haben, die es möglich machten, daß Theron die Bahnlinie überschritt.

Aus Bloemfontein wird gemeldet: Die Werbe-Bureaus zur Anwerbung von Deonaryds, welche auf Bezahlung der englischen Regierung in verschiedenen Orten errichtet worden sind, haben sehr dürftige Resultate gezeitigt. Die Zahl der erforderlichen Erfahrungsmännern konnte auf diese Weise nicht erreicht werden.

Lord Kitchener telegraphiert: Den letzten Nachrichten aus Natal zufolge scheinen die Boeren sich nach Osten und Südosten zu bewegen.

Die vom Kriegsamt veröffentlichte Liste über die englischen Verluste in Südafrika umfasst an Toten 1 Offizier und 32 Mann, an Verwundeten 1 Offizier und 80 Mann, ferner 41 Gefangene und sechs an Krankheiten Verstorbene.

**Parteitag**

**der deutschen Socialdemokratie.**

(Schluß aus der 2. Beilage.)

**Ehrhardt:**

Ich befürchte, daß die Presse in dieser Diskussion viel zu kurz kommt. Calver hat die Provinzpresse für rücksichtslos erklärt; es thut mir sehr leid, daß Calver unter die freien Schriftsteller gegangen ist und nicht in einer Redaktion gezeigt hat, wie ein Redacteur etwas leisten kann. Es ist das ein schwerer Vorwurf gegen die Provinzpresse, wenn man sieht, in welcher Weise Redaktionen und Expeditionen mit den Arbeitern Hand in Hand arbeiten, um die Erträge des Blattes zu erhalten. Wenn wir das einführen wollen, was Calver will, den meisten Organen wäre das Lebenslicht ausgeblasen. Eine derartige Kritik gehört nicht in die „Socialistischen Monatshefte“, sondern auf den Parteitag. Ich glaube wohl, daß Calver und andere die Preszkommmissionen ein Greuel sind, aber sie sind nötig, wenn sie auch oft lästig sind. Es ist schuld mancher Redactors, wenn er in der Preszkommmission nicht aufkommt. Die Redaktion muß Hand in Hand mit dem Geschäftsführer gehen, denn wenn dieser nicht leistungsfähig ist, ist es die Redaktion erst recht nicht.

Die parteigegenständlichen Redactoren haben eine Kampfsorganisation gegründet, sie wollen ihre geistige Arbeit höher einschätzen haben; sehr schön, aber sie sollen nicht nur von ihren Rechten reden, sondern auch von ihren Pflichten. Es ist ein schwerer Vorwurf für die Redactoren, wenn Calver und andere andeuten: billig und schlecht; das heißt, der Redacteur würde, wenn er besser bezahlt würde, besser arbeiten. Das ist in unserer Parteigeschichte gar nicht traditionell. Was mußte der alte Liebherr mit seinem jämmerlichen Gehalt früher machen! Die Redactoren sollten durch ihre Leistungen das Blatt, den Abonnentenstand und damit auch die Leistungsfähigkeit des Verlages heben. Von der Verweigerung immer auf die bürgerliche Presse, greift aber nur ein paar Ausnahmefälle heraus, während das vielfach ganz grauenhafte Zustände herrschen. So ist mir ein Redaktionskuli bekannt, der für 135 M. monatlich täglich eine ganze Kuhhaut voll schreiben muß und dazu noch vier Kopfoläter.



**Singer:** Ich ersuche den Redner, auf die Vorschläge des Vereins Arbeiterpresse an die Beleger hier nicht einzugehen, weil jedes Material dem Parteitag fehlt.

**Schhardt:** Aber über den Ton in der Presse muß ich noch was sagen. Noch weit nötiger, als über Bernstein zu Gericht zu sitzen, ist es, zu Gericht zu sitzen über die Art, wie man Parteigenossen behandelt. J. B. wie der „Vorwärts“ Calver abgefangelt hat, der bei allen Sünden doch noch immer Parteigenosse ist. Da ist in unsrer Parteipresse ein Ton durch den Zug aus dem Ofen hineingekommen (Heiterkeit), und zwar männlicher und weiblicher Seite. (Heiterkeit.) Die eine spricht in Mainz von den „Russen“ auf dem Parteitag, und in der „Neuen Zeit“ — ich gebe zu, daß es sehr bequem ist, wie Gradnauer und Auer den Kotau vor der Rosa zu machen (Heiterkeit), sich mit ihr abzufinden, Frieden mit ihr zu schließen, aber wir können doch nicht alle dazu kommen, und wir wollen auch nicht mit der lieben Rosa den Frieden so schließen. Ich protestiere aber dagegen, daß wir uns einen solchen Ton gefallen lassen müssen, denn wir machen Anspruch darauf, unsre Schuldigkeit ebenso wie jeder zu thun. Ich bedaure, daß die „Neue Zeit“ gerade auf diese Mitarbeiter fast ausschließlich angewiesen ist. Sie haben das Wort geföhrt: „billig und schlecht“. Auf die „Neue Zeit“ paßt das nicht ganz, denn sie kostet der Partei sehr viel Geld und trotzdem entspricht sie uns nicht, trotzdem entwickeln sich neben ihr andre Organe, die ihr das Wasser abgraben. (Zustimmung.) Da gehört ein Mißtrauensvotum hin. Wir fordern Selbstkritik auch in Bezug auf die Behandlung von Personen. Es wird viel leeres Stroh gedroschen. Statt dessen sollte man sich mehr mit der Kleinarbeit beschäftigen. Es kommt allmählich eine Habrithätigkeit nach den Gepflogenheiten der bürgerlichen Presse auf, und bei aller Hochachtung, die ich für unsre Akademiker habe, möchte ich Ihnen empfehlen, mehr Fühlung mit der Masse zu suchen. (Sehr richtig.) Meine Redezeit habe ich ausgenutzt. Sie wissen, ich bin gerecht: ich hätte noch mehr zu sagen, aber ich verzichte.

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Debatte über die Presse wird fortgesetzt.

Dr. Südekum-Dresden:

Ein Teil dessen, was ich ausführen wollte, ist bereits durch die vorhergehende Diskussion erledigt worden, z. B. ein Teil der Klagen, die in weiten Kreisen gegen die „Neue Zeit“ laut geworden sind. Mehr noch als die Forderung von Schhardt hat mich die entschiedene Art und Weise erfreut, in der Webel gestrichelt in dieser Hinsicht von Parvus abgerückt ist. Einmal habe ich gehört, daß Kautsky die Verantwortung für die Artikel nicht trägt, da er zu jener Zeit auf Urlaub war. Aber aus der eigentlichen Nummerierung dieser Artikel, die den Schluß aufkommen lassen, als sei ein Artikel ausgefallen, läßt sich vielleicht vermuten, daß selbst seinem Vertreter der eine Artikel zu stark war. Ebenso kam ich mich vollkommen dem Urteil Thiele über Grunwald und die Art seiner Polemik anschließen. Ich bin kein Verehrer studentischer Sitten, aber das eine gefällt mir immer daran, nämlich die Art, wie junge Studenten, die Korporationen angehören, sobald sie anfangen, zu läppig zu werden, sofort immer an ihre Jugendzeit erinnert werden. Das hätte doch auch Grunwald nicht aus den Augen lassen sollen, als er in seiner Weise so polemisierte anfang. Nun bin ich weit entfernt, das Alter und die Länge der Parteizugehörigkeit schließlich zum Maßstab der Tüchtigkeit zu machen. Ich weiß ganz genau, daß sogar graue Haare nicht vor Thorheiten in der Partei schützen, ja sogar Leute, die gar keine Haare mehr haben, können Dummheiten machen, aber das hindert doch nicht, daß in den Reihen gerade der Kollegen Grunwalds die Empfindung vorherrscht, daß es bedeutend weiter gewesen wäre, wenn er in anderer Form seinen Eintritt in die journalistische Parteitätigkeit vollzogen hätte.

Nun zu etwas anderem! Zwei kritische Aufsätze über die Parteipresse, die in letzter Zeit veröffentlicht sind, geben mir Anlaß zu einigen Bemerkungen. Auch ich bin der Meinung, daß der Calver'sche Artikel sehr starke Uebertreibungen enthält. Aber er enthält auch manches Richtige. Unleugbar leidet unsre Parteipresse, insbesondere die Heine, unter einer Unformität. Aber so fälschlich unsre Parteipresse in einzelnen Punkten vom journalistisch-technischen Standpunkte auch sein mag, nirgends steht sie doch schon wegen ihrer Integrität über einem großen Teil der bürgerlichen Presse, bei der es ja jetzt wieder gelungen ist, in Dresden die Korruption aufzudecken.

Aufsehen erregt hat auch der Artikel des Genossen Julian Vorwardt in der „Neuen Zeit“. Er erhebt die ja nicht neue Forderung der Begründung einer Jugendzeitschrift. In Dresden wird aus privater Initiative ein Versuch damit gemacht von meinem Kollegen Dr. Morgenstern in Verbindung mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Wir werden einen schweren Stand haben, aber die freundschaftlichen Worte Pfannkuchs lassen mich hoffen, daß uns die moralische und auch praktische Unterstützung durch den Parteitag nicht fehlen wird. Lassen Sie mich einige Worte über den Plan sagen. Die Jugendzeitschrift ist als selbständige Zeitschrift von 16 Seiten mit Umschlag gedacht. Sie ist nicht für höhere A-B-C-Schüler gedacht, sondern wendet sich an jenes kritische Alter, wo das Kind die Schule verläßt, um ins Leben zu treten, an das Alter von 13, 14, 15 Jahren. In Dr. Morgensterns glauben wir die geeignete Persönlichkeit für die Redaktion gefunden zu haben, der mit Hilfe unsrer besten Parteischriststeller und hervorragender Pädagogen das Blatt schaffen wird. Auch der geschäftlichen Tüchtigkeit des Genossen Walfisch, des geschäftlichen Leiters, dürfen wir vertrauen. Ich hoffe, daß Ihnen in kurzer Zeit etwas Näheres vorgelegt werden kann. (Bravo!)

Richard Fischer:

Wenn ich in der geschlossenen Sitzung oder in der Bernstein-Debatte zum Wort gekommen wäre, dann wäre ich dort schon meine Schmerzen losgeworden. So muß ich hier etwas ausführlicher werden, soweit dies unter dem Beschränkten-Maßstab möglich ist. In der Bernstein-Debatte haben wir uns über den Begriff der Wissenschaft unterhalten. Da wird denn doch die Frage angeregt, ob unsrer wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit“, diesen Begriff erfüllt, ob sie auf einer höheren Stufe steht, der kritischen Forschung dient und alle auftauchenden Probleme diskutiert und löst.

Ich habe mir Material aus der älteren Zeit nicht mitgebracht, aber auch die letzten Tage haben genug Material gebracht. Immer mehr macht sich die bedauerliche Tatsache bemerkbar, daß in der „Neuen Zeit“ entgegengesetzte Meinungen niedergeschlagen werden. Immer mehr wird die „Neue Zeit“ Organ des Kampfes einer bestimmten Anschauung. Es ist eine traurige Tatsache, daß fast alles, was literarisch thätig in unsrer Partei ist, die „Neue Zeit“ verläßt und einer Revue folgt, die nur durch eine Personalunion, durch die Person des Redakteurs, verbunden ist mit der Partei, und daß die Partei gar keinen Einfluß auf die Redaktion hat, während sie immer häufiger verantwortlich dafür gemacht wird. Wie ist es zu dieser Tatsache gekommen? Es ist eben nicht jedermanns Geschick, an demselben Tisch mit ein paar literarischen Kaufhunden zu sitzen, die nur auf die Gelegenheit warten eine entgegengesetzte Meinung niederzulegen. (Sehr richtig.) Webel hat ja nun gesagt, daß er diese Angriffe nicht billige und Kautsky hat privatim erklärt, daß auch er nicht damit einverstanden wäre. Webel hat es so hingestellt, als handele es sich um die Entgleisung einer Ferienredaktion. Es liegt aber schon seit langer Zeit fest, daß auf der einen Seite halbe Kautsky für unsere begabtesten, klarsten und populärsten Schriftsteller, auf den wir alle stolz sein dürfen. Anders aber sieht es mit seiner Redaktionsführung und da behauptet ich, liegt ein System in der „Neuen Zeit“ vor. Schließlich ist auch der Genosse Canow, der Stellvertreter Kautskys in den Ferien, auch nicht eine Rau, er muß wohl darüber unterrichtet sein, was man der „Neuen Zeit“ zumuten darf, und da finden wir gleich in dem ersten Artikel von Parvus eine Stelle, von der ich nicht verstehe, wie sie Canow in die „Neue Zeit“ aufnehmen konnte. Und wenn auch die Auffassung richtig ist, der Kautsky schriftlich Ausdruck gegeben hat, daß diesen Schriftsteller in der Partei niemand mehr ernst nimmt, wie kann man ihn dann zum Jahrenträger

machen in unsrer wissenschaftlichen Revue! (Lebhafte Zustimmung.) Da heißt es, daß es noch vor zwei, drei Jahren niemand hätte wagen können, gegen eine Parteigröße den Vorwurf des Opportunismus zu erheben, der wäre als Schwarzseher angesehen worden und hätte sich in acht nehmen müssen, um nicht als Straßhändler wegen Verunglimpfung aus der Partei hinausgeworfen zu werden. Das schreibt der wissenschaftliche Revue in der „Neuen Zeit“! Nicht einmal die Unabhängigen haben das gewagt. Und die Behandlung Auer's! Mit Auer's persönlicher Erklärung ist ja die Sache gefehert schon, soweit man sie ernst nehmen kann, in der entsprechenden Weise charakterisiert worden. Aber die Auffassung Webel's ist schon deswegen nicht richtig, weil ja unterdessen unter der Redaktion Kautskys ein Artikel erschienen ist, der sich in Bezug auf den Ton, die Werthschätzung der Personen, gar nicht von den andern unterscheidet; es ist die Verunglimpfung des Gegners, die sich für die „Neue Zeit“ nicht ziemt. Wenn wir den Genossen Parvus an der Arbeit sehen, wie er mit den niederträchtigsten und gemeinsten Motiven an Verneinung heranzieht, wie er versucht, ihm die literarische Ehre abzuschneiden (Sehr wahr!), daß er sich mit den Federn von Friedrich Engels schmückt (Lurche), dann ist Kautsky verpflichtet, nach seiner Kenntnis der Verhältnisse und der Person Verneinung, mit dem er jahrelang zusammen gearbeitet hat, dagegen zu protestieren und diese Stelle nicht aufzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Abend, den 25. September.

Schluß der Mittwoch-Sitzung.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Auf bisher erwidert Kautsky: Luxemburg und Parvus hätten gewiß einen unpassenden Ton angeschlagen. Aber auch ihnen gegenüber seien süddeutsche Blätter in solchen verfallen. Man dürfe nicht so übertreiben, wie Fischer. Gerade diese beiden hätten übrigens wertvolle Artikel über allgemeine Themat, nicht nur Polemiken geschrieben. Eine Reihe Probleme seien in der „Neuen Zeit“ diskutiert worden. Eine Art wissenschaftliches Ueberdritt könne er aus der „Neuen Zeit“ nicht machen. Uebrigens habe die Bernstein-Debatte Nervosität überall erzeugt. Mit ihrem Abschluß werde hoffentlich die „Neue Zeit“ so werden, daß niemand mehr sie tadelt.

An der weiteren Debatte beteiligten sich Heine, Städler, König, Ulrich, Calver, Gradnauer, Lipinski, Ledebour, Grunwald und Zeitlin. Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Heine und Ledebour und Stadthagen. Heine hatte in der Polemik gegen Parvus in irrthümlicher und mißzuverstehender Weise den Vorwurf erhoben, daß er unanständig gegen Volkmar polemisiere, während er möglicherweise gerade den von ihm gerügten angeblich guten Beziehungen Volkmar's zur Regierung seinen ungestörten Aufenthalt in München verdanke. Ledebour und Stadthagen tabelten heftig dieses Hineinziehen von privaten Mittheilungen, was im speziellen Fall um so verwerflicher sei, als man diese Mittheilung wie eine Denunziation auffassen könne. Heine verwarf sich gegen eine solche Auslösung seiner Worte. Webel giebt zu Protokoll, daß die Voraussetzungen Heines, wie er aus besserer Quelle wisse, auf Irrthum beruhen.

Es folgt eine lange Reihe persönlicher Bemerkungen. Um 1/2 Uhr beginnt Bömelburg sein Referat über die Schiedsfrage.

Bömelburg legt die Geschichte der Entstehung des Streites auseinander und macht seine Bedenken gegen den Schiedspruch geltend. Er empfiehlt folgende Resolution 113 zur Annahme:

Der Parteitag erklärt, daß er die Begründung des Schiedspruchs in der Hamburger Angelegenheit als richtig nicht anerkennt.

Er lehnt es jedoch ab, wegen Streikbruchs den Ausschluß aus der Gesamtpartei zu vollziehen und überläßt es den örtlichen Parteiorganisationen, im Einzelfall zu entscheiden, ob der Ausschluß von Streikbrechern aus der örtlichen Organisation erfolgen soll.

Legien, Hoch, L. Emmel, C. Windhoff, Quard, Wilh. Keil, H. Groffe, Th. Barteld, H. Stolpe, P. Wätter, J. Gogowski, C. Klotz, E. Eberle, Karl Meißner, J. Krohn, J. Jakobson, Fr. Toelge, Fr. Horn, H. J. W. Deutsch, J. Joos, Anton Walter, Alb. Müller, A. Köhnen, Emma Jäger, Carl Jäns, Alex. Alb. Münder, H. Wöhl, E. Müller, Paul Müller, H. Voerter, W. Breconr, W. Wöhl, Th. Müller, Joh. Stöningl, Hannu Jule, J. Hüttmann, A. v. Elm, H. Steinbach, Böble, A. Böble, Anieriem, A. Rath, E. Veyer, Louise Jitz, H. Köppler, Schmidt (Frankfurt), J. Efftinge, Klopff, Otto Goerke, Pflüger, May, A. Weisemeier, S. Thöne, H. Sachse, Scheidemann, Grimpe.

Trotzdem es 6 1/2 Uhr geworden, beginnt Auer das Referat. Er geht die ganze Entwicklung der Angelegenheit an Hand der Akten durch und weist die Angriffe gegen den Schiedspruch und die Schiedsrichter entschieden zurück. Er betont dabei, daß der Streit veridäht sei durch gewisse gegen die Partei gerichtete Strömungen. Die Partei könne sich aber nicht einfach den Befehlen der Gewerkschaft unterstellen.

Die mehrfach von Weibel und Heiterkeit begleitete Rede dauerte bis 8 1/2 Uhr.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen von Legien, v. Elm, Steinbach und Stubbe erfolgt kurz nach 9 Uhr Schluß der Sitzung.

111. Resolution zur Wohnungsfrage.

Die Wohnungsnot ist eine allgemeine, Land und Stadt betreffende Erscheinung. In den industriellen Bezirken wird sie veranlaßt durch die Zusammenballung der Bevölkerung auf räumlich beschränktes Gebiet, die eine unmittelbare Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise ist.

Hier treibt das Privateigentum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkungen die Grundrente rasch und maßlos in die Höhe:

hier äußert sich die Wohnungsnot in einer schnellen Steigerung der Mieten. Diese sind um so höher, je kleiner und schlechter die Wohnungen sind, und verschlingen einen stets wachsenden Teil des Einkommens der Mieter. Die hohen Mieten zwingen zur Aufnahme von Unterkriemern und Schlafgängern und erzeugen ein Zwischmietertum, das die ärmsten Schichten außerseits andrängt;

hier schafft die ungenügende Ausnutzung des Grund und Bodens durch die unhygienische Ausperrung von Licht und Luft und durch die unhygienische Zusammendrängung von Wohnungen gefährliche Seuchenerde;

hier zeitigt die Uebersättigung der Wohnungen die schwersten gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Schäden.

Gegen diese gewaltige gesellschaftliche Erscheinung der Wohnungsnot erweisen sich die Heilmittel der bürgerlichen Wohnungsreformer als unzureichend, teils ihrem Wesen, teils der Art ihrer Durchführung nach, wie sie durch die in Staat und Gemeinde herrschenden politischen Machtverhältnisse bedingt wird. Eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot hat zur Voraussetzung einen bestimmenden Einfluß des organisierten Proletariats auf Staat und Gemeinde. Dieser allein garantiert, daß die große und vielseitige Aufgabe in ihrem ganzen Umfang und mit allen erforderlichen Mitteln in Angriff genommen wird.

Als solche Mittel fordert die socialdemokratische Partei Deutschlands in erster Linie:

1. Von den Gemeinden:

- a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
- b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicher-

stellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;

c) Errichtung von kommunalen Wohnungsbüroen für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungsstatistik und Vermittlung der Wohnungsvermittlung;

d) Verbesserung der Bau-Ordnungen;

e) Reform des kommunalen Steuerwesens;

f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigene Regie.

Resolution zur Accordmurerfrage.

Außer der Resolution 113 liegt noch folgende Resolution 114 vor:

Der Parteitag als Vertreter der in der Socialdemokratie organisierten Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rückhaltlosen Verurteilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streikfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und Taktik Stellung zu nehmen, oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu, die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag erklärt, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteistatuts und dem ihm vorgelegten Thatfachenmaterial zu keinem andern Beschlusse als dem gefällten Urteil gelangen konnte.

Der Parteitag muß es den örtlichen Parteiorganisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Centralverband der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Accordmurer unterstützen können, und namentlich in wie weit sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Parteiorganisationen für möglich halten.

R. Fischer-Berlin. Heine-Berlin. Singer. A. Gerich. Röllenhahn. Hünze. Ledebour. Grunwald. Bohm-Berlin. Rosdihl. Schwarz. Anzid. Calver. Cohn. Förster. Alex. Warm. Steinbrügger. Emil Haber. Webel. Aug. W. Wegner. C. Ulrich. Landgraf. H. Goldstein. A. Lipinski. R. Reichhaus. M. Kiesel. A. Schnell. A. Scholz. Brandt. Frau Thiel. Ottilie Vander. Jubell. Stadthagen. A. Hoffmann. E. Wagner. W. Gelske. Reul. H. Roze. Schlichtholz. Thiele. W. Staab. A. Reitwand. A. Scopola. Albrecht. Jäns-Berlin II. Geher. H. Meißner. Kaden. Jellin. Theodor Meyer. David. W. Eberhardt. E. Traut. Frohme. Friedrich. Stoffe.

Gerichts-Beitrag.

Der Fall Opificius. Von der Strafkammer Karlsruhe ist gefestigt der socialdemokratische Landtags-Abgeordnete und Ugarrenhändler Wilhelm Opificius in der bekannten Angelegenheit des Hirschheimer Lebensbedürfnisvereins der Verurteilung von 500 M. schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, ferner wurde ihm das Recht der Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von zwei Jahren aberkannt. Sein Mitangeklagter, Goldarbeiter Eberhardt wurde freigesprochen. Die Hauptanklage gegen Opificius drehte sich um die angebliche Unterschlagung einer Summe von etwa 6000 M., von dieser Anklage wurde Opificius jedoch durch die Verhandlung vollkommen entlastet, so daß Freisprechung erfolgen mußte.

Der Fall, wegen dessen die Verurteilung erfolgte, liegt so: Am 9. Oktober v. J., also zu einer Zeit, als sich Opificius schon längere Zeit von der Leitung des Vereins zurückgezogen und der Geschäftsführer Eberhardt die gesamte Kasse in Verwahrung hatte, ersahen Opificius bei Eberhardt und bat ihn, er möchte ihm 500 M. geben, die er gebrauchen müsse, um verschiedene, im Postprozeß gegen den „Vollstrecker“ verurteilten Parteigenossen die Verzinsung der gegen sie erkannten Geldstrafen zu ermöglichen. Eberhardt entsprach diesem Verlangen und gab die geforderte Summe aus der Kasse her, ohne eine Buchung des Betrages vorzunehmen. Als der Jahresschluß herannahte und die 500 M. noch nicht zurückgezahlt waren, beschloß Eberhardt, den Betrag von 500 M., den Opificius als Gratifikation am Ende des Jahres zu erhalten hatte, als anzubekommen zu lassen, so daß die Schuld des Opificius an den Verein nur noch 150 M. betrug. Diese Summe ist von Opificius zurückgezahlt worden.

Die „Ramm's Volksstimme“ bemerkt zu dieser Verurteilung:

„Der Vorgang, dem die Verurteilung zu Grunde lag, ist ein so gewöhnlicher im Leben, daß recht wenig Menschen herum laufen dürften, die sich nicht schon solcher Artene schuldig gemacht haben. Wie viele Reisende und Geschäftsführer erheben ihre Gehälter von den eingenommenen Geldern — und häufig genug auch vorsichtigerweise — das ist aber nach dem Karlsruhe'urteil „Antrene“. Wir wollen indes darüber uns mit dem Gericht nicht auseinandersetzen. Genosse Opificius hat Revision angemeldet und das Reichsgericht wird zu prüfen haben, ob wirklich Antrene vorliegt. Ein Wort sei mir zu der zweiten Strafe verlost. Was hat mit dem lächerlich geringfügigen Vergehen, wenn es eins ist, die Aberkennung der Befähigung öffentliche Aemter zu bekleiden zu thun? Das Vergehen Opificius ist ein rein formelles, er hat die juristische Tragweite einer Handlung nicht ermaßen können, die Hunderttausende nicht verstehen werden: inwiefern steht dieser Irrtum mit seinen öffentlichen Aemtern in Verbindung?“

Der Hauptanklage, in der, wie gesagt, Freisprechung erfolgte, liegt nach dem genannten Parteiblatte folgender Thatbestand zu Grunde:

„Im Jahre 1890 wurde in Hirschheim von Arbeitern ein Konsumverein — Lebensmittelbedürfnis-Verein nannte er sich — gegründet. Opificius und mit ihm lauter geschäftsunkundige Arbeiter übernahmen die Leitung und haben, was geschäftliche Dinge anlangt, in geradezu musterständiger Weise gezeigt, wie ein solcher Verein nicht geleitet werden darf. Bis zum Jahre 1896 hatte der Verein noch nicht einmal ständigen Konto-Corrent-Verkehr mit einem Bankhause, obwohl schon drei Billionen vorhanden waren. Das eingehende Geld blieb in den Händen der Leiter. Auch hier noch geteilt, einen Teil hatte Opificius einen andern Teil der Geschäftsführer Eberhardt. Die Buchführung war die denkbar mangelhafteste; schließlich stellte sich aus, was fast mannsbildlich unter solchen Umständen erscheint, ein Manko heraus und der Krach trat ein. Ein paar sogenannte kaufmännische Sachverständige prüften die Bücher und kommen zu einem höchst günstigen Resultat: sie erlassen eine Erklärung, wonach alles in Ordnung sei. Der Staatsanwalt erklärte in der Verhandlung, daß er daraufhin erst eingeschritten sei. Das nimmt sich sehr sonderbar aus, denn gewöhnlich soll doch die Behörde einschreiten, wenn etwas in Unordnung ist, nicht aber wenn erklärt wird, daß alles in Ordnung sei. Der Staatsanwalt beschlagnahmte also die Bücher und nun ging einer dieser sogenannten „Sachverständigen“, ein gewisser Wörle, hin und gestand der Staatsanwaltschaft seine eigene Unfähigkeit ein; er habe nicht alles in Ordnung gefunden, es fehlten vielmehr 15 000 M. Auch diese Angabe zeigt, was Geistes Kind dieser „Sachverständigen“ war; seine Angabe stimmt mit der Wirklichkeit in nichts überein. Opificius wurde nach der Beschlagnahme der Bücher verhaftet,



ober alsbald wieder entlassen. Eine durch einen wirklichen Sachverständigen vorgenommene Prüfung der Bücher ergab einen Fehlbetrag von 9088 M., über dessen Verbleib nichts festzustellen ist. Die Staatsanwaltschaft machte sich die Sache sehr leicht, sie kalkulierte einfach so: Opificius ist sozialdemokratischer Landtags-Abgeordneter, er spielt eine Rolle in der Partei, er muß also die fehlenden 9000 M. aus dem Konsumverein genommen und — der Partei zugewendet haben.

Die Verhandlung ergab klipp und klar, daß von Veruntreuung in keiner Weise die Rede sein konnte und einzig die jedes kaufmännischen Sachverständnisses entbehrende Geschäftsführung das vermeintliche Manko verschuldet hat. In diesem Falle erfolgte denn auch, wie schon erwähnt, Freisprechung.

Das Landtagsmandat, das durch die Beurteilung Opificius in Frage kommt, dürfte uns wahrscheinlich gesichert bleiben. Denn bei der Wahl 1899 stimmten 171 Wahlmänner für den sozialdemokratischen und nur 98 für den nationalliberalen Kandidaten.

**Polizeikampf gegen die Berliner Krankenkassen.** Im März und im Juni 1899 forderte der Berliner Polizeipräsident den Maurer Simonowski als den vermeintlichen Vorsitzenden der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und Umgegend auf, ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, weil die Kommission ein Verein sei, der gemäß § 2 des Vereinsgesetzes auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Simonowski legte Beschwerde ein, wurde aber damit vom Oberpräsidenten zurückgewiesen. Nunmehr klagte er beim Ober-Verwaltungsgericht, dessen I. Senat sich in seiner letzten Sitzung mit der Sache beschäftigte. Dem Gericht lagen die Polizeialten vor, die unter anderem die Denkschrift, die die Kommission seiner Zeit an das Reichs-Versicherungsamt gerichtet hat, Berichte von Polizeibeamten und solche des „Vorwärts“ über Versammlungen der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten enthielten. Der Referent trug den Inhalt derselben auszugswise vor.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der den Kläger vertrat, beantragte zunächst, die Sache zu vertagen. Sein Antrag, ihn das vom Polizeipräsidenten und Oberpräsidenten beigebrachte Material vor der Verhandlung zur Kenntnis zu bringen, sei abgelehnt worden. Unmöglich könnte er sich über alles, was aus den Polizeialten ziemlich schnell vorgetragen sei und ihm jetzt erst bekannt werde, so äußern, wie es der Wichtigkeit der Sache und dem Interesse seines Mandanten entspreche. Auf Veranlassung des Vorsitzenden, Geheimrat Tschow, sprach sich der Anwalt dann gleich zu der Sache selbst aus: Es handele sich bei der Zentralkommission überhaupt nicht um einen Verein. Als ein Verein könne nach Entscheidungen des Kammergerichts nur eine Vereinigung physischer Personen angesehen werden. Eine solche liege hier nicht vor. Es handele sich also in Wirklichkeit um eine freie Vereinigung der beteiligten Kassen selber. Die Kommission könne auch nicht selbständig handeln, sie sei lediglich ausführendes und beratendes Organ der Kassen.

Der Senat lehnte es ab, die weitere Verhandlung zu vertagen und verwarf die Klage als unbegründet. Der Vorsitzende Tschow führte aus: Das Gericht nehme an, daß die Kommission nicht zusammengesetzt sei aus Vertretern der Krankenkassen. Nicht von diesen hätten die Kommissionsmitglieder ihr Mandat erhalten, sondern sie seien in den fraglichen Versammlungen gewählt von Vorstandsmitgliedern und auch Beamten der Kassen, die als vereinigte Krankenkassen ein gesetzliches Recht dazu nicht hätten. Somit seien die Kommissionsmitglieder nur von den in jenen Versammlungen erschienenen Personen gewählt und mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben betraut worden, das heißt von physischen Personen. Die Kommission habe aber auch ein regelrechtes Vereinsleben entfaltet, so daß sie unbedenklich als ein Verein im Sinne des Vereinsrechts angesehen sei. In Uebereinstimmung mit dem Reichsgericht nehme der Senat an, daß es gegen die Vereinbarkeit der Kommission nicht spreche, wenn sie gebunden sei durch das Mandat der Auftraggeber, wenn sie von diesen Mittel empfangen, wenn ihre Mitglieder keine Beiträge entrichteten und die Mitgliedschaft ihnen durch eine Wahl auferlegt sei.

Wäre nun die Kommission als ein Verein im Rechtssinne zu beurteilen, dann sei sie unzweifelhaft ein solcher im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes. Denn mit den vielen an Behörden gerichteten Anträgen und Beschlüssen die die Abhilfe von Mängeln der Versicherungs-Gesetzgebung und die Abhilfe in Bezug auf andere sozialpolitische Angelegenheiten zum Gegenstande hatten, habe sie eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt.

## Partei-Nachrichten.

Der Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt ist bekanntlich verboten worden. Um gegen diese Verschneidung ihres Versammlungsrechtes zu protestieren, veranstalteten die Genossen des Fürstentums eine größere Anzahl Versammlungen in verschiedenen Orten des Landes. Diese Versammlungen wurden allgemein verboten und zwar auf Anordnung der oberen Behörden. Wenigstens wurde dem Einberufer in der Stadt Rudolstadt amtlich mitgeteilt, daß eine Verfügung des Landratsamtes an sämtliche Ortsbehörden des Bezirks vorliege. Als Grund des Verbotes sei in der erwähnten Verfügung angegeben, daß mit der Versammlung eine Demonstration der sozialdemokratischen Partei gegen die Staatsregierung wegen Verbots des Parteitages in Grünau bezweckt und deshalb Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei.

Merkwürdig ist dabei, daß schon zwei solcher Versammlungen in den beiden Dörfern Meuselbach und Sigendorf stattgefunden haben. Dabei ist keine Gefährdung des „Staates“ Schwarzburg-Rudolstadt beobachtet worden. Daß die Versammlungen einen durchaus ruhigen Charakter trugen, beweist die dabei angenommene, nachstehende Resolution:

„Die heutige öffentliche Volksversammlung protestiert gegen die Art und Weise, wie den Arbeitern in Schwarzburg-Rudolstadt das Recht, sich in friedlicher Beratung zu versammeln, beschneidet, ja unmöglich gemacht wird. Die Versammlung vermißt jeden berechtigten Grund hierzu; dem weder ist je im Lande die öffentliche Ruhe und Abhaltung von Versammlungen direkt oder indirekt gefährdet, noch der Bestand des Schwarzburg-Rudolstädter Staats gefährdet oder in Frage gestellt worden. Im Gegenteil giebt die bisher seitens der in Betracht kommenden Behörden oft geübte Praxis, den Arbeitern das zu versagen, was anderen Bevölkerungsklassen gewährt wird, nur zu sehr Veranlassung zu glauben, die Arbeiter seien vor dem Gesetz, vor dem jeder gleich sein soll, minderen Rechts. Die heutige Versammlung spricht darum die Erwartung aus, daß die Behörden in Zukunft den Arbeitern bei ihren Bestrebungen, sich in friedlicher Weise zusammen zu finden, um ihre Lage gemeinsam zu besprechen, keine Hindernisse mehr in den Weg legt und bittet den Landtag, in dieser Weise beschließen zu wollen.“

Im Wahlkreise Reichenbach-Neurode dürften nach der bisherigen Uebersicht etwa 25 000 Unterschriften für die Petition gegen den Verbot zusammen kommen. Da der Kreis im Jahre 1898 nicht ganz 10 000 sozialdemokratische Stimmen aufbrachte, ist dies eine respektable Zahl.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Was zu beweisen war. In Reichenau bei Bittau (Sachsen) sprach in einer freifinnigen Protokollversammlung Herr Dr. Wiemer aus Berlin. Im Laufe seines Vortrages führte er aus, daß im Deutschen Reich ein „von“ vor dem Namen die beste Legitimation für die einflussreichsten Ämter sei. Der die Versammlung persönlich überwachende Amtshauptmann von Beschwitz füllte sich durch diese Bemerkung persönlich getroffen; er sprang auf, erklärte

dem Redner, daß seine Bemerkung un wahr sei, daß er so nicht weiter reden dürfe und sagte schließlich: „Das lasse ich mir nicht gefallen!“

Nachdem der Vortrag ohne weitere Zwischenfälle beendet war, ergriff Genosse Fleißner das Wort. Als dieser eine Weile gesprochen hatte, erhob sich Herr von Beschwitz abermals und erklärte:

„Das ist aber doch keine Debatte, das ist ja ein neuer Vortrag, und den lasse ich nicht halten, da ein zweiter Vortrag nicht angemeldet ist. Der Redner ergänzte den Vortrag und bringt neues, das ist keine Debatte.“

Es steht natürlich kein Wort davon im Vereinsgesetz, daß man einen Vortrag nicht ergänzen dürfe, oder daß man in einer Versammlung nicht zwei Vorträge über dasselbe Thema halten dürfe; das Gesetz fragt überhaupt nicht danach, in welcher Form, ob in der Form von Vorträgen oder der von Diskussionen in einer Versammlung verhandelt wird, überläßt das vielmehr vollständig den Teilnehmern selber.

Der Herr Amtshauptmann von Beschwitz hat also Herrn Dr. Wiemer glänzend gerechtfertigt.

— Ohne polizeiliche Erlaubnis inseriert. Der Vorsitzende eines Gesangsvereins in Hartmannsdorf bei Chemnitz soll 5 M. Polizeistrafe bezahlen, weil er folgendes Inserat erlassen hat:

Gesangsverein Riederhain, Hartmannsdorf. Sonntag, den 8. September, im Saalhaus „Stadt Chemnitz“ Sommervergügen, bestehend in Konzert und Ball, wozu die geehrten Altiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden. Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen der Vorstand. Beginn des Konzertes um 5 Uhr.

Man wird das strafbare an diesem Inserat nicht ohne weiteres erkennen, deshalb folge die Belehrung: Es giebt in Sachsen Landesregulative; nach diesen dürfen Vereine ihre Vergügungen in öffentlichen Mätern nur dann anzeigen, wenn sie zuerst zu dem Vergügen und dann zu der Anzeige von der hohen Polizei eine besondere Erlaubnis bekommen haben. Solche Erlaubnis hat dem Verein gefehlt.

Man kann den Verstoßen nicht bedauern; es giebt noch so viele Dinge, die auch ein königlicher Sachse ohne polizeiliche Erlaubnis thun darf, daß es durchaus nicht nötig ist, just das Unerlaubte zu thun.

— Ein Haftbefehl wurde, wie berichtet wird, gegen Genossen Lebius in Dresden erlassen, weil er zu einem gerichtlichen Termin nicht erschienen war. Es sollte vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung des Hauptmanns v. Weust verhandelt werden.

## Aus Industrie und Handel.

Der Verband deutscher Chokoladenfabriken bezeichnete den Geschäftsjahr für das am 1. September d. J. abgeschlossene Verbandsjahr als ungünstig. In dem Bericht wird über das Verhalten des Zuckerpreises lebhaftest Klage geführt. Die Zuckerpreise wurden von dem Kartell so gesteuert, daß der Ring das Wasche von dem verdienten, womit vorher die Raffinerien zufrieden waren. Den außerordentlich verstärkten Lieferungsbedingungen sollten sich die Chokoladenfabrikanten unterwerfen, ohne ihren Vorkauf erfahren zu können. Gegen diese Uebergriffe des Kartells ging der Verband bei der Gesetzgebung und beim Kartell vor und schließlich half er sich durch Gründung einer eigenen Zuckerraffinerie, welcher bald andere folgen sollten. Mit gleichem Erfolge ging der Verband wieder gegen Verfälschung und falsche Bezeichnung von Chokolade und Kakao durch Warnungen, Verbandsstrafen und Strafanzeigen vor, seine Mitgliedschaften wurden von verschiedenen Behörden ausdrücklich anerkannt. 61 Verbandsfirmen verpflichteten sich sogar ausdrücklich, Surrogate (fremde Fettsäure und Schalen) überhaupt nicht, also auch nicht zu solchen Waren zu verwenden, bei denen die Bezeichnung Chokolade und Kakao vorsichtig vermieden ist. Die Wünsche des Verbandes zum Zolltarif-Entwurf sollen dazu dienen, den Verbrauch deutscher Kakaowaren zu verbilligen und zu vermehren.

Es vollzieht sich mithin in dieser Branche derselbe Kampf gegen ein ihr entgegenstehendes Syndikat, wie in der Eisenindustrie gegenüber dem Robeisen- und Kohlenhandel die Walzwerke sich zur Wehre setzen. Man drängt die Abnehmer und Verarbeiter, die aus einem andern Beruf die Produkte zur Fabrikation nötig haben, zur Eigenproduktion und diese entziehen sich damit der lästigen Kontrolle der Ringe und Trusts der Rohstoff-Fabrikanten.

Wie Dividenden gemacht werden? Die Staatsanwaltschaft in Kassel ist der „N. W. Ztg.“ zufolge in den Besitz der Kopie eines Briefes gelangt, dessen Inhalt für das Aufsichtsratsmitglied Schulze-Dellwig von der vertriebenen Treibrosen-Gesellschaft verhängnisvoll werden kann. Verfasser des Briefes ist Direktor Schmidt. Er teilt darin mit, daß er nach Prüfung der Bücher z. B. der Treibrosen-Gesellschaft zu dem Resultat gekommen sei, daß die Gesellschaft nicht in der Lage sei, auch nur 1 Proz. Dividende zu geben. Auf diesen Brief soll Schulze-Dellwig geantwortet haben, Schmidt müsse unter allen Umständen die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. herausbringen, er, Schulze-Dellwig, habe seinen Freunden eine Dividende in dieser Höhe versprochen.

## Aus der Frauenbewegung.

Zu dem Verbandsitag fortschrittlicher Frauen-Vereine, der am 5. Oktober im Reichstag stattfindet, haben auch eine Anzahl unserer Genossinnen Einladungen erhalten. Diefelben sind jedoch überein gekommen, von einer offiziellen Teilnahme abzugehen und überlassen dem Ernennen der einzelnen, den Verhandlungen als Zuhörerinnen beizuwohnen.

Fortschrittliche und sozialdemokratische Anschauungen sind aber so grundsätzlicher Natur, daß es weiterer Begründung für die Stellungnahme unserer Genossinnen wohl nicht erst bedarf. Da aber die bürgerliche Frauenbewegung sehr bemüht ist, durch Heranziehung sozialdemokratischer Vertreter zu ihrer Konferenz sich den Schein zu geben, als stünde sie der Sozialdemokratie nahe oder sympathisiere mit ihr, so dürfte es im Interesse der sozialdemokratischen Frauenbewegung angebracht sein, auch die Genossinnen darauf aufmerksam zu machen, etwa an sie ergangenen Einladungen nicht Folge zu leisten, weil andernfalls der von den Einberuferinnen beabsichtigte Zweck erreicht würde.

Ottilie Baader, Vertrauensperson.

## Gewerkschaftliches.

### Zur Agitation unter den Konfektionsarbeitern.

Die geringen Erfolge, welche die bisherige Agitation des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands unter der Konfektionsarbeiterschaft zu erzielen vermochte, sind zu einem nicht geringen Teil dem Umstande geschuldet, daß es dem Verbands bisher nicht gelang, mit dem in der eigentlichen Heimarbeit beschäftigten Arbeiter, Frauen und Mädchen in Fühlung zu kommen und sie ihrer Interesselosigkeit zu entreißen. Dies ist um so bedauerlicher, als zweifellos der größte Teil dieser Heimarbeiterinnen Frauen, Töchter oder Anverwandte, sowie Einlogierterinnen von Arbeitern, darunter auch organisierten Arbeitern, sind, die zwar für sich selbst den Wert der Gewerkschaftszugehörigkeit erkannt haben, die es aber ruhig dulden, daß ihre erwachsenen Angehörigen unorganisiert bleiben, ihre Arbeitskraft zu jedem beliebigen Preise verkaufen und sie bis in die tiefe Nacht hinein bei schlecht bezahlten Aufträgen ausreifen. Würde dieser Teil der Arbeiter es für seine Pflicht halten, auch ihre erwachsenen Angehörigen der Organisation zuzuführen, so wäre die Heimarbeiter-Organisation längst über die karglichen Anfänge hinausgekommen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands (Stg. Stuttgart) veranstaltet demnächst eine erneute Agitation unter den Konfektionsarbeiterinnen, bestehend in Versammlungen, Haus-

agitation, Massenverbreitung des „Konfektionsarbeiter“ und Propaganda für eine Denkschrift an den Bundesrat zwecks Unterbreitung der Forderungen der Konfektionsarbeiter an die Gesetzgebung.

Wiewohl wir es für selbstverständlich halten, daß diese Agitation seitens der Gewerkschaftslokale, Agitationskommissionen und Arbeitersekretariate nach bester Möglichkeit unterstützt wird, so wollen wir doch nicht unterlassen, diese Körperchaften nochmals auf diese dringende Pflicht aufmerksam zu machen. Es wird unseres Erachtens zweckdienlich sein, sich nicht auf die Veranstaltung von Konfektions- und Heimarbeiter-Versammlungen zu beschränken, sondern zunächst die Mithände der Heimarbeit und die Notwendigkeit der Organisation der Heimarbeiter in den Kartellversammlungen zu erörtern und die Verbandsdelegierten zu verpflichten, entsprechende Belehrungen auch in ihren Berufsversammlungen zu erteilen, damit wenigstens die organisierten Arbeiter an ihre Pflicht, die gewerblich thätigen Angehörigen der Organisation ihres Berufs zuzuführen, erinnert werden.

Es empfiehlt sich ferner, in den einzelnen Berufen durch Umfrage, sei es in Versammlungen oder bei der Beitragserhebung und Zeitungszustellung, festzustellen, wessen Angehörige in der Kleider- und Wäschekonfektion thätig sind und für welches Geschäft, sei es zu Hause oder in einer Werkstatt, dieselben arbeiten — endlich, wer Heim- oder Werkstattarbeiter oder Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschebranchen als Einmieter beherbergt. Solche Erhebungen werden die Hausagitation wesentlich erleichtern und erfolgreich gestalten. Von allen Schritten und Erfolgen sind die örtlichen Bevollmächtigten des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen in Kenntnis zu setzen; dort aber, wo Filialen dieses Verbandes nicht vorhanden sind, ist dem Verbandsvorstande Mitteilung zu machen. Wir hoffen, daß die Gewerkschaftslokale und Agitationsleiter nach bestem Können ihre Pflicht thun.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

## Berlin und Umgegend.

Der Streik der Bauanschläger dauert ununterbrochen fort. Auch in der am Dienstagabend bei Stegert stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung wurden neue Beschlüsse nicht gefaßt. Da man erst das Resultat der am selben Abend stattgefundenen Versammlung der Unternehmer abwarten wollte. Die Versammelten beschränkten sich darauf, die Verhältnisse in einzelnen Werkstätten einer kritischen Besprechung zu unterziehen und war es insbesondere die Firma Klemm, deren Verhältnisse vielfach lebhaft getadelt wurden.

## Deutsches Reich.

Die Rache des Siegers. Was wir gleich nach der Aufhebung des Generalstreiks der Glasmacher als Vermutung ausgesprochen, bestätigt sich. Die Glasmacher lassen die sich um Wiederaufnahme der Arbeit meldenden Flaschenmacher fühlen, daß diese die Unterlegenen sind. Von der Firma Siemens in Dresden berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, daß die sich zur Arbeit Meldenden in eine Liste eingetragen werden und daß diejenigen, die wieder eingestellt werden, benachrichtigt werden sollen. Allem Anschein nach will man also eine Auswahl unter den Arbeitern treffen, das heißt, Maßregelungen wegen der Beteiligung am Streik vornehmen. Aber auch die Arbeiter, denen es vergönnt wird, wieder in die Fabrik einzutreten, sollen die Rache der Unternehmer in sichtbarer Weise zu kosten bekommen. Von diesen Arbeitern wird nämlich verlangt, daß sie 2/3 Proz. billiger arbeiten wie die Arbeitswilligen.

So sieht also die Fabrikation an dem zur Zeit nicht kampffähigen Gegner ihr Mitleiden. Möge das den Arbeitern eine Mahnung sein, ihre Organisation so zu stärken und zu kräftigen, daß sie dem Unternehmertum gegenübersteht als ein wohlgerüsteter Gegner, der, wenn er auch in diesem Kampfe unterlegen ist, sich eine Demütigung nicht gefallen läßt.

Die Ausdehnung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden plant die Stellmacher-Zinnung in Leipzig. Die Arbeiter beschließen, sich gegen diese Absicht der Meister zu wehren. Der Stellenausbau soll die Zinnung sofort um Zurücknahme ihres Vorhabens ersuchen.

Die Wütcher der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Dresden befinden sich, wie bereits berichtet, seit dem 10. d. M. im Streik. Da die genannte Firma in bürgerlichen Blättern Wütcher sucht, so sei hiermit ausdrücklich vor Zugewarnt.

Die Buchdruckerbesitzer in Mülhausen (Elsass) haben die vom elsass-lothringischen Buchdrucker-Verband aufgestellten Forderungen abgelehnt. Ob die Beschilfen nun den Streik erklären, ist noch nicht entschieden.

## Anstalt.

Die streikenden Bergleute von Terrain (Belgien) haben sich dieser Tage zu bedauerlichen Ausschreitungen hinreißen lassen. Drei Bergwerksdirektoren, die zum Bahnhof fahren, wurden verfolgt, und das Bahnhofsrestaurant, in das sie sich retteten, wurde mit Steinen bombardiert. Auch zwei Revolverschüsse sind gefallen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die letzteren von den Verfolgern abgegeben worden sind. Die bürgerliche Presse behauptet es natürlich ohne weiteres; es sind jedoch nicht die Direktoren, sondern zwei Arbeiter verwundet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

## Sociales.

Die Wohnungsvorlage des Hamburgischen Senats hat mit einer Wohnungsreform gar nichts gemein. Es soll nichts weiser gefordert, als daß an Baumunternehmer Grund und Boden verkauft wird zur Erbauung kleiner Wohnungen, die nicht über 50 Quadratmeter groß sind. Den Baumunternehmern soll Vangeld zu billigem Zinsfusse geliehen, für längere Zeit die Grundsteuer erlassen und die polizeilichen Anforderungen an die Beschaffenheit der Treppen und Höfe herabgesetzt werden. Sonst nichts, rein gar nichts!

Damit wird in sozialer Hinsicht nicht die Spur eines Fortschrittes erreicht, in baupolizeilicher Hinsicht aber sogar ein Rückschritt gethan.

## Lezte Nachrichten und Deyeschen.

### Die Pest.

Rom, 25. September. (W. Z. N.) Die „Agence Stefani“ veröffentlicht folgende Mitteilung: In der Nacht vom 23. zum 24. d. M. machte der Präfect von Neapel dem Ministerium des Innern telegraphisch Meldung von mehreren pestverdächtigen Erkrankungen in Neapel, die erst am Montag von den Sanitätsbehörden angezeigt worden waren. Andre Fälle wurden am Dienstag gemeldet. Es sind insgesamt 12 Fälle, welche ausschließlich unter den Lastträgern im Freiluft vorgekommen sind, die mit Waren aus verunreinigten Orten in Verührung gekommen sein dürften. Die Ortsbehörde ergreift sofort die strengsten Maßregeln.

Prag, 25. September. (W. Z. N.) In der Nähe von Raasd wurde ein zwölfjähriges Schulmädchen an dem Orte Lipso im Walde überfallen, getötet und an einem Feuer verbrannt. An der Mordstelle wurden nur noch die verkohlten Knochen gefunden.

Mailand, 25. September. (W. Z. N.) Seit drei Tagen gehen in ganz Ober- und Mittelitalien unaufhörlich heftige Regengüsse nieder. Zahlreiche Flüsse und Gebirgsbäche sind aus ihren Ufern getreten, die Eisenbahnenverbindungen vielfach unterbrochen.

Petersburg, 25. September. (W. Z. N.) Gestern Abend wurden in Asienow inessarabien heftige Erdstöße wahrgenommen.

Bretoria, 25. September. (Meldung des Australischen Bureau.) Gegen zehn Boerenfahrer, die sich seit dem 15. September in englischer Gefangenschaft befinden, wurde auf Veranlassung aus Südafrika für immer erlitten.



**Parteitag  
der deutschen Socialdemokratie.**

Lübeck, den 24. September 1901.

**Dienstag-Sitzung.**

(Ausführlicher Bericht.)

Es liegen zahlreiche

**Geschäftsordnungs-Anträge**

vor.

**Ehrhardt-Ludwigshafen:** Ich habe mir die Rednerliste angesehen. Es ist eine ganze Anzahl Redner gemeldet, schwere Redner (Große Heiterkeit), dauerhafte Redner. (Heiterkeit.) Ich befürchte, daß unter der Vernstein-Debatte der Punkt „Presse“ ganz verschwinden wird. Wir müssen deshalb beides trennen. Nehmen wir zuerst den Punkt Presse vor und verschieden wir die Vernstein-Debatte auf den nächsten Sonnabendnachmittag. (Große Heiterkeit.)

**Thiele-Halle** beantragt, die Tagesangelegenheit zuerst zu behandeln.

**Fischer-Berlin** erklärt sich mit der Teilung, nicht aber damit einverstanden, daß die Vernstein-Debatte hintangestellt werde.

Es wird im Sinne der Fischerischen Ausführungen beschlossen. Zuerst wird die Vernstein-Angelegenheit behandelt.

**Fischer** beantragt, die Redezeit wieder auf zehn Minuten zu beschränken und nur für Kautsky und Vernstein eine Ausnahme zu machen.

**Leutert-Kolpa** ersucht, diesen Antrag abzulehnen. Den meisten ist bekannt, was Vernstein und was Kautsky gesagt haben. Vernstein und Kautsky aber wissen noch nicht, was die Praktiker, die Arbeiter denken. Die Arbeiter sind aber weniger geschult und brauchen längere Redezeit.

**Ab. Hoffmann-Berlin** beantragt, auch **Webel** eine längere Redezeit einzuräumen.

**Webel** verzichtet auf diese Bevorzugung.

**Dr. David** wünscht die Redezeit allgemein auf 10 Minuten einzuschränken.

**Prohme** schlägt vor, zwei Generalredner sprechen zu lassen.

Sämtliche Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt also bei der unbefristeten Redezeit. Nur die Gegenstände der Debatte sind getrennt.

**Die Vernstein-Debatte.**

**Kiel - Berlin:**

Genosse **Quard** kann sich bezüglich der angeblichen Absichten des **Berliner** beruhigen; er hat sich schon öfter in dieser Beziehung geäußert. Ich habe namens der großen Mehrheit der Genossen des 6. Berliner Wahlkreises zu bemerken, daß die Resolution dort nach 2 1/2 stündiger Debatte mit allen gegen 6 Stimmen bei 800 Anwesenden angenommen worden ist. **Grabnauer** gegenüber sind die Berliner Genossen in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß der „Vorwärts“ als Centralorgan zu dem Vortrag Vernsteins in dem Studentenverein hätte Stellung nehmen müssen. Mit **Grabnauer** haben auch wir es bedauert, daß Lieblich nicht mehr in der Redaktion des „Vorwärts“ saß, denn sonst hätten wir eine Stellungnahme gegen Vernstein zu lesen bekommen. Wir haben von dem Vortrag Vernsteins zuerst erfahren in der „Welt am Montag“, einem Blatt, das dazu bestimmt ist, gegen die Socialdemokratie Stimmung zu machen; und ein solches Blatt mußten wir uns Genossen lesen! Es giebt doch nur zweierlei: Entweder gilt noch das kommunistische Manifest, sind die Anschauungen, die darin bekundet werden, richtig, dann muß gegen Vernstein Stellung genommen werden; denn dann muß mit aller Schärfe der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft geführt werden. Ich theoretisch zu führen, dazu sind wir ja zu dünn, das mögen die Akademiker machen, aber wir können verlangen, daß uns nicht immerfort Anspöckel zwischen die Beine geworfen werden, und das geschieht uns immer mit Vernstein. Ich will nicht leugnen, auch ich habe viel von Vernstein gelernt, besonders aus der Zeit, wo er zehn Jahre leitender Redacteur des „Socialdemokrat“ war. Wir haben auch sonst Vernstein manches zu verdanken. Ich kann da erklären, daß wir den Beschluß des Parteitages wegen der preussischen Landtagswahlen achten und ausführen, weil es eben ein Parteitagebeschluss ist. (Bravo!) Aber angenehm ist es uns nicht.

**Singer** teilt mit, daß **Stubbe-Hamburg** irrthümlich unter die Resolution 109 gekommen ist, statt unter die Resolution 108, während umgekehrt **Schwartz-Lübeck** unter die Resolution 109 gehört. **Sengsbach-Köln** erklärt, die Resolution 108 nur, um sie zur Diskussion zu bringen, unterschrieben zu haben.

**Grundwald-Erfurt:**

Die Thüringer Resolution, und wohl auch die andern, sind nicht als Anträge aufzufassen, sondern als Resolutionen, in denen den Motiven der Antragsteller Rechnung getragen wird. Das Recht der freien Kritik wollen wir natürlich wahren, das brauchte Vernstein nicht erst zu sagen. Nach Annahme der Resolution **Webel** in Hannover hätte man eben erwarten können, daß Vernstein nach seiner Rückkehr erst einige Jahre sich mit den deutschen Verhältnissen vertraut gemacht hätte, um dann seine Kritik von neuem zu beginnen. Was am meisten empört hat, war, daß Vernstein seine Kritik trotz Hannover fortgesetzt und sogar verschärfert hat, indem er das Fundament der Partei angriff. Verschärfend kam hinzu, daß Vernstein in einen gegnerischen Verein ging, nicht um die Grundzüge der Partei zu verteidigen, sondern um die Partei in negativem Sinne zu kritisieren. Dazu sind nur Parteivereine da. Vernstein und **Grabnauer** haben den socialwissenschaftlichen Studentenverein als harmloses Kind hingestellt. Wie steht es in Wirklichkeit? Bewachte Parteigenossen sind aus jenem Verein zur Zeit, als sich in Berlin eine selbständige Akademikerbewegung aufthut, einfach hinausgedrängt worden. Zu den Protokollanten des Vereins gehören der bekannte Socialistenführer **Adolf Wagner**, **Schmolling**, **Breißig** u. a., die die Partei auf schärfste belästigt haben. Der Verein ist im Prinzip weder für noch gegen uns, aber gegen uns insofern, als er sonst nicht gebildet würde an deutschen Universitäten. Daß da vielleicht einige Adepten davon sind, die sich infolge ihrer Stellung als Studenten nicht betheiligen können, ist Sache für sich. Wäre Vernstein ein beliebiger Provinzler, wie etwa **Grundwald**, oder hätte er keine Vergangenheit hinter sich, so könnte man darüber hinwegsehen, daß er dort gesprochen hat. Aber wenn ein Vernstein dort auftritt, so wird das als historischer Moment betrachtet, mag auch das, was er sagt, noch so gering sein, und der „Vorwärts“ als Berliner Parteiblatt hatte die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diesen historischen Moment zu fixieren, nicht sowohl der Abwehr wegen, als vor allem, um den Genossen in der Provinz sofort ein objektives Urteil zu ermöglichen. Nun sagt **Grabnauer**, der Verein amnioniert bei uns nicht, darum brauchen wir ihn nicht zu beachten. Hat aber **Grabnauer** nicht gewußt, daß Vernstein dort sprechen wird? Was jetzt, an dem und dem Tage spricht der und der Redner, hat der Verein übrigens dem „Vorwärts“ zugesandt. Wie Vernstein von der bürgerlichen Gesellschaft und der Universität betrachtet wird, geht daraus hervor, daß den zielbewußten Genossen von der Universität nicht gestattet wird, in dem Socialwissenschaftlichen Studentenverein zu sprechen, zum Beispiel **Lebour**, **Rehring**, ja selbst **Schippel**. Ich befürchte mich jetzt nur noch auf ein Wort, da es doch gut ist, wenn die Praktiker sprechen und nicht nur gewisse Akademiker. Vernstein beschwert sich über die Form der Diskussion; er scheint aber zu glauben, daß ihm alles erlaubt ist, ändern nicht. Ich habe absichtlich die scharfe Form in der Thüringer Resolution gewählt, um die Vernsteinfrage hier in Lübeck zur Debatte zu bringen, und ich bin vollauf befriedigt. Ich lehne es aber auch ab, zu scharf

gewesen zu sein; vielleicht habe ich in der Form über die Stränge geschlagen. Die ganze Vernsteinfrage kommt darauf hinaus: wie wirkt sein Auftreten auf die Parteibethätigung? Denn principiell ist die Sache ja in Hannover erledigt. Aber ganz anders ist die Sache, da Vernstein fortfährt, die Partei anzugreifen; die schädigende Wirkung hat sich schon 1898 bei den Wahlen gezeigt und noch mehr in der letzten Zeit in den Fragen der Weltpolitik und den inneren Fragen des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft. Unter keinen Umständen — es soll das keine Herabsetzung sein —, die am Fundament bauen, die den Samen für die Partei in die kleinsten Bezirke hinaustragen, wissen nicht ein noch aus, da die Gegner ihnen in den Versammlungen mit Vernstein kommen; schon 1898 sind sehr tüchtige Genossen zu mir gekommen und haben sich darüber beschwert, daß sie auf Grund der Argumente Vernsteins mit den Gegnern nicht fertig geworden sind. Es ist wichtig, daß die Einheit der Grundzüge der Agitation wiederhergestellt wird. (Bravo!)

**Kautsky:**

Ich will mich bemühen, möglichst kurz zu sein. Was ich zu sagen habe, ist schon gesagt worden. Die Hauptsache ist in der That, daß die Welt erfährt, was die Masse der Parteigenossen über Vernstein denkt. Auch seine letzte Professore gibt mir keinen Anlaß hier zu reden. Auch die persönliche Seite der Frage will ich nicht berühren und die persönlichen Attacken Vernsteins nicht beantworten. Ich will mich auch nicht darüber beschweren, daß er wieder einen Brief von mir veröffentlicht hat. Wenn jemand wie er, meine Briefe aufs eifrigste liest, sie durch Jahrgänge aufbewahrt und sie zur Hand hat, wenn er unvorbereitet in einer Debatte spricht, dann erinnert mich das an die Inbrunst eines 18-jährigen Jünglings für die ersten Briefe seiner Geliebten. (Heiterkeit.) Für mich liegt kein Anlaß zur Unzufriedenheit vor, auch nicht über die Stelle, die er verlesen hat. Es hat mich angenehm überrascht, daß er eine so geschickte Stelle der Versammlung mitgeteilt hat. (Heiterkeit.) Das, was ich da sage, ist nur die allgemeine Praxis der Partei, die von niemand in Frage gestellt worden ist. Vernstein hat anerkannt, daß ich selbst Selbstkritik geübt habe und zwar in meiner Agrarschrift. Zur Selbstkritik gehört die Kritik der eigenen Anschauungen. Selbstkritik ist die Kritik der Genossen, im Gegensatz zu der Kritik der Gegner. Wenn er meint, wir hätten nicht Selbstkritik, sondern Kritik von ihm, so schließt er sich damit selber aus, rechnet er sich zu den Gegnern, was er natürlich doch nicht will. (Sehr gut!) Dieser Selbstkritik sagt er nach, daß sie von reiner Liebe zur Partei diktiert sei, wenn wir aber Kritik üben, dann ist es persönliche Geheißigkeit und Dogmenfanatismus. Wenn wir ihn kritisieren, dann sind wir ebenso wenig intolerant, wie er es ist. Es giebt nun Leute, die die von Vernstein hervorgerufenen Streitigkeiten als eine Förderung des geistigen Lebens unserer Partei betrachten. Im „Vorwärts“ steht im Verordnungsartikel: „Wenn auch gewisse Ansichten sich häufig als haltlos erweisen, so bleibt doch der Vorteil einer gewissen Art geistiger Gymnastik; sonst würden wir geistig einrosten.“ (Heiterkeit.) Ich beneide die Genossen im „Vorwärts“, die so viel Zeit übrig haben, daß sie geistig einrosten fürchten, wenn nicht diese Gymnastik wäre. (Sehr gut!) Selbstverständlich meine ich das nur scherzhaft; ich weiß, wie viel die Genossen im „Vorwärts“ zu thun haben. Ist es nicht wahr? Haben wir nicht zu kämpfen gegen eine Welt von Feinden?! Wäßen wir da nicht unermüdlich unsere Kritik gegen die Gegner richten? (Bravo!) Daß Vernstein uns neue Einsichten gebracht hat, davon ist heute nicht mehr die Rede. Als Vernsteins erste Professur erschien, da wurde sie mit Panfarenentöne begrüßt, da hieß es: Eine neue Zeit ist angebrochen, große Erkenntnisse sind uns geworden. Und wie reden heute die Anhänger Vernsteins: Ach, regt Euch doch nicht auf, die Geschichte ist ja nicht der Mühe wert. Es ist nichts dabei herausgekommen. Was wollt Ihr eigentlich von Vernstein. (Sehr richtig!) Ich glaube, schlimmer kann man von einem Revisionsfeldzug nicht urteilen. Vernstein allerdings ist anderer Ansicht. Er hat uns darauf hingewiesen, daß bereits die praktische Folge seines Revisionsprogrammes in dem Hainfelder Programm eingetreten sei (Widerspruch, Zustimmung). Zuruf **Fischer-Berlin**: Er hat gesagt: Was die können, können wir auch! — Ich habe es wenigstens so aufgefaßt; er hat darauf hingewiesen, daß die österreichischen Genossen die Verelendungstheorie aus dem Hainfelder Programm gestrichen haben. Wie steht es denn mit der Verelendungstheorie? Sie sagt, daß es immer schlechter werden muß, ehe es besser werden kann, daß das Proletariat immer mehr und mehr in Elend verfallt, bis es ganz widerstandslos geworden ist und das dann erst der große Tag der Befreiung hereinbricht. Genossen, ist diese Verelendungstheorie jemals in der Partei von irgend jemand, der auf Bedeutung Anspruch macht, geteilt worden? Sicher nicht. Diese Verelendungstheorie ist schon längst widerlegt und zwar von niemand anders als von **Karl Marx** in seinem Kapital. Dieser Satz ist nur als Tendenz zu verstehen, und nicht als unbedingt Wahrheit; er ist nur so zu verstehen: Das Kapital muß danach trachten, um seinen Mehrwert zu vermehren, die Lage des Proletariats immer elender zu gestalten. Das ist ja bekannt; aber **Marx** selbst hat die Gegenwirkung bezeichnet, er selbst war einer der Vorläufer des Arbeiterkampfes, einer der ersten, der auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen hat, zu einer Zeit, wo die andern Socialisten nichts davon wissen wollten, schon 1847. Er hat also bewiesen, daß diese Tendenz absolut notwendig ist, aber daß sie nicht absolut notwendig zur Herunterdrückung des Arbeiters führt. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den bürgerlichen Reformern, daß diese glauben, die Tendenz selbst könne überwunden werden, ein socialer Friede könne hergestellt werden, ein Zustand, bei dem das Kapital nicht danach trachte, die Arbeiter herunterzudrücken. Das ist in diesem besonderen Fall ihr Ertrag verzeiwelt gering war. Wir leiden weder an der publizistischen Kerkvostität, die in jeder Meinungsverschiedenheit gleich den Untergang der Welt fürchtet, noch lassen wir uns beeinflussen durch die lieben Leute, die uns gern beerben wollen und den Erschleicher in der Weise spielen, daß sie die eine Meinung gegen die andre karrierend auspielen und dadurch in der Socialdemokratie selbst das Gefühl herbeizurufen suchen, als ob es in ihr centrifugale, auseinander-treibende Kräfte am Werke seien.

Wenn der vorliegende Bericht richtig ist, so hat **Gen. Kautsky** den Wortlaut und den Sinn der betreffenden Stelle, wenn auch nur offenbar in scherzhafter, so doch in mißverständlicher Tendenz so nuanciert weitergegeben, daß die ursprüngliche Absicht der Stelle verdunkelt erscheint. Die Sätze lauteten wörtlich:

Das Erfurter Programm ist auch an den reichlichen theoretischen Diskussionen nicht zu Schaden gekommen, die uns die letzten Jahre besichert haben. Wir sind der vielleicht lehrerischen Meinung, daß diese Auseinandersetzungen zwar notwendig sind, um uns vor dem Kosten zu bewahren — sie sind eine Art gymnastischer Übungen zur Weibung des Parteigeistes — daß aber in diesem besonderen Fall ihr Ertrag verzeiwelt gering war. Wir leiden weder an der publizistischen Kerkvostität, die in jeder Meinungsverschiedenheit gleich den Untergang der Welt fürchtet, noch lassen wir uns beeinflussen durch die lieben Leute, die uns gern beerben wollen und den Erschleicher in der Weise spielen, daß sie die eine Meinung gegen die andre karrierend auspielen und dadurch in der Socialdemokratie selbst das Gefühl herbeizurufen suchen, als ob es in ihr centrifugale, auseinander-treibende Kräfte am Werke seien.

Es scheint kaum nötig, den Sinn der Stelle richtig zu interpretieren; diese theoretische Diskussionen sind zwar an sich wertvoll zur Weibung des Parteigeistes, in diesem Fall ist aber ihr Ertrag verzeiwelt gering gewesen; damit ist die allgemeine Anerkennung der Bedeutung theoretischer Diskussionen für den besonderen Fall der Vernsteindebatte ganz im Sinne des Redners eingeschränkt, wenn nicht sogar aufgehoben, obwohl sie doch auch so wertvolle Erscheinungen, wie die theoretische Diskussionschrift **Kautskys**, veranlaßt hat. Red. d. B.

Genossen daran gegangen sind, den Punkt ein wenig anders zu fassen, so ist das, wie **Webel** schon in der „Wiener Arbeiterzeitung“ ausgeführt hat, nicht dem zuzuschreiben, daß sie ihre alte Anschauung aufgegeben haben, sondern nur dem, daß eben Programme die Ainder ihrer Zeit sind. 1891, als das Erfurter, und 1898, als das Hainfelder Programm geschaffen wurde, hat man Vernstein noch nicht vorausgesehen, damals war der Kampf innerhalb des Proletariats nicht zwischen Vernstein und seinen Gegnern, sondern es war ein Kampf gegen die Anarchisten. Daher wurden damals jene Punkte im Programm ausführlicher erörtert, die von der Notwendigkeit des politischen Kampfes reden. Heute hingegen ist es notwendig, auf die falsche Auffassung der Verelendungstheorie hinzuweisen und diesem Punkt einen präzisieren Ausdruck zu verleihen. Würde heute eine Aenderung des Erfurter Programms verlangt, so würde ich beantragen, den Punkt so zu ändern, daß Mißverständnisse ausgeschlossen sind. Aber diese Mißverständnisse sind erst von Vernstein in die Debatte hineingetragen. (Sehr richtig!) Und nun kommt Vernstein her und sagt, es sei sein Verdienst, daß wir klarer sehen. Nein, es waren immer unsere Gegner, denen wir entgegenhalten mußten, daß unsere Theorie von der Zunahme der Verelendung eine ganz andre ist, und Vernstein hat uns nur die Aufgabe erwärmt, die Klarheit über diese Theorie aufrecht zu erhalten, denn er sagt, diejenigen, die ihm nicht beistimmen, seien noch Anhänger der alten vorläufigen Theorie, die schon seit dem kommunistischen Manifest überwinden ist. Also, Sie sehen, was bei der ganzen Revision herausgekommen ist! Nun sagt Vernstein, sein Vortrag sei ganz harmlos. Ja, wenn Vernstein diesen Vortrag vor 4 oder 5 Jahren gehalten hätte, so hätte sich kein Mensch darum gekümmert; man hätte ihn vielleicht gelesen, den Kopf geschüttelt und gesagt: Ja, was will denn der Mensch eigentlich? Heute wird der Vortrag betrachtet als die Konsequenz seiner Schrift über die Voraussetzungen des Socialismus. Er wird in diesem Maße betrachtet und bekommt erst in diesem Maße seine Bedeutung. Durch dieses Licht betrachtet ihn auch die bürgerliche Presse, und wir müssen die Folgen tragen. Nicht nur die „Welt am Montag“, sondern die gesamte bürgerliche Presse, „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Wostische Zeitung“ haben unisono gefächelt, Vernstein hat wieder bewiesen, daß die Socialdemokratie nichts anderes sein will, als eine demokratische Reformpartei. Nun kann ja niemand etwas dafür, wenn ihm die Gegner Unfuglichkeiten unterstellen, die man nicht hat, und wenn Vernstein mißverstanden ist, so ist das sein Pech. Ich bedauere ihn darum, aber man ist doch nicht so ganz wehrlos, man braucht sich das Lob der Gegner doch nicht ruhig gefallen zu lassen. Ich habe Vernstein schon früher vorgeworfen, daß er das Lob der Gegner willenslos über sich ergehen ließ; er hat darauf erwidert, daß auch von mir ein Satz mißverstanden und von den Gegnern gegen die Partei angeknüpft ist. Er meint meine Professur über die Handelspolitik, aus der die Agrarier einen Satz ausgebeutet haben. Aber doch nur, so lange sie mir ein vom „Vorwärts“ abgedrucktes Kapitel aus der Professur kannten! Als die ganze Professur ihnen bekannt war, konnten sie diesen Satz nicht mehr ausnutzen. Trotzdem habe ich mich nicht gefügt, sondern die Thatfache, daß ein Satz von mir gegen uns als Waffe gebraucht wurde, als solche Schmach empfunden, daß ich sofort am nächsten Tage, nachdem ich den Artikel in der „Krenz-Zeitung“ gelesen hatte, meinen Herren Lobrednern in der agrarischen Presse einen solchen Fuhrtritt verfehle, daß sie sofort auf die Bundesgenossenschaft mit mir verzichteten.

Bei Vernstein handelt es sich gar nicht um einen Satz aus einem einzigen Kapitel; er macht seit drei Jahren nichts als Selbstkritik, soweit er überhaupt kritisch thätig ist. Natürlich hat er auch noch eine andre Thätigkeit, aber seine kritische Thätigkeit richtet sich nur gegen die Partei. Warum tritt er nicht einmal gegen die Lobredner außerhalb der Partei auf? Das ist dringend notwendig im Interesse der Partei, denn unsere Gegner halten uns fort und fort Vernstein entgegen; sie sagen: „was versteht denn Ihr vom Socialismus? Vernstein versteht das viel besser, er ist ein alter Marxist, der das und das nicht für durchführbar hält.“ Würde sich Vernstein einmal gegen diese Gegner wenden, gegen die falschen Freunde, die die Arbeiterbewegung für ihre Zwecke ausnutzen wollen, würde er jedes Mißtrauen und jede Zweideutigkeit zerstreuen, so könnte er in jeder Beziehung Selbstkritik üben, wie er will. Das ist das, was wir von ihm erwarten und verlangen müssen. Vernstein hat uns daran erinnert, daß er zehn Jahre lang als Redacteur des „Socialdemokrat“ gewirkt hat. Ja, zehn Jahre lang hat er am „Socialdemokrat“ gewirkt zu unserer Freude und zu unserem Nutzen, und ich wünsche nichts fehrlicher, als daß er die Tradition, auf die er sich beruft, wieder erneuert. Er hat im „Socialdemokrat“ Selbstkritik geübt, aber auch unsere Gegner kritisiert und ist allen Reformbestrebungen auf das äußerste entgegengetreten. Möge er die alten Traditionen erneuern! Dann können wir überzeugt sein, daß auch das alte Verhältnis wieder hergestellt wird, und daß er nicht mehr nötig hat, sich über seine Kritiker in der Partei zu beklagen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

**Dr. David-Rainz:**

**Kautsky** ist materiell in die Diskussion über die sogenannte Vernsteinfrage eingetreten dadurch, daß er uns wieder einen Vortrag über die Verelendungstheorie gehalten hat. Zunächst ist es unklar, daß nach Erscheinen des Vernsteinschen Buches gerufen und gefordert ist: Jetzt beginnt eine neue Zeit. Wollen Sie mir nicht einen nennen, der das gerufen hat? Und ebenso unklar ist es, daß jetzt dieselben Genossen sagen: Ach, es war ja gar nichts, es ist ja gar nichts dabei herausgekommen! Nirgends innerhalb der Socialdemokratie ist ein Jubelton über das Vernsteinsche Buch angeschlagen worden. Es wurde sehr scharf angegriffen, und da kam eine Reihe von Genossen und sagte: Seht euch das Buch doch erst mal an, ist es wirklich so, wie ihr es darstellt? So entstand eine Diskussion darüber. Weiter, die Verelendungstheorie! Wir haben uns ja in Hannover über das Elend dieser Verelendungstheorie unterhalten, und nun tritt **Kautsky** wieder mit der Behauptung auf, kein Mensch habe früher die Verelendungstheorie im Sinne einer fortwährenden absoluten Verelendung aufgefaßt, sondern immer nur als Tendenz, der aber Gegenentzungen in den Begreifen. Ich habe schon in Hannover **Kautsky** gegenüber einfach das kommunistische Manifest citiert, wo nicht von einer Tendenz auf Herabdrückung die Rede ist, sondern wo es heißt, die bürgerliche Gesellschaft ist nicht einmal im Stande, ihren Sklaven zu ernähren, der Arbeiter wird zum Pauper. Und zwar ist das nicht von dem einzelnen gesagt, sondern von der Masse des Proletariats, und es wird auch im Manifest nicht im geringsten auf die Gegenwirkung durch die gewerkschaftliche Organisation hingewiesen. Das hat **Marx** später gethan, aber im kommunistischen Manifest hat er darauf nicht das geringste Gewicht gelegt. Er hatte ja auch eine andre Erklärung; er sagte: Deshalb wird die Arbeiterklasse in der uns nahe bevorstehenden Revolution ihre Ketten zerreißen, denn sie hat nichts zu verlieren. Und das kommunistische Manifest schließt mit dem Ausblick auf die nahe bevorstehende Revolution im Sinne der Gewalt. Also, es hat Leute gegeben, die auf diesem Standpunkt standen, und wenn heute noch, wie es Kiesel gethan hat, das kommunistische Manifest als Norm hingestellt wird, so kann man doch nicht sagen: Was ist das für eine verrückte Auslegung der Verelendungstheorie, die doch niemals ein vernünftiger Mensch gehabt hat! Nein, wenn man seine Meinung ändert, so habe man auch den Mut und die Kraft, zu sagen: Wir haben uns geirrt! (Zuruf: Alle Kamellen!) Ja, gewiß sind das alle Kamellen. Ganz recht, aber Sie hätten diesen Zwischenruf machen sollen, als **Kautsky** die Frage anschnitt.

Diese Auffassung ist auch keineswegs so abgethan, insbesondere nicht die Auffassung, daß wir vor einer neuen Revolution stehen im Sinne der Gewalt. Ein hervorragender Mitarbeiter der „Neuen



Zeit, Barbus, hat in einer der letzten Nummern erklärt, daß der Begriff des Revolutionären einzig in dem Sinne richtig zu verstehen sei, daß die Revolution erst vom Tage nach Eroberung der politischen Macht ab beginnt. Da haben Sie noch dieselbe Auffassung des Revolutionären im alten, guten Sinne. Derselbe Barbus hat, wie mir Genosse Fischer aus Dresden berichtet, noch vor kurzem eine mehr als merkwürdige Auffassung von der Rabe des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft einer Gewerkschaft gegenüber verraten. (Lachen.) Das sind allerdings lächerliche Dinge, ich würde es nicht für möglich halten, daß so etwas noch vorkommt, aber das zeigt doch, mit welchen Rücksichtslosigkeiten auf dem Gebiete der Theorie wir noch zu rechnen haben.

Nun zu der Frage, die uns heute beschäftigt! Der Bernstein'sche Vortrag ist ein so geringfügiges „Vergehen“, daß ich glaube, daß diejenigen, die auf Grund dieses Vortrags ihm den Prozeß machen wollen, es nachherade selbst fühlen, wie unangebracht das ist. Daß man sich, bevor der Vortrag im Druck erschien, über die Art seiner Ausschlagung durch die bürgerliche Presse ärgerte und falsche Vorstellungen darüber hatte, das begreife ich vollständig. Ich begreife auch die Nervosität Bebels, aber nachdem der Vortrag im Druck vorlag, war es doch jedem klar, um was es sich handelte. Es handelte sich, wie Heine sagte, um die Theorie der Theorie, um einen Definitionsstreit über den Begriff der Wissenschaft. Die nicht akademisch gebildeten Genossen halten es vielleicht für eine gräßliche Spaltarbeit, aber die Wissenschaft beschäftigt sich tatsächlich damit. Dieser Vortrag ist von keinerlei Bedeutung für die Sozialdemokratie und ihre Theorie und er hat ja auch zu den in der Bernsteindebatte aufgeworlenen Fragen selber gar nicht Stellung genommen. Aber warum sollte Bernstein nicht das Recht haben, vor Studenten auch einmal die Theorie der Wissenschaft in seinem Sinne zu behandeln. Nun soll ihm aber wegen der begleitenden Nebenumstände der Prozeß gemacht werden. Dieser Verein ist kein sozialdemokratischer, sondern ein gegnerischer, sagt Grundwald. Als ob es nichts dazwischen gäbe! Es ist einfach ein wissenschaftlicher Verein, ohne eine bestimmte Tendenz, der die Aufgabe hat, die Studenten der Nationalökonomie zur Diskussion, zur Anhörung gegensätzlicher Meinungen einzuladen, um sich selbst ein Urteil zu bilden; das ist in England viel weiter ausgebildet und außerordentlich wertvoll. Daß darunter auch Sozialdemokraten sind, bestreitet auch Grundwald nicht. Er beruht auch eine Thatsache zu registrieren, die er im Interesse der Wahrhaftigkeit seiner Debatten hätte anführen sollen: Der Vortrag Bernsteins in öffentlicher Versammlung wurde von dem Rektor der Universität ebenso unterlagert wie der Vortrag Mehrings. (Hört! hört!) Also der Rektor war nicht so überzeugt, daß er es in Bernstein mit einem Unisärzler des Sozialismus zu thun habe; der Vortrag wurde dann in geschlossener Versammlung gehalten, wozu eine Genehmigung nicht notwendig war. Das zur Kennzeichnung der Situation.

Man sagt, die bürgerliche Presse hat uns erst auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Die reaktionäre Presse hat im Gegenteil Bernstein für viel gefährlicher erklärt, als die andere. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auch die andere Presse, die uns auseinander zu loben versucht, z. B. die „Frankfurter Zeitung“, hat Bernstein wegen seines Vortrags durchaus kein Lob erteilt; sie hat es für Vorkreiterei erklärt, mit der nichts bewiesen sei. Der Vortrag ist auch von der bürgerlichen Presse als das tagiert, was er war: als rein wissenschaftliche Deduktion, die zu uns gar keine Beziehung hat.

Der Horn ist aber darüber: „Bernstein zieht“ — so hieß es in der „Erfurter Tribune“ — „jetzt dem Sozialismus seine wissenschaftlichen Fundamente unter den Füßen weg; er bestreitet, daß er auf wissenschaftlicher Grundlage beruht.“ Wer das behauptet nach den bürgerlichen Berichten über den Vortrag, dem kann man sagen: Du hast das mißverstanden; wer das aber behauptet auf Grund der Lesüre des erschienenen Wortlauts, dem muß man sagen: absichtliche Verdrehung! Bernstein war viel zu höflich gegen Sie, Genosse Grundwald; ich halte Sie auch nicht für so dumm, daß Sie das hätten mißverstehen können. Zur Charakterisierung der Thüringer Resolution möchte ich noch etwas anführen. Als der Bericht über den Vortrag erschienen war und die Debatte darüber begann, da brachte der „Petit Sou“ eine Berliner Korrespondenz, in der es hieß, daß in der so einflussreichen „Erfurter Tribune“ (Heiterkeit) man jetzt Stellung nehme zu den Theorien Bernsteins und erklärt, daß die Spaltung unvermeidlich ist; denn es könne nicht geduldet werden, daß Bernstein weiter einer Partei angehöre, deren Principien er angreife. Es heißt dann: „Wir sind entzweit über die letzten Angriffe Bernsteins, weil sie uns Gelegenheit geben, einer unerträglich Sache ein Ende zu machen.“ (Hört! hört! Zurufe Grundwalds.) Jawohl, Genosse Grundwald! Sie haben nur auf die Handhabe gewartet und dann: Galak, jetzt dürfte die Hege losgehen! Und dann ist sie auch losgegangen, zunächst durch eine verfehlte Darstellung des Inhalts des Vortrags und dann so weiter. Wenn man Sie beim Wort nimmt, sagen Sie: Mißverständnisse! Ich bin nicht so höflich, das immer vom Gegner anzunehmen, ich sage: absichtliche Verdrehung! Für so dumm halte ich Sie gar nicht, daß bei Ihnen immer nur Mißverständnisse vorkommen. Aber die Sache ist noch weiter gegangen. Im dieselbe Zeit spielte der bekannte Fall Rußland — „Münchener Post“; da ließ Rußland die Ente los, er habe seiner Zeit der „Münchener Post“ das Angebot gemacht, für ruhiger gehaltene sozialistische Schriften, die mit den alten Traditionen brächen, eventuell Geldmittel aus bürgerlichen Kreisen flüssig zu machen. Der „Vorwärts“ hat diese Information einfach zurückgewiesen und ich glaube nicht, daß in der Partei irgend jemand geglaubt hat, daß diese Bewegung, die man als opportunistische bezeichnet, die es aber meines Erachtens gar nicht ist, die sich an den Namen Vollmar knüpft, mit anderen Worten von bürgerlichen Kapitalisten bezahlt sei. (Grundwald: Das habe ich gesagt?) Das hat zunächst Rußland gesagt. Der „Vorwärts“ hat damit kurzen Prozeß gemacht, und da kommt die „Erfurter Tribune“ und schreibt, daß der „Vorwärts“ mit seiner Polemik doch sehr unglücklich sei, denn er habe keine Parteigesichte im Kopfe, wenn er behauptet, so was habe es damals gar nicht gegeben; er verweist auf Vollmar, und dann ergeht er sich in Ausdrücken wie: „Um die Wichtigkeit der Rußländischen Darlegungen abzulegen zu können, stellt der „Vorwärts“ die Parteigesichte falsch dar.“ (Bewegung. Hört! hört! Rufe: Das ist klar!)

Wenn man zu derartigen Mitteln greift, um Stimmung zu machen gegen die sogenannten Bernsteinianer, die abgeschlachtet werden sollen, dann begreift man, wie die Erfurter Parteigenossen, die die „Erfurter Tribune“ lesen, für eine solche Resolution stimmen konnten. (Sehr wahr!) Es war notwendig, diese Entstehungsgeschichte der Resolution einmal aufzudecken. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe die Empfindung gehabt, daß es sich hier um ein planmäßiges Scharfmachen gehandelt hat. (Zustimmung.) Das hat Grundwald ja auch zugegeben, indem er sagte: ich wollte die Debatte provozieren; nun, und den Zweck heiligen ja beinahe die Mittel. Erst siffet man Unruhe und will dann, gegen den man die Unruhe gestiftet hat, vor Gericht ziehen. (Hört! hört!) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß das der Parteitag nicht thun wird; es würde ihm nicht zur Ehre gereichen.

Es liegen dann noch zwei andre Resolutionen vor. Zunächst die Bebel'sche. Ich erkenne an, daß Bebel seine Begründung nicht mehr auf diesen Vortrag speziell gestützt hat; er hat wohl eingesehen, daß das die Bedeutung nicht haben kann. Was er aber dann weiter als Begründung angegeben hat, das ist gewissermaßen eine Fortsetzung von Hannover, und ich glaube, wenn die Sache in diesem Sinne sollte, dann sollte es auch für alle sein. Wenn man Bernstein vorwirft, die einseitige Art, wie er diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern — ja, Parteigenossen, das ist doch eine sehr natürliche Sache; Bernstein war nun einmal herangezogen worden, die Probleme waren aufgeworfen, und da war ein großer Teil seiner wissenschaftlichen Arbeit dem gewidmet. Er hat daneben, soweit mir bekannt, allerdings in bescheidenem Maße, auch Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft geübt. Ich teile auch den Wunsch und die Hoffnung, daß Bernstein nicht nur literarisch

und an uns selber kritisierend seine Fähigkeiten der Partei zu Diensten stellt, sondern daß er sucht Boden zu gewinnen unmittelbar in der praktischen Arbeit, an der praktischen Kleinarbeit in Organisation und Agitation teilnimmt mit den anderen (Beifall), und das möchte ich auch den anderen Litteraten wünschen, soweit das mit ihrer Stellung und ihren Fähigkeiten vereinbar ist. (Sehr gut!) Es ist ja richtig, daß man da oft in Konflikt gerät mit seiner Zeit und Kraft; aber was man an Zeit verliert, das gewinnt man durch die unmittelbare Verbindung mit der Erkenntnisquelle, die die Arbeit an der unmittelbaren Agitation jedem bringt. Wenn Bebel wünscht, daß Bernstein seine Thätigkeit in dieser Richtung erweitere, so mag das als Wunsch ja bestehen bleiben, aber das in einer Resolution auszusprechen, giebt ihr den Charakter einer Ungerechtigkeits, denn sonst müßte Bebel doch auch für die Gegenseite ein Wort finden. (Sehr richtig!) Und wenn Kautsky sagt, Bernstein könne keine Selbstkritik vertragen — nein; hier ist weit mehr als sachliche Kritik, hier sind persönliche Herunterreibungen und Anzuspargen vorgekommen, die die zulässigen Grenzen weit überschreiten. Das müssen sich in der „Neuen Zeit“ auch Auer und Vollmar usw. gefallen lassen! (Sehr wahr!) Bebel sollte seine Resolution zurückziehen und sich der anderen anschließen, die beide Teile mit gleichem Maße mißt. In Hannover ist doch nicht die kritische Forschung, die Weiterbehandlung der wissenschaftlichen Probleme verstanden worden, im Gegenteil. Für die freie, voraussetzungslose Wissenschaft muß Raum in der Sozialdemokratie sein (Zuruf: ist immer gewesen!) — eben, und darum soll es auch weiter sein. Wer aber an diese Probleme will, der muß vorher den Parteimantel ausziehen. Was berechtigten Unwillen erregt hat, ist, daß man diesen theoretischen Auseinandersetzungen diese Bedeutung beigemessen, sie in die Agitation selbst hinausgeworfen hat. Mir ist das, was Grundwald vorführte, in meiner agitatorischen Wirksamkeit niemals entgegengetreten. (Zurufe.) Freilich muß man die Agitatoren auch richtig unterrichten und die Dinge nicht entstellt wiedergeben. (Sehr richtig!)

Die Diskussion hätte die häßlichen Nebenerscheinungen nicht gehabt, wenn man die Sache nicht immer zur Parteisache machte. Lassen Sie doch diese literarischen Streitigkeiten sein! Ich klage Bebel an, daß er es gewesen ist und wieder scheint sein zu wollen, der der Sache die große Bedeutung giebt; wenn man eine solche Ducht der Persönlichkeit hineinwirft, dann bekommt die Sache diesen Charakter. Wer auf dem festen Fundament der historischen Notwendigkeit der Emanzipation des Proletariats steht, hat wahrhaftig nicht nötig, nervös zu werden, wenn man diesen oder jenen Satz des Marx'schen Kapitales anführt. Parteigenossen, was an dieser Kritik richtig ist, wird Bestand haben und sich durchsetzen und wenn man es zehnmal verdonnert, und was nicht richtig ist, das wird absterben; wir werden neue Erfahrungen machen, vielleicht werden die betreffenden Genossen selbst sagen, sie sind im Unrecht gewesen. Also lassen Sie das doch! Die Wissenschaft leuchtet nicht immer voraus, sondern kommt sehr häufig der praktischen Erkenntnis nach, die Erfahrung ist sehr häufig der vorwärts treibende Faktor. Darum haben wir es nicht nötig, uns aufzuregen, die große politische Aktion zu machen und Bernstein die Gurgel durchzuschneiden. (Zurufe: Das wollen wir ja auch nicht!) So buchstäblich nehme ich das auch nicht an. (Heiterkeit.)

Zur Frage der Presse will ich nur bemerken, daß angesichts der Artikel, die die „Neue Zeit“ ihren Lesern in letzter Zeit als wissenschaftlich vorgelegt hat, es angemessen ist, auch jenen Genossen zu sagen: Es ist Zeit, daß Ihr in Euch geht. Schön war es nicht. (Sehr wahr!)

Auch diese Debatte schadet uns nicht. Ich hoffe nur, daß es für absehbare Zeit die letzte Bernsteindebatte in der Partei gewesen ist. (Rufe: Hoffentlich!) Diese Debatte ruft uns auf die Macht, sie macht uns nicht zu glauben, daß wir alle Wahrheit bereits in der Tasche haben. (Sehr richtig!) Auch die Selbstkritik gehört zum Kampf gegen die Gegner. (Zustimmung.) Wenn wir uns darauf berufen, wir seien eine wissenschaftliche Partei, dann dürfen wir uns nicht dazu verstehen, einen Forscher wie Bernstein in seiner Thätigkeit herabzudrücken. Lassen wir ihn in seinem Sinne weiterarbeiten im Interesse der Partei. Von der Gegenseite wird Bernstein schon gesagt werden, was sie für falsch hält. Die Partei wird sich über diese Debatten nicht aufregen, sie wird davon profitieren! (Drab!)

### Bebel:

Wenn jemand in diesem Saal sein sollte, der nur die letzten Ausführungen des Genossen David gehört hätte, der müßte glauben, daß bei irgend einem Menschen in der Partei die Absicht besteht, die freie Selbstkritik bei uns zu verbieten. Ich verweise auf die einfache Thatsache, daß die beiden vorstehenden Resolutionen in ihrem Eingangsatz vollkommen übereinstimmen. Es heißt Wasser ins Meer tragen, wenn David im letzten Teil seiner Rede auffordert, wir sollten die Selbstkritik in der Partei schämen. Darüber streiten wir uns überhaupt nicht mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Wogegen wir uns wenden, das ist die Art, die parteischädigende Art der Thätigkeit, die Bernstein in den letzten Jahren entfaltet hat. (Sehr richtig!)

Ich hatte zunächst nicht die Absicht, mich auf die principiellen Differenzen der beiden Richtungen einzulassen. Ich dachte, das sei durch Hannover abgethan. Zu meiner Ueberraschung ist Kautsky von dieser alleinrichtigen Taktik abgewichen. Er ist auf die sog. Verelendungstheorie eingegangen und hat damit David Gelegenheit zur Polemik geboten. Es ist nun eine böse Sache, derartige Dinge unvorbereitet hingeben zu lassen und darum einige Worte. Man hat sich auf das kommunistische Manifest berufen. Ich konstatiere, daß 1872 bereits Engels im Einverständnis mit Karl Marx erklärt hat, daß sie nicht mehr in der Lage seien, alle Grundanschauungen des kommunistischen Manifestes aufrecht zu erhalten, daß sie es nur als historisches Kleinod wieder veröffentlichen wollten. Wer die Werke von Marx eingehend studiert hat, kann nicht im Zweifel sein, daß er nie und nimmer die Endstheorie in dem von David dargestellten Sinne aufgestellt hat. Wenn etwas charakteristisch ist und weite Stellen in den „Voraussetzungen des Sozialismus“ von Bernstein widerlegt, dann ist es die von Bernstein als Motto seinem Buche vorgegebene Stelle im „Kapital“, in der Karl Marx die Jahrtausenden als Sieg eines Princips bezeichnet. (Sehr richtig!) Marx war der Ansicht, daß den niederdrückenden Tendenzen des Kapitals die Arbeiterklasse durch ihre Organisation entgegenwirken kann, und wenn es ihr durch die Kraft der Organisation gelinge, die Staatsgewalt zu solchen Schritten zu veranlassen, dann sei das nicht bloß ein großer moralischer Fortschritt, sondern der Sieg eines neuen Princips. Selbst ein Mann wie Lassalle, der so scharf auf dem Standpunkt des ehernen Lohngesetzes stand, selbst er giebt nicht Anlaß, ihn zum Zeugen für eine falsche Auffassung der Verelendungstheorie anzuzuführen. In seinem Offenen Antwortschreiben heißt es: Man sagt Euch Arbeiter, Ihr seid heute in einer ganz andern Position wie vor 3—400 Jahren. Gewiß steht Ihr besser da, als die Botoluden und menschenfresserische Wilden. „Jede menschliche Befreiung“, so heißt es weiter, „hängt ja immer nur ab von dem Verhältnis der Vertriebungsmittel zu den in einer Zeit bereits gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnissen, oder was dasselbe ist, von dem Ueberschuss der Vertriebungsmittel über die untere Grenze der in einer Zeit gewohnheitsmäßig erforderlichen Lebensbedürfnisse.“ Wenn ihr aber dann vergleicht — meint er weiter — das, was die reiche Klasse heute hat mit dem, was die Arbeiterklasse heute hat, dann ist der Abstand zwischen der Arbeiterklasse und der reichen Klasse von heute ein größerer, als je vorher. (Sehr richtig!) Das ist der Kern der Verelendungstheorie, eine so einfache und selbstverständliche Sache, daß David, der nicht zu den unbedeutenden Vätern in unserer Partei gehört und die Parteigesichte sehr genau kennt, so viel Objektivität hätte besitzen sollen, diese Auffassung Lassalle's zu erwähnen. (Sehr richtig!) Da bei dieser Gelegenheit auch Barbus hineingezogen worden ist mit einem Citat aus der „Neuen Zeit“: „Unmittelbar am Tage nach der Eroberung der politischen Gewalt“, so will ich mit meiner Meinung nicht zurückhalten. Ich bedauere lebhaft, daß

in den letzten Nummern der „Neuen Zeit“ die bekanteten Artikel von Barbus über die sogenannten Opportunisten in der Partei und hervorragende Parteigenossen erschienen sind. (Lebhafte Hört! hört!) Ich meine, es gehört ein ziemlicher Grad von Geschmackslosigkeit dazu, hervorragende Parteigenossen ihren Gegnern gewissermaßen im Vobefotium vorzuführen. (Große Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Nach meiner Meinung hätte die Resolution der „Neuen Zeit“ diese Artikel nicht aufnehmen sollen. Von dieser Meinung habe ich auch sofort Kautsky Mitteilung gemacht. Darauf hat Kautsky mir erwidert: Auch ich bedauere, daß die Artikel aufgenommen worden sind, aber ich bin unschuldig daran, ich war in den Ferien. Kautsky hatte für seine zerrütteten Nerven Erholung suchen müssen. Wenn aber auch Kautsky ohne Schuld ist, so bedauere ich doch, daß in dem wissenschaftlichen Organ unserer Partei solche Artikel erscheinen konnten. (Sehr richtig!) Was aber das Citat aus diesen Artikeln betrifft, das David erwähnt hat, nun wie oft haben wir nicht solche Redefloskeln von Tage nach der sozialen Revolution gebraucht! Wir sagen immer „am Tage nach“. Das ist eine in der ganzen internationalen Sozialdemokratie allgemein übliche Redensart, aus der man nicht das herausziehen darf, was hier herausgezogen ist.

Ich beabsichtige nicht, auf das eingezugene, was gestern über die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu Bernstein und zu anderen Vorgängen ausgeführt ist. Wir haben beschlossen, uns streng an die Bernsteindebatte zu halten, und dem werde ich nachkommen. Aber was zur Sache gehört, ist mein gestern ausgesprochener Tadel, daß der „Vorwärts“ es unterlassen hat, einen Berichterstatter zum Vortrag von Bernstein zu schicken. Darauf hat Grundwald erwidert, der „Vorwärts“ habe niemals einen Berichterstatter in den Socialwissenschaftlichen Studentenverein geschickt. Das mag richtig sein; gleichwohl ist die Handlungsweise des „Vorwärts“ falsch. Es kann uns allerdings gleichgültig sein, wer in diesem Verein spricht, aber wenn ein so hervorragender Genosse wie Bernstein spricht und wenn er ein Thema wählt, wie er es gewählt hat, so hatte, meines Erachtens, eine aufmerksame Redaktion die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einen Berichterstatter hinzuschicken, um zu hören, was er sagt. Man kann einwenden, er wäre kaum im stande gewesen, den Vortrag wiederzugeben, denn darüber fand ja bis heute die ärgsten Mißverständnisse entstanden. Das trübe dann Bernstein, der sich in seinem Vortrag so unklar ausgedrückt hat, daß selbst Heine, ein Mann von tüchtiger juristischer und philosophischer Bildung, in seiner Kritik sagt: „Bernstein macht es einem nicht gerade leicht, den Gedankengang herauszuschälen aus den vielfachen Abweichungen, Wiederholungen und irreführenden Ausdrücken.“ Eine schärfere Beurteilung einer Rede kann allerdings von einem Fremde nicht ausgesprochen werden. Es kann ja sein, daß auch der Berichterstatter des „Vorwärts“ zu diesem Resultat gekommen wäre und gesagt hätte: „Ich habe zwar aufmerksam zugehört, aber was Bernstein gesagt hat, ist mir unmöglich, auf Papier zu bringen.“ Das ist ja überhaupt das Unglück von Bernstein, daß er früher, wo er noch festen Boden unter den Füßen hatte, sich klar ausdrücken konnte, aber jetzt, wo er im Sumpfe wadet, auch nicht mehr klar ist. Man lese nur sein Buch, ich wette darauf, daß keine Seite darin ist über die nicht unter den verschiedensten Menschen die verschiedensten Auffassungen bestehen. Wenn man glaubt, Bernstein am Kragen zu haben, so sagt er sofort: Das habt Ihr nicht verstanden! (Sehr richtig!) Ja, es ist in der That schwer, mit Bernstein zu diskutieren, sowohl schriftlich wie mündlich, weil er es einem bei dem kranken, verärgerten Gedankengang in seinen Schriften und Reden sehr schwer macht, herauszubekommen, was er eigentlich sagen wollte.

Darin unterschreibe ich mich von Grundwald, daß ich Bernstein keinen Vorwurf daraus mache, daß er im Socialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat. Ich kenne die Herren gar nicht und habe auch nicht die Absicht, mich um die Antecedentien dieses Vereines zu kümmern. Die Herren hatten stets die Freundlichkeit, mich zu ihren größeren Veranstaltungen einzuladen; ich habe aber stets aus Mangel an Zeit abgelehnt; sie haben mich auch in diesem Frühjahr angefordert, bei ihnen zu reden. Ich hatte abgelehnt, denn einmal hatte ich keine Zeit und zweitens war mein Gesundheitszustand so herunter, daß ich nicht einmal bei meinen eigenen Parteigenossen reden konnte. Aber ein principieller Grund, nicht dort zu sprechen, lag für mich nicht vor, selbstverständlich auch nicht für Bernstein. (Hört! hört!) Etwas andres aber ist das Thema, worüber Bernstein sprach. Das ist ein Thema, das seiner ganzen Natur nach von neuem eine Bernsteindebatte eröffnen mußte. Das ist der Grund, Genosse David! Die Dinge werden so dargestellt, als ob wir das Karneval seien, und speziell ich. Aber ich habe doch in den letzten sechs Monaten kein Wort über Bernstein öffentlich gesagt oder geschrieben, und nur soll ich die Person sein, die mit der ganzen Ducht ihrer Autorität sich gegen Bernstein ins Zeug legte und die heutige Debatte hervorrief. Wenn David diese Art Bernstein-Debatten bis an den Hals zuwider sind, so sage ich, mir sind sie bereits bis über den Scheitel, und ich hoffe mit ihm, daß es heute das letzte Mal ist, wo wir über diese Dinge reden. (Beifall!) Und damit es wirklich das letzte Mal ist, schlagen wir unsre Resolution vor, die sich von der nichtsagenden Form der anderen Resolution unterscheidet. Wir konstatieren einfach eine Thatsache, wir sprechen kein Urteil in der Resolution aus, und nun erwarten wir, daß Bernstein, nachdem er sowohl in den letzten Monaten wie speziell hier auf dem Parteitage durch die Diskussion erfahren hat, wie ein großer Teil der Genossen über seine Art der Agitation denkt, endlich einmal Reue annimmt und daß er künftig wieder in der Weise für uns arbeitet, wie wir es von dem ehemaligen Redacteur des Thüringer „Socialdemokrat“ als etwas ganz Selbstverständliches glaubten annehmen zu sollen. (Stürmischer Beifall und Gaudesclausen.) Daß wir uns in dieser Beziehung so gewaltig getäuscht haben, bedauert niemand mehr als ich. Daß dem so ist, wundere mich aber nicht. Wir kennen uns seit 31 Jahren, und ich weiß, wenn auf irgend einen seine Umgebung einen starken Einfluß ausübt, so ist es der Genosse Bernstein, und durch die beschriebenen Situationen, in die er im Laufe der 31 Jahre durch die Verhältnisse gekommen ist, erklärt es sich, daß er große unwägliche Wandlungen bei sich selbst vorgenommen hat. Seine letzte Wandlung erklärt sich daraus, daß er verurteilt war, lange Jahre in England zu leben, wo die Verhältnisse so grundverschieden von den unsrigen sind, und daß er dazu verurteilt wurde, ist nicht seine Schuld, es ist sogar sein Verdienst. Solche Anschauungen hätte er in Deutschland nie bekommen. Ich verurteile nicht, ich klage nicht an, ich konstatiere nur die Thatsache.

Nun hat Bernstein den lebhaften Beifall angezogen, den sein Vortrag gefunden hat. Ich bin erstaunt darüber, daß er darauf Gewicht legt. Die jungen Menschen, die ihm Beifall geklatscht haben, sind kaum kompetent, den Vortrag zu beurteilen. Wie aber die Parteigenossen urteilen, zeigt die Kritik von Heine, der den Vortrag gehört und gelesen, also den doppelten Vorzug der mündlichen Erörterung und der schriftlichen Wiederholung hat. Da braucht er sich über den Beifall der Studenten nicht zu wundern. (Bernstein ruft: Bei welcher Gelegenheit hatte ich den Beifall!) Hier in dem Bericht steht, daß Bernstein den größten Beifall an der Stelle hatte, wo er einem Gegner gegenübertrat. (Hört! hört!) Das ist ja sehr erziehnlich, aber ich hätte nur gewünscht, daß er das, was er in der Debatte einem Gegner sagte, später, als die bürgerliche Presse seinen Vortrag kritisierte, klipp und klar erklärt hätte. Wir sind heute in der traurigen Lage, daß wir in der Partei nicht, wie damals in Frankfurt a. M. nur einen Mann haben, der von der bürgerlichen Presse als Musterkabe hingestellt wird, nein, heute haben wir bereits fünf hervorragende Genossen, die man getrost das sehr unverdiente Schicksal gemessen, nach allen Richtungen hin von den Gegnern gelobt zu werden, ohne daß sie auch nur einmal Veranlassung nehmen, dies für sie geradezu kompromittierende Lob in die gehörigen Schranken zu verweisen, sich zu verbitten, daß man ihnen Tendenzen unterstellt, die sie nicht haben, und zu erklären: Wir stehen fest zur Partei. (Beifall.) In Frankfurt a. M. war es Auer, der auf das länderliche Lobhudelei Vollmars durch die gegnerische Presse hinwies und ausführte:



„Das die Reibungen mit den Bayern nicht aufhören, hängt weiter mit der persönlichen Stellung Vollmars und seiner Bedeutung in der deutschen Sozialdemokratie zusammen. Vollmar kann es nicht unbekannt sein, daß fortgesetzt von der gegnerischen Presse berührt wird, einen Gegensatz zwischen ihm und uns zu konstruieren, und diese Versuche sind so alt schon als Vollmar alt in der Partei ist. Wir haben sie bereits in einer Zeit, wo Vollmar noch nicht auf der äußersten rechten Seite unserer Partei stand, wie er selber gesagt hat, sondern auf der ganz entgegengesetzten Seite. Diese Versuche sind ständig gemacht worden, aber wir warten bis heute noch auf ein Wort Vollmars, auf eine offene Erklärung von ihm, worin er diese gegnerische Infamie desaboniert. Dies Wort habe ich oft von Dir erwartet, Vollmar, Du bist zu stolz dazu gewesen. Wir, die wir in guten und in bösen Tagen mit Dir zusammengekommen haben, wir kennen Dein Naturell und wissen, weshalb Du schweigst. Die Hunderttausende draußen aber kennen Dich nicht so genau, sie ziehen Folgerungen und denken, wenn die Dinge immer wieder austauschen und Vollmar schweigt über den Willen und hat nicht ein Wort, das seine Solidarität bekundet, ja zum Teufel, da muß am Ende doch etwas dahinter stecken.“

Das trifft genau auf die heutige Situation zu, nur daß wir heute eine ganze Anzahl von Personen haben, die fortgesetzt von den Gegnern gelobt werden. Ich hätte gewünscht, daß jene sehr richtige Bemerkung Auer's in Frankfurt endlich auch einmal hier und bei den verschiedensten Gelegenheiten in den letzten Jahren gebraucht worden wäre. Daß ich ja vollkommen recht, daß es nicht richtig ist, wenn man sagt, die „Frankfurter Zeitung“ habe den Bernsteinischen Vortrag gelobt. Rein, sie hat ihn getadelt, aber in einer Weise, die für einen Genossen wie Bernstein außerordentlich bedauerlich ist, und wenn jemals, so hätte dieser Kritik gegenüber Bernstein das dringendste Bedürfnis haben müssen, in der schärfsten Weise die „Frankfurter Zeitung“ heimzuschicken.

Es heißt da:  
„Bernstein hat die Revision sehr gut begonnen. Er nahm den Marxismus vor sich und ohne auf Fragen subtilster Art einzugehen, holte er ein Stück nach dem andern heraus, zerlegte es und zeigte die Fehlschlüsse. Das haben zwar andre schon vor ihm getan, aber wie die Dinge nun einmal liegen, mußte ein angesehener Sozialdemokrat es noch einmal thun. Das ist seine historische Mission. Auf diesem Wege müßte er weitergehen, wenn er sein Werk fortsetzen will, mitten in den Marxismus hineingreifen und demonstrieren — Wissenschaft gegen Wissenschaft. Wenn aber das eine von vornherein als Unwissenschaft abgethan ist, dann braucht es keiner Diskussion mehr und keiner Demonstration; dann ist man am Ende. Das wäre aber sehr schade, denn Bernsteins Aufgabe ist noch lange nicht erfüllt.“

(Hört! Hört!)  
Das sind die Hoffnungen, die in einem so hervorragenden und auch sachkundigen Blatt wie die „Frankfurter Zeitung“ anlässlich dieses Vortrags geäußert worden sind. Und da sage ich offen: mir hat es in der Seele weh getan, als ich eine solche Kritik über Bernstein in der „Frankfurter Zeitung“ las, ihn, der früher ganz andre Kritiken und viel schönere von jener Seite zu hören bekam. Und haben Sie es nicht alle in der bürgerlichen Presse gelesen, daß man es als Geniestreich des Grafen Witlow pries, daß er Bernstein nach Deutschland ließ? In solcher Zweideutigkeit, zu solcher Zwitterstellung hat seine Thätigkeit in der Partei in der letzten Zeit geführt. Was hat denn Bernstein in den letzten drei Jahren getan? Haben Sie irgend eine Kritik der Gegner gelesen, Brentano, Wagner, Schmoller, Sombart? Nein, Marx und Engels hat er kritisiert. Bei der Neu-Ausgabe seines Buches hat er die schärfsten Angriffe gegen Brentano geschrieben, die schärfsten Angriffe gegen Engels und Marx hat er ruhig stehen lassen. Wir wissen heute noch nicht, wie Bernstein zu einer ganzen Reihe höchwichtiger Fragen steht, zu unsrer parlamentarischen Thätigkeit, der Militär-, Marine-, Kolonial-, der Weltpolitik, dem China-Abenteuer. Ist das eine Art des Kampfes bei einem so hervorragenden, intelligenten Parteigenossen? Ja, habe schon gefleht, es macht den Eindruck, als könne er keinen Abend ruhig zu Bett gehen, ohne nach einer neuen Stelle zu suchen, gegen die er in unserm Programm seine Pfeile richten kann. Wie sind wahrhaftig für die Freiheit der Kritik, aber ich habe den letzten Vortrag gelesen, zweimal, und habe den Eindruck bekommen, daß es sich dabei sehr viel um die reinsten Kritikalereien handelt, nicht um eine Kritik, nein, um die Sucht, immer wieder etwas in Zweifel zu ziehen, mit Behagen seinen Schorrfimm daran zu wehen.

Seine hat ganz richtig gesagt, wir sind eine Partei des Handelns. Auch ich bin der Meinung, daß die meisten von uns das, was Sie wissen, im praktischen Kampf, nicht durch theoretische Kritik gelernt haben, weil unsre Schulung nicht so weit geht, daß wir Marx in allen Punkten verstehen können. Dazu aber haben wir die Theoretiker, und darum sind wir nicht nur eine Partei des praktischen Handelns, sondern auch eine theoretische Partei, eine Partei, die fortgesetzt ihre Stellung unterhält und die, wie keine andre Partei, so den Zeiterscheinungen und Veränderungen in der Gesellschaft folgt. Sonst wären wir nicht in 30 Jahren zu dem vierten Programm gekommen; es werden wenige Jahre vergehen und wir haben das fünfte. Ja, bin nicht der Meinung Heines, daß wir noch längere Jahre unser jetziges Programm ungedändert behalten werden. Nein, wir preffieren es etwas mehr; ich will nicht, daß wir, während fortgesetzt die Grundanschauungen des Programms kritisiert werden, mit diesem Programm in den Kampf ziehen, und ich habe gar nichts dagegen, daß wir im nächsten Jahre eine Revisionskommission einsetzen.

Kun hat Bernstein gestern hervorgehoben, daß ein Erfolg seiner Kritik die Aenderung des Programms der österreichischen Partei gewesen sei. Nun, einer der Hauptmitarbeiter an diesem neuen Programm, Adler, erklärt in der österreichischen „Arbeiterzeitung“, daß auch nicht ein einziger der alten Programmpunkte durch den „Kritizismus“, durch die „Bernsteinerei“ erschüttert sei. (Hört! Hört!) „Aber“ — so schreibt er weiter — „ebenso zeigt es sich, daß man einige jener alten Sätze heute nicht mehr lesen kann gerade wegen jener Diskussion, ohne zu empfinden, daß sie dem Widerspruch und der Unterwerfung ausgesetzt sein können. Bernstein hat bekanntlich neben etlichen wirklichen Verdiensten das vermeintliche, der Entfunder des granum salis zu sein, des Körnchens Salz, mit dem man jeden allgemeinen, generalisierenden Satz — und aus solchen besteht ein Programm — lösen müsse.“ Und in der „Neuen Zeit“ sagt er: „Das ganze Austreten Bernsteins würde in der Partei lange nicht die Bedeutung gehabt haben, wenn wir nicht eine Prosperitätsperiode von ungewöhnlicher Dauer gehabt hätten und diese nicht in einer Menge von Köpfen unter uns in der That den Glauben an die Wichtigkeit unserer bisherigen Voraussetzungen erschüttert hätte. Nun ist die Krise gekommen und so bedenklich sie ist wegen ihrer einschneidenden Wirkungen für Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, vom Standpunkt der Partei selber ist sie eine rettende That. Sie hat mit elektrischem Licht gezeigt, wie es in Wahrheit in der bürgerlichen Gesellschaft aussieht, und ich bin überzeugt, wäre die Krise vor 2 1/2 Jahren gekommen, statt in diesem Frühjahr, das Bernsteinische Buch wäre nicht geschrieben worden.“ (Sehr richtig!)

Also es kann gar kein Zweifel sein, wie wir uns dem Austreten Bernsteins gegenüber zu verhalten haben. Bernstein hat sich große Verdienste um die Partei erworben; niemand weiß das besser als ich, der ich in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes in der englischen Fühlung mit ihm stand. Aber ich behaupte, daß die Thätigkeit der letzten Jahre seine Verdienste um die Partei in sehr erheblichem Maße gesmältert hat. Leider! Wenn wir diese Talant allein verfolgt hätten, dann hätten wir uns heute die Trümmer der sozialdemokratischen Partei beschaffen können. (Bewegung.) Aus diesem Grunde bitte ich Sie dringend: Nehmen Sie die von uns vorgeschlagene Resolution an. Man wirft ihr vor, sie enthalte ein Bernstein beleidigendes Urtheil; das ist nicht wahr. Die Resolution konstatiert einfach nackte Thatsachen und wir können sagen: wir hoffen, daß Bernstein zu der Erkenntnis kommen wird, daß er einen Fehlschritt getan hat. Wir hoffen, daß

er wieder auf den richtigen Weg kommen wird, wo wir uns freuen werden, ihn als den Unken im vollen Sinne des Wortes zu begrüßen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte wird hier abgebrochen.

### In einer persönlichen Bemerkung

verwahrt sich **Ad. Hoffmann**-Berlin gegen die Behauptung Davids, daß er das Verbot der kritischen, wissenschaftlichen Forschung für Bernstein oder andere gefordert habe. Wir wünschen die kritische Forschung, aber im Rahmen der Partei und in den Kreisen der Partei.

**Auer:** Genosse Bebel hat bedauernd erwähnt, daß Parvus mich im Babelsturm den Genossen vorgeführt habe. Ich erkläre: Wenn Parvus weiter nichts gethan hätte als das, so hätte ich nichts dagegen einzutreten. (Heiterkeit.) Denn ich halte mich für einen ganz normalen und häufig gewachsenen Kerl. (Stürmische Heiterkeit.) Aber Parvus hat etwas andres gethan, und das ist es, worüber ich mich beschweren muß. Er hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich bei der Auswahl meines Vaters nicht vorsichtig genug gewesen sei. (Heiterkeit.) Nun, irgendwo muß der Mensch doch geboren sein, und alle können wir nicht aus Rawitsch stammen. (Stürmische Heiterkeit.)

**Singer** teilt mit, daß zwei genügend unterstützte Anträge namentliche Abstimmung über die Resolution 108 und 109 verlangen und schließt dann die Sitzung.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalfrage.** Am Sonntagabend 6 Uhr veranstalteten die Gesangsvereine Hallesches Thor, Liedertafel Berlin Norden, Anspole, Sängerkreis 1888 und Strahburg eine Festschicht, und zwar in der Philharmonie, Bernburgerstraße. Es ist den Genossen zur Gemüthe bekannt, daß dies Lokal zur Abhaltung von Versammlungen und nicht zur Verfügung steht. Bei Anblichung von Villetts zu genanntem Vergnügen wolle man dieselben mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ein Mangel an Lokalen ist in der That nicht vorhanden, darum halten wir es für angebracht, auf die genannten Vereine hinzuweisen. Die Genossen wollen hiervon Notiz nehmen. Die Lokalkommission.

**Aktion, Parteigenossen der Schönhäuser Vorstadt.** Freitagabend 8 1/2 Uhr findet im Berliner Brater, Kastanien-Allee Nr. 7-9, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Neu-Organisation des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises und die Beschlüsse des Mainzer Parteitages. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

## Lokales.

### Die Verteidigung des städtischen Obdachs

wird von der bürgerlichen Presse, namentlich von der freisinnigen, mit unternehmendem Eifer fortgesetzt. Die Obdachverwaltung läßt zu diesem Zweck den Blättern durch Vermittlung der magistrats-offiziösen Korrespondenz Nachrichten über Nachrichten zugehen. Diese halbamtlichen Auslassungen stroyen so sehr von Unrichtigkeiten und Widersprüchen aller Art, daß niemand, der unsren Streit mit der Obdachverwaltung aufmerksam und gewissenhaft verfolgt hat, über ihren Wert in Zweifel sein kann. Es kennzeichnet die freisinnige Presse, daß sie trotzdem begierig danach greift und sich zu ihrer Weiterverbreitung hergiebt.

Die neueste Notiz aus dem Obdach nimmt auf unsre erste Veröffentlichung vom 1. September Bezug und sucht den Nachweis zu führen, daß die Obdachverwaltung durchaus richtig handelt, wenn sie Familien, die nach längerem Aufenthalt im Familienobdach sich noch immer keine Wohnung beschafft haben, aus dieser Abteilung in die Baracken verlegt. Es ist uns nie eingefallen, diese Maßregel an sich zu bemängeln. Wenn man im Bureau der Obdachverwaltung und in den Redaktionen der freisinnigen Blätter die Güte haben will, unsre Ausführungen vom 1. September und alle sich daran anschließenden Veröffentlichungen noch ein zweites Mal und zwar genauer als beim ersten Mal zu lesen, so wird man über die bloße Verweisung in die Baracken kein Wort der Mißbilligung finden. Wohl aber haben wir unsre Empörung darüber geäußert, daß die in die Baracken verwiesenen Frauen mit ihren Kindern, ja mit Säuglingen, den Tag über auf der Straße zubringen müßten. Das war uns das wesentlichste und eigentlich wichtige an der ganzen Angelegenheit, und es kann das auch niemand entgangen sein, der jenen Artikel vorurteillos gelesen hat. Allerdings hat sich die Obdachverwaltung mit der Vorsicht des bösen Gewissens um diesen Punkt herumgedrückt, und die bürgerliche Presse, vornehmlich die freisinnige, hat es ihr nachgemacht. Die Obdachverwaltung wollte ja zunächst womöglich alles bestreiten. Nicht einmal die Verweisung in die Baracken wollte sie eingestehen, geschweige die Entziehung des Mittagessens oder gar die Lumenlosigkeit, die Frauen mit den Kindern wie nächtliche Obdachlose auf der Straße zu jagen. In der neuesten Notiz aus dem Obdach wird jetzt wenigstens das ruhig zugegeben, daß thatsächlich Familien bei Nichtbeschaffung einer Wohnung in die Baracken verlegt werden und dann nur Morgen- und Abendkost erhalten. Die „Freisinnige Zeitung“ giebt diese Mitteilung als eine „Nichtigstellung sozialdemokratischer Verdrehungen des Thatbestandes“. Das Blatt leidet sich da leichtfertigerweise selber eine Verdrehung. Die Mitteilung ist lediglich eine Nichtigstellung magistrats-offiziöser Verdrehungen des Thatbestandes, die wohl nur deshalb jetzt gleichfalls von magistrats-offiziöser Seite verbreitet und von freisinnigen Blättern veröffentlicht wird, weil die Verteidiger des Obdachs so konfuse geworden sind, daß sie selber nicht mehr wissen, was sie vorher abgestritten haben. In dieser Nichtigstellung magistrats-offiziöser Verdrehungen wird nur an der einen Behauptung von früher her festgehalten, daß die in den Baracken verlegten Familien auch am Tage darin verweilen dürfen. Das ist jetzt in der That der Fall; aber erst infolge der Veröffentlichungen des „Vorwärts“ und der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Heimann und Stadthagen im Obdachatorium gegebenen Darstellung ist es den Familien wieder gestattet worden. Noch manches andre ist übrigens inzwischen anders geworden. Beispielsweise bekommen jetzt die Familien in den Baracken außer dem Morgen- und Abendbrot auch Mittagessen; hier hat also der Magistrats-offiziosus einmal zu Ungunsten der Obdachverwaltung berichtet. Allerdings wird diesen Familien nach wie vor kein Anspruch auf Mittagessen zugestanden. Sie bekommen nur, was übrig bleibt, aber es bleibt meist genug übrig, sodaß uns in dieser Hinsicht keine Klagen mehr zu Ohren gekommen sind. Doch auch die Behandlung mit einem Male eine andre geworden ist, wollen wir gleichfalls nicht unerwähnt lassen.

Wenn die Obdachverwaltung sich aus eigenem Antriebe dazu entschlossen hätte, die Obdachlosen menschlicher zu behandeln, dann hätten wir wahrscheinlich bis auf den heutigen Tag über die Verweisung bestimmter Familien in besondere Räume kein Wort verloren. Zur Rechtfertigung dieser Maßregel teilt die Obdachverwaltung mit, von 75 seit dem 29. Juni in die Baracken verwiesenen Familien seien 51 dann „plötzlich“ im Stande gewesen, die

kontraktliche Beschaffung einer Wohnung nachzuweisen. Wir wollen nicht im Auskunf darüber bitten, was die Obdachverwaltung unter „plötzlich“ versteht. Die Thatsache, daß sich unter den Insassen des Obdachs leider auch böswillige, standalsüchtige und arbeitscheue Elemente befinden, steht ja ohnedies fest. Sie ist auch von uns niemals bestritten oder in unserm Kampfe gegen die Obdachverwaltung außer acht gelassen worden. Wir haben sogar ausdrücklich erklärt, daß die Obdachverwaltung uns jederzeit vollkommen an ihrer Seite haben wird, wenn sie sich dieser Elemente zu erwehren sucht. Wenn trotzdem fort und fort der Versuch gemacht wird, die Stundmacher und Arbeitscheuen dem „Vorwärts“ und den in dieser Angelegenheit thätigen sozialdemokratischen Stadtverordneten an die Rockschöße zu hängen, so sagt sich diese Infamie selber nur zu gut in das Gesamtbild ein, das die Verteidigung des städtischen Obdachs durch die bürgerliche Presse bisher geboten hat.

**Der „Milchbauern“-Hauptling Herr Ring** bestreitet in der „Deutschen Tageszeitung“, bei der Polizei beantragt zu haben, die polizeilichen Anforderungen an den Festhalt der Milch herabzusetzen. Diese Antwort auf einen bereits am Freitagabend in öffentlicher Versammlung erhobenen Vorwurf kommt merkwürdig spät. — Herr Ring erklärt auch, auf der Generalversammlung der Milchcentrale nicht gesagt zu haben, Gott stehe den Bauern näher als den Leuten in der Stadt. Er habe nur davon gesprochen, daß Gott den Bauern näher sei, da sie sein Wollen in der Natur täglich vor Augen hätten. Die Berliner, die sich durch Herrn Ring bereits zu Menschen zweiter Klasse degradiert sahen, werden nach dieser Erklärung erleichtert aufatmen. Bisher nicht widerrufen ist die andere Behauptung, daß es Gott mit den Bauern „gut gemeint“ habe, indem er die Trockenheit ins Land schickte, Futternot eintreten ließ, dem Milchüberfluß vorbeugte und so die Milchverteuerungspläne der märkischen Bauern förderte. Sie kann auch gar nicht widerrufen werden, weil sie schwarz auf weiß in einem gedruckten Aufsatz vorliegt.

**Der Stadtverordneten-Ausschuß** zur Aenderung der Gemeinde-Einkommensteuer-Ordnung der Stadt Berlin und zur Prüfung der Abnahme von der Erhebung der Gemeinde-Einkommensteuer nach dem Satze von 4 M. hat gestern unter dem Vorsitz des Stadts. Kreiting und im Beisein vom Räumere Waaß und Stadtrat Tourbis getagt. Es handelt sich hierbei um den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung, diesen Steuerertrag auch ferner zu erheben und sämtlichen Genossen eine Veronlagung zuzulassen. Der Magistrat war diesem Beschluß nicht beigetreten und war auf seinen Antrag, diesen Steuerertrag vom 1. April 1902 bis auf weiteres nicht zu erheben, zurückgekommen, weil die Kosten der Erhebung und Benachrichtigung in gar keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Nach längerer Beratung mußte der Gegenstand vertagt werden. Die Sache wird nun erst später die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen.

Die Stadtverordneten werden sich mit dem städtischen Mill.-Abbladewesen zu beschäftigen haben. Infolge der Erhöhung der Abbladegeldern von 2 auf 3 M. für die Tonne ist die Millabfuhr von 188 000 Tonnen auf 109 148 Tonnen zurückgegangen. Hinzuzurechnen sind noch 28 450 Tonnen, die nicht fortgeschickt, sondern auf dem Abbladeploy in der Müllerstraße gestapelt wurden. Die Folge ist nicht nur eine Minder-Einnahme an Abbladegeldern sondern auch eine entsprechende Minder-Ausgabe für die Fortschaffung nach Pinnow und Spreenhagen, den städtischen Abbladepöhlen, an der Havel und der Spree. Die Fortschaffungskosten haben sich im Durchschnitt auf 3,19 M. für die Tonne, also da im Etat nur 2,85 M. angenommen waren, um 34 Pf. höher gestellt. Es ist deshalb bei Wäzierung des Contos für das Abbladewesen ein etwas höherer Voranschlag aus der Hauptklasse der städtischen Werke erforderlich geworden. Die Schulden der Abbladepöhlen haben am Schluß des Etatsjahres am 31. März 1901 rund 515 000 M. betragen.

**Zur Straßenbahnfrage** meldet man magistrats-offiziös: Zur Frage der Ueberführung der beiden ehemaligen Straßenbahnen von Siemens u. Halske, Receptow-Bechensstraße und Mittelstraße — Bannow über die Straße Unter den Linden im Zuge der Reichstädtischen Kirchstraße bringt heute ein hiesiges Lokalblatt Mitteilungen, die uns als falsch bezeichnet werden. Von dem Plan einer Halbleisen Untergrundbahn zur Verbindung des Wedding mit Schöneberg könne gar nicht gesprochen werden. Siemens u. Halske bauen nur eine Untergrundbahn zur Verbindung des Potsdamer Platzes mit dem Alexanderplatz und weiter nach Osten als Fortsetzung der elektrischen Hochbahn, während die Stadt Berlin eine sogenannte Nord-Südlinie im Zuge der Friedrichstraße zwischen dem Wedding und der Hordstraße ins Auge gefaßt und mit den Vorarbeiten die Gesellschaft für Untergrundbahnen (Holzmann und Comp., Frankfurt a. M.) betraut hat. An eine Ueberführung der beiden genannten Straßenbahnen unterhalb der Linden im Zuge der Reichstädtischen Kirchstraße kann vorläufig nicht gedacht werden, weil Unter den Linden sich ein sogenannter Rotenplatz befindet, der sehr wenig Gefälle aufweist. Dieser Umstand bietet selbst dem Unternehmen einer Untergrundbahn große technische Schwierigkeiten, um vieles mehr noch aber einer Straßenbahnunterführung. Auch die weitere Nachricht des Lokalblattes, daß der Aufsichtsrat der ehemaligen Siemens u. Halskeschen Straßenbahnen zusammenberufen worden sei, um sich mit der Entscheidung über die abgelehnte Durchquerung der Straße Unter den Linden durch diese Bahnen zu befassen, wird uns als falsch bezeichnet.

**Ein Legat zu Gausien des Rinderasyls.** Der im August d. J. verstorbene Rentner Jul. Korte hat die Gemeinde Berlin zur Unterhaltung seines Rinderasyls eingesetzt, mit der Bestimmung, diesen zur Vergrößerung des Rinderasyls in der Rückfurterstraße zu verwenden. Zum Rinderasyl gehört das Grundstück Alalbertstraße 98 unweit der Fiedenerstraße, dessen Wert auf etwa 120 000 M. geschätzt wird. Auf dem Grundstück ruht eine Hypothek von 37 000 M. Die Höhe des Kapitalvermögens läßt sich noch nicht angeben, weil die Höhe der Schulden noch nicht feststeht und einige kleinere Legate in Abzug zu bringen sind. Das vorhandene Mobiliar hat die Wittwenbesitzerin des Erblassers geerbt. Die Gesamterschaft soll sich auf rund 150 000 M. belaufen. Die Stadtverordneten-Versammlung wird vom Magistrat ersucht sich mit der Annahme des Nachlasses im Sinne des Erblassers einverstanden zu erklären.

**Die deutsche Kunst im 20. Jahrhundert.** Hiesige Blätter melden: Für seine Verdienste um die Architektur-Anstellung der Stadt Berlin auf der diesjährigen großen Kunstausstellung war dem Stadtbaurat, der das Reichsgerichtsgebäude in Leipzig erbaut hat, die „große“ Medaille zuerkannt worden; trotzdem dieser Beschluß der Preisrichter einstimmig erfolgte, fand er nicht die kaiserliche Bestätigung; der Kaiser bestimmte vielmehr, daß Herr Hoffmann nur die kleine goldene Medaille zugesprochen sei. Ueber die Gründe dieser Entscheidung soll sich der Kaiser, wie verlautet, dahin ausgesprochen haben, daß die künstlerische Richtung des Berliner Stadtbaurats seinen Intentionen nicht entspreche. Danach also werden Medaillen vergeben; — Hoffmann hat übrigens einen Lebensgefährtin in dem Erbauer des Reichstagsgebäudes, Wallot.

**Beschwerden der Straßenbahner.** Aus den Kreisen der gewerkschaftlichen Organisation der Straßenbahn-Angestellten schreibt man uns: Der Betrieb der Großen Berliner Straßenbahn muß bekanntlich bis zum 1. April nächsten Jahres völlig in einen elektrischen umgewandelt sein, und daher haben jetzt alle älteren Arbeiter, die mit dem elektrischen Fahren noch nicht vertraut sind, eine vierwöchentliche Lehrzeit durchzumachen. Die Lehrstunden finden täglich vormittags von 8 bis 12 Uhr statt. Man sollte nun annehmen, daß die „Große“ den alten Beamten, die zum



größten Teil in Dienst ergangene Leute sind, diese Zeit als Arbeitszeit in Anrechnung bringt. Dies wäre umso mehr in der Ordnung, als jüngerer, neu einretenden Leuten die Stunde Lehrzeit mit 25 Pf. vergütet wird. Solche Contanz wird den älteren Leuten gegenüber nicht gezahlt. Ihre elf bis zwölf Stunden Dienst müssen die Arbeiter daher stets vom Mittag bis in die Nacht verrichten. Hierbei kommt die Zeit, welche das Ausschleppen der Pferde und das Abfahren vom Hofe sowie in der Nacht das Einfahren in den Hof und das in den Stallbringen der Pferde in Anspruch nimmt, noch nicht in Betracht. Die alten Arbeiter haben mithin während dieser sogenannten Lehrzeit die Annehmlichkeit, täglich 15 und auch noch mehr Stunden Dienst für die „Große“ zu verrichten. Es ist daher kein Wunder, wenn auch noch beim Pferdebetrieb Unfälle vorkommen, da ja doch alte Leute, denen höchstens sieben Stunden zur Ruhe übrig bleiben, nicht die für den Fabrikdienst nötige Aufmerksamkeit haben können.

Weiter schreibt man uns: Es werden auf einzelnen Bahnhöfen sehr viel Geldstrafen verhängt, trotzdem Direktor Kühlewein am 27. Dezember 1900 bei der Verhandlung mit der Besprechungskommission erklärte, daß Geldstrafen so wenig wie möglich in Anwendung gebracht werden sollten, weil nicht der Verurteilte damit bestraft werde, sondern meistens dessen Familie. Wenn man sich aber die Strafen ansieht, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Worte des Direktors wohl nur für den 27. Dezember Gültigkeit hatten. Hierbei ist zu bemerken, daß die Inspektoren nach eigener Machtvollkommenheit handeln, denn sonst müßten überall die Strafgeelder erhoben werden, so aber schwankt der Betrag hin und her. Vor einiger Zeit wurden in Reinickendorf viel Strafgeelder erhoben, dann in Treptow; nun hat es sich dort etwas gelegt, um dafür in Moabit desto mehr einzuziehen.

Ein Denkmal der Kaiserin Friedrich will der Kaiser einer Zeitungsmeldung zufolge vor dem Brandenburger Thor errichten. Ein Standbild der genannten Dame würde sich in der Nähe des Bismarckdenkmals sehr hübsch annehmen. Ein Lokalblatt weiß ferner zu melden, daß der Kaiser die Idee der „Freilegung“ des Brandenburger Thores, von der zu Anfang dieses Jahres bereits die Rede war, nunmehr verwirklichen wolle.

Der Feuerfreie Plänterwald. Die Stadt Berlin war wegen des ihr gehörigen auf Treptower Gebiet gelegenen Plänterwaldes von der Gemeinde Treptow zu 2092 M. Grundsteuer herangezogen worden, welcher Betrag dann auf 1778 M. ermäßigt wurde. Berlin beantragte gänzliche Freistellung und erstritt diese auch durch Klage beim Bezirksauschuß. Jetzt hat nun das Ober-Berwaltungsgericht die Revision der Gemeinde Treptow verworfen. Das Revisionsgericht geht gleich dem Bezirksauschuß davon aus, daß Berlin die Steuerfreiheit auf Grund des § 24 des Kommunal-Abgabengesetzes verlangen könne, weil von der Stadt der Plänterwald zu einem öffentlichen Zwecke bestimmt sei, dem nämlich, als Erholungsstätte für das Publikum zu dienen. Es wolle unerheblich, daß in dem Waldchen (das nach und nach mit Fremden besetzt wird) noch nicht überall Wege angelegt seien. Auch der Teil, der noch nicht von Wegen durchquert sei, diene mit zur Erholung, indem er zur Schaffung frischer Luft beitrage.

Der Bauarbeiterschutzes und die neue Baupolizei-Verordnung. Eine Zuschrift an die „Vossische Zeitung“ vom 18. September äußerte sich über die mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Bau-Polizei-Verordnung. Der Verfasser der Notiz, offenbar ein Unternehmer, bedauerte, daß die Bau-Polizei-Verordnung, die auf völlige Unterbrechung des Trodenvorganges beruhe, das Brechen der Coakslörbe verbiete und statt dessen die Stanonenöfen mit Abzugsröhren vorschreibe. Der Verfasser bedauert, daß nunmehr die Kohlenlörbe (gemeint sind die Kohlenoxydgase), die er für ein hervorragendes Mittel zur Beschleunigung des Trodenprozesses hält, jetzt nutzlos in den Schornstein geleitet werde! Dadurch würde ein schnelles Austrocknen verhindert, und somit würden nach dem 1. Oktober die „Trodenmeister“ die zur Trodung des Hauses notwendige Kohlenlörbe liefern und mehr wie bisher einen gehörigen „Atheumatismus“ dafür entgegennehmen.

Aus Bauarbeitertreffen schreibt man uns hierzu: Wir wollen dem Verfasser bemerken, daß die nach seiner Ansicht so kostbaren Coakslörbe für den Trodenprozeß durchaus nicht zu empfehlen sind. Jeder Fachmann weiß, daß dort, wo die Trodung durch Coakslörbe bewirkt wird, der Mörtel an Decke und Wänden jede Bindekraft verliert und wie trockner Sand fortgerieben werden kann. Oftmals fällt der Fuß sogar von selbst herab. Aber geradezu zehrend ist die Sorge des Verfassers darüber, daß die „Trodenmeister“ noch mehr wie bisher vom Atheumatismus befallen werden könnten. Der Verfasser der Notiz scheint nicht zu wissen, daß die baugewerblichen Arbeiter, als Maler, Lötzer, Stuckateure, Putzer usw. seit einer Reihe von Jahren die intensivste Agitation betrieben haben, um die Coakslörbe zu beschaffen, die sich in tausenden Fällen als überaus gesundheits-schädlich bewiesen haben. Es scheint beinahe, daß weniger die Sorge um die Gesundheit der Mitmenschen, als die Furcht, am Profit einzubüßen, das Unternehmertum zu so heftiger Liebe zu den Coakslörben entflammt hat. Die Arbeiter können mit einiger Bemühenung um die Beschäfte ihrer jeweiligen Agitation bilden; sie werden weiter dahin wirken, daß Leben und Gesundheit auf den Bauten respektiert werde.

Der Konsumverein „Berlin Nord“ veröffentlicht jedoch den Bericht über sein zweites Geschäftsjahr (1. Juli 1900 bis 30. Juni 1901). Demnach hatte der Verein am 30. Juni d. J. 1218 Mitglieder. Das Geschäftsgut derselben betrug 10 693,42 M. Der Jahresumsatz betrug 185 345,41 M. (gegen 50 400,07 M. im Vorjahre). Der verfügbare Reingewinn, über dessen Verwendung die am 30. September in Köpenicker Salon, Badstr. 16, stattfindende Generalversammlung zu bestimmen hat, beziffert sich auf 11 809,91 M. Am 24. September eröffnete der Verein Wildenowstraße 30 seine vierte Verkaufsstelle. Zwei weitere Verkaufsstellen werden Ende dieses Monats Willestr. 31 und Gartenstr. 8 neu eröffnet.

Die Direktion der großen Berliner Straßenbahn ersucht uns folgendes bekannt zu geben: Es scheint im Publikum wenig bekannt zu sein, daß es nicht unwesentlich ist, Zeitkarten aus ihrem Bureau persönlich abzuholen oder durch Boten abholen zu lassen. Wir pflegen vielmehr schon seit längerer Zeit die mit Karten besetzten Zeitkarten auf Wunsch und Gefahr des Empfängers auch per Post gegen vorherige Einsendung des Betrages für Marken und Porto zu versenden; auch senden wir, wenn es gewünscht wird, die Karten selbst an den betreffenden Abonnenten ein, der dann das Einlösen selbst besorgen kann. Gleichzeitig möchten wir daran erinnern, daß die Erneuerung von Zeit-, Arbeiter-, Schülerkarten usw. nicht nur in unserem Hauptbureau, sondern auch auf verschiedenen Bahnhöfen stattfindet.

Ueberfahren wurden gestern Abend eine Reihe von Personen. Der Arbeiter Franz Kunoßki aus der Brunnensstr. 124 geriet vor dem Hause Schönower Allee 31 unter einen Wagen, dessen Eigentümer und Führer unbekannt geblieben sind, und wurde am Kopf und an den Beinen schwer verletzt. — Der Arbeiter Paul Lorenz aus der

Wiesenthalerstr. 7 glitt bei dem Verstehe, in der Tegelerstraße auf einen Lastwagen zu springen, aus, und fiel so unglücklich hin, daß ihm die Nader über Brust und Beine gingen. Mit schweren inneren Verletzungen und einem Oberschenkelbruch wurde er einem Krankenhause zugeführt. — Gegen 6 Uhr kam eine Trauerlustige mit dem Superintendenten Krüger und einigen Leidtragenden von der Beerdigung der Rentnerin Frau Hauer vom Petrikirchhof zurück durch die Breitenstraße gefahren. An der Ecke der Scharen- und Bräuerstraße lief ein sechsjähriger Knabe von einem durch Kanalarbeiter aufgeworfenen Sandhaufen herab unter die Pferde, wurde überfahren, kam aber mit leichten Abschürfungen am Gesicht davon. — Gegen 9 Uhr abends wurde an der Ecke der Reien Friedrich- und Königstraße von einem Karrenwagen, der übermäßig schnell fuhr, ein Mann überfahren und an den Füßen schwer verletzt. Der Autofahrer, der auf das herbeilaufende Publikum mit dem Pfeiffen spiel einwirkte, wurde durchgeprügelt und den Schupmannern übergeben, denen er zweimal vergeblich zu entkommen suchte.

Eigenartige Todesursache. Mit einer lebensgefährlichen Verletzung wurde vor einiger Zeit der Schüler Adolf Schäfer aus Cappe bei Templin in die Charité eingeliefert. Dem Knaben war gelegentlich der Streife nach einem Vermissten im Walde von einem sitzenden Hirsch mit dem Geweih ein Auge ausgestoßen und das Gesicht schwer verletzt worden. Nunmehr ist der Unfallschlag an den Folgen dieser Verletzung gestorben.

Von seinem eigenen Führer überfahren wurde gestern früh um 7¼ Uhr der Räderbürger Bindenagel aus Bernau, welcher eine Fuhrer Frau nach Berlin bringen wollte. Seine jungen Pferde schauten in der Prenzlauer Allee und gingen durch. Der alte Mann konnte nicht Herr über die Tiere werden; er stürzte kopflücker unter seinen Wagen und wurde überfahren. Steinseger, welche gerade an der Unfallstelle arbeitete, brachten ihn nach dem Krankenhause am Friedrichshain.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tötete sich gestern Abend die 22 Jahre alte Tochter Ella des Reichners Selide aus der Seydelstraße 28, die ebenso wie ihr Vater für eine Damenkonfektion beschäftigt war. Nachdem sie einer Rechnung wegen mit ihrem Vater Streit gehabt hatte, warf sie in der größten Aufregung Schmutz und Wertgegenstände von sich und sprang aus dem Fenster der im vierten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. In der Nacht um 11¼ Uhr erlag sie im Krankenhause ihren Verletzungen.

In 800 Fällen des Diebstahls überführt ist, wie ein hiesiges Blatt meldet, ein von der Kriminalpolizei verhafteter 28 Jahre alter Buchhalter Namens Leby, der als Angestellter eines hiesigen Seiden-Großgeschäftes einen ersten Vertrauensposten inne hatte und diesen seit drei Jahren zu umfangreichen Diebstählen ausnutzte. Den Chef des Hauses fiel es schon im Jahre 1898 auf, daß bald größere, bald kleinere Posten kostbarer Seidenstoffe vom Lager entwendet wurden. Trotz der eifrigsten und unausgesetzten Beobachtungen mehrerer des Diebstahls verdächtig erscheinender Angestellter vermochte man dem Täter nicht beizukommen; ja die Diebstähle wurden selbst zur Zeit der strengsten Kontrolle mit erstauilichem Raffinement fortgesetzt. Als einer der schärfsten Beobachter spielte sich der nunmehr verhaftete Buchhalter L. vor seinen Chefs auf; er war schier unermüdlich in seinen Nachforschungen und in seinen Verdächtigungen eines Teiles des zahlreichen Geschäftspersonals. Das letztere stand unter dem Druck des auf ihn lastenden Verdachts und spürte dem unbekanntem Diebe nach. Ein schwer verdächtigter Angestellter fand nämlich Spuren, die auf den Buchhalter hinwiesen. Man entdeckte, wie dieser Seidenstoffe entweder im Augen mitnahm oder an seine Adresse in der unauffälligen Weise senden ließ. Die Stoffe versetzte er in Leihkästern und verkaufte alsdann die Pfandscheine in verschiedenen andern Handlungen. Außerdem staltete der mit einem hohen Gehalt angestellte Buchhalter seine Prant mit Seidenstoffen in der splendidesten Weise aus. Nach seiner Verhaftung konnten von der Kriminalpolizei insgesamt etwas über 800 Pfandscheine beschlagnahmt werden, die L. eingelöst ermahnen beim Verkauf der gestohlenen Ware erhalten und dann wieder verkauft hat. In 800 Fällen giebt L. auch zu, Diebstähle ausgeführt zu haben. Der Wert der gestohlenen Stoffe läßt sich annähernd auf viele Tausende taxieren.

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Abend kurz vor Feierabend in der Vorderhiesigen Kugelfabrik, Wallstraße 60. Als der 17 jährige Arbeiter Georg Wölkner aus der Gubenstraße 16/17 an einer Centrifuge vorbeiging, streifte er sie und geriet mit dem rechten Arm in das Getriebe. Der Arm wurde zermalmt und der Verunglückte in ein Krankenhaus gebracht.

Wegen Verbrechen gegen das feimende Leben ist die 42 Jahre alte Hebamme Marie Schmed aus der Marienburgerstr. 47 verhaftet worden. Die Frau war seit dem Tode ihres Mannes, eines Schuhschneidermeisters, Jahre lang als Hebamme thätig. Der Fall, der sie jetzt in Untersuchungshaft brachte, liegt besonders schwer, da ihre Mittel auch den Tod einer Mutter zur Folge hatten. Die Frau des Wlattenholts-Besizers B. aus der Wlattenholtsstr. 5 hatte sechs Kinder aus erster und drei aus zweiter Ehe. Das jüngste ist erst dreiwertel Jahre alt. Um nun einen zweiten Nachwuchs, dem sie entgegen sah, vorzubringen, nahm Frau B. die Hilfe der genannten Hebamme in Anspruch, ohne daß ihr Mann davon Kenntnis hatte. Sie erkrankte schwer und starb am Dienstagmorgen. Eine Freundin, der sie sich anvertraut hatte, brachte nur das Treiben der Hebamme zur Anzeige. Die Staatsanwaltschaft ließ daraufhin die Leiche beschlagnahmen und zur gerichtsarztlichen Besichtigung nach dem Schauhause bringen, die Hebamme aber am Dienstagmorgen um 5 Uhr verhaften und in das Untersuchungsgefängnis bringen. Die beiden Kinder der Verstorbenen, ein Mädchen von 18 und ein Knabe von 12 Jahren, wurden gestern, Mittwochmorgen um 2 Uhr dem hiesigen Waisenhause in der Alten Jakobstraße zugeführt. Ob Frau Schmed sich in mehr als in diesem Fall der verbrecherischen Handlungen schuldig gemacht hat, wird noch näher untersucht.

Unentgeltliche Kurse in allen kaufmännischen und gewerblichen Fächern für Lehrlinge und Gehilfen eröffnet die 12. hiesige Fortbildungsschule für den Bezirk, Dessingenerstraße 18a, wieder am 9. Oktober. Außerdem wird Unterricht erteilt in Englisch und Französisch, Wollweberei und Wälen. Für Wollweberei besteht ein elektro-technischer Kursus mit Mathematik, Physik, Chemie und Fachzeichnen. Anmeldungen an den Wochentagen von 7-9 Uhr abends bei dem Direktor Baumann.

Der Verein „Jugendklub“ schreibt uns: Vom Oktober an wird auf Wunsch im Heim II des Vereins „Jugendklub“ auch Unterricht in der feinen Küche erteilt. Junge Mädchen, welche die dazu notwendigen Vorkenntnisse noch nicht besitzen, finden Gelegenheit, die einfache Küche und praktische Wirtschaftsführung ebenfalls dort zu lernen. Meldungen bei der I. Vorsitzenden, Frau Hanna Bieber, Böhm. Berlin O., Katter Wilhelmsstraße 39, II. 9-10 und 8-4 Uhr.

Im Schiller-Theater kommt Sonntag, den 29. September, nachmittags „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Das Duetto „Jugend“, Liebesdrama in 3 Aufzügen, geht morgen, Freitag, zum ersten Male in folgender Besetzung in Szene: Harter Hoppe; Gerhard Kridel; Knudsen; Marie Wollinger; Amandus; Albert Stenrad; Kaplan Gregor von Schigorek; Otto Rembe; Hans Hartwig; Georg Fische; Maruscha; Carla Kraß.

Zum Besten einer Weihnachtsbesprechung armer Kinder veranstaltet die 80. Schulkommission am Sonnabend, den 28. September, im Böhmischen Brauhause ein Konzert mit hervorragenden Kräften. Nach dem Konzert freier Tanz. Eintrittskarten a 50 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Das im Hofe Wuststr. 2 gestohlene Fahrrad trägt, wie wir berichtet haben, die Nummer 29 570.

Feuerbericht. Mittwoch früh kam Oranienstr. 185 in der Tischlerei von J. Jorogit ein Schadenfeuer aus, das Kuchhölzer und die Ballenlage einscherte und die Wehe fast 2 Stunden beschäftigte. Brandenburgstr. 3 hatte übergestochenes Fett Feuer gefangen. Am Egerplatz an der Schwedterstraße brannte ein Wauzau und Langestr. 13 ein Korb mit Papier. Kleine Wohnungsbrände erfolgten Prenzlauer Allee 12, Stralauer Allee 20a, Leipzigerstr. 137 und Landsbergerstr. 91. Außerdem waren Wühlstr. 60b und Andreasstraße 57 Kellerbrände abzulösen.

Aus den Nachbarnoten. Aus Lichtenberg berichten hiesige Blätter: Der Fürst Hendl v. Donnerstadt war, wie seiner Zeit gemeldet wurde, mit der Stadt Berlin wegen des Ankaufs von 200 Morgen Land, die im Gebiete der Gemeinde Lichtenberg liegen, in Verhandlungen getreten; Berlin war auch bereit, die 200 Morgen zur Erweiterung des hiesigen Viehhofes anzukaufen, wenn die Gemeinde Lichtenberg ihre Zustimmung geben würde, daß dieses Gelände in Berlin einverleibt werde. Lichtenberg verlangte aber als Gegenleistung von Berlin die Einverleibung des ganzen Orts. Berlin erklärte diese Forderung für unannehmbar. Die Angelegenheit dürfte aber trotzdem einen für Berlin erwünschten Abschluß finden, nachdem nunmehr Fürst Hendl von Donnerstadt der Gemeinde Lichtenberg 500 000 M. Entschädigung angeboten hat, wenn die Gemeinde von der gestellten Bedingung Abstand nehmen und die Einverleibung der fraglichen 200 Morgen in Berlin zulassen wolle. Wie verlautet, dürfte die Mehrheit der Lichtenberger Gemeindevertreter unter diesen Umständen das Anerbieten annehmen.

Tegeln. Auf der Tagesordnung der am Freitagabend stattfindenden öffentlichen Sitzung der hiesigen Gemeindevertretung steht unter anderem die Beschlußfassung über die von dem sozialdemokratischen Gemeindevertreter Rapp zur Wohnungsfrage gestellten Anträge.

In Zehlendorf ist der Gemeindevertreter Dr. Pasewald auf 6 Jahre zum Schöffens gewählt worden.

## Der Unfall.

Ueber ein Automobil-Unfall wird aus Amsterdam berichtet: Bei einer Fahrt im Automobil gelegentlich der großen Manöver in der Provinz Limburg verunglückte in der Nähe von Hauquemont der zu den Randornern kommandierte preussische Oberleutnant von Siegel und ein Hauptmann vom niederländischen Generalstab. Beide erlitten schwere Verletzungen. Die in demselben Wagen sitzenden Militär-Attachés von Rußland und Norwegen erlitten leichte Verletzungen. Herr von Siegel erlitt einen Beinbruch, eine schwere Kopfverletzung und Verletzungen im Gesicht.

Ueber das furchtbare Bahnunfall bei Valota in Rumänien liegen uns jetzt ausführliche Berichte vor, die diese Tragödie in ihrer ganzen Größe schildern. Der Unfall war am Donnerstag, nachmittags von Bukarest abgegangen und um 2 Uhr nachts von Valota abgelassen worden. Unmittelbar darauf traf der Zug mit 16 Waggons ca. 10 000 Kilogramm enthaltenden Petroleumstoffs in der Station Valota ein und traf sofort die Weiterfahrt an. Die Strecke unterhalb Turn-Severin hat ein Gefälle, welches der Zug durch die vorgezeichneten Geschwindigkeit von 35 bis 40 Kilometer durchfuhr, als plötzlich der Bremser des letzten Waggons des Zuges, der aus einem Schlafwagen und je zwei Waggons erster und zweiter Klasse bestand, von einem im Dunkel der Nacht nachfolgenden Zuge Rotzignale vernahm. Die Grenze des Petroleumzuges hatte den Dienst verlagert, und die kolossale Last des Zuges stürzte in rasender Eile das Gefälle herab. Das Personal des Schnellzuges wußte sich das Rotzignale nicht zu deuten und brachte, statt rascher zu fahren, zum Unfall in einen tiefen Einschnitt den Zug zum Stehen. Dieser Unfall wurde durch den Umstand herbeigeführt, daß der Bremser des letzten Waggons in seiner Verwirrung die Rotele des Zuges gezogen hatte. Eine Sekunde später war das Unglück geschehen. Der Petroleumzug, der von Valota bis zur Unfallstelle in 62 Minuten hätte fahren sollen, legte diese Strecke in 7 Minuten zurück und fuhr mit solcher Schnelligkeit in den Zug hinein, daß beide Züge zertrümmert wurden. Nur die Lokomotive des Zuges und die beiden letzten Caissonwagen des Petroleumzuges lösten sich von den Trains ab. Die Wirkung des Zusammenstoßes war eine entsetzliche. Aus 14 Reservoirwagen ergoß sich das Petroleum wie ein Sturzbach den abschüssigen Einschnitt hinab auf den Schnellzug. Die Petroleumflut wurde von der Lokomotive des Lastzuges in Brand gesetzt. Im Augenblick waren beide Züge von einem Flammenmeer umgeben, aus dem mörderischläuternde Hülserufe und Stöhnen der Opfer grollend hinaustönten. Von Turn-Severin aus wurden die rumänischen Bahnbeförden von der Katastrophe verständigt. Als der erste Hülfszug auf dem Schauplatz erschien, bot die Unfallstelle einen schauerlichen Anblick. Die Waggons waren zertrümmert und standen vollständig in Brand. Was davon verbleibbar war, war bereits verbrannt, die Leichen und Leidenreste ragten aus dem rauchenden Gerümpel und den rotglühenden Eisenteilen hervor. Nichts desto weniger noch zwei Reservoirwagen, die man geöffnet hatte, um eine Explosion zu verhüten. Die Erde ringsum war steinhart, wie von Granit, so entsetzlich war die Glut des Brandes. Die Ueberlebenden erzählen erschütternde Einzelheiten über Szenen, die sich bei dem Unfall abgespielt haben. So berichtet ein Herr Bartolescu aus Bukarest, der schwer verletzt im Turn-Severiner Spital liegt, er habe, als der Zug plötzlich stillstand, aus dem Coupéfenster gesehen, in der Finsternis aber nur das Herandröhen des Petroleumzuges gehört. Plötzlich sei ein furchtbarer Stoß und Krach erfolgt, Wagen und Decke waren gehoben, die Waggons wände geborsten und seine Beine zwischen den zusammengehobenen Eisen eingeklemmt worden. Der Waggon fiel auf eine Seite. Vorleser gelang es, durch ein zertrümmertes Coupéfenster oben hinauszukriechen und sah nun trotz der Dunkelheit zu beiden Seiten der Schienen die Petroleumdäcke fließen. Als er eine Stelle zum Hinabbringen suchte, kamnte plötzlich der Brand zu beiden Seiten des Zuges auf, ihn sofort in Flammen füllend. Nun wurde ein geradezu furchtbares Schreien aus allen Waggons vernommen. Bartolescu sprang in seiner Verzweiflung vom Waggon hinunter, über die Flammen hinweg und kroch die Böschung hinauf, wo er ohnmächtig hinfiel. Als die Bewohner des nahe Dorfes herbeieilten, war eine Rettung der Passagiere aus den umgestürzten Waggons nicht mehr möglich. Viele fielen in die Flammen zurück, nachdem alle Versuche, sie mittels Stangen zu retten, erfolglos geblieben waren. Die Hitze des Brandes machte ein direktes Eingreifen zur Unmöglichkeit.

# An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kautabakfabrikate verhängt. Den Knebelreviers (Verjagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kautabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothhard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein.

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

## Die Kommission der Tabakarbeiter.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Leib in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.



Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lübeck, den 25. September.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Von der parti ouvrier belge liegt ein Begrüßungs-telegramm vor.

Singer:

Bei aller Wichtigkeit der laufenden Debatte müssen wir doch dafür sorgen, daß für unsere weiteren Geschäfte noch Zeit bleibt. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Bernstein-Debatte und die allgemeine Erörterung über die Presse spätestens heute mittag beenden. Der Nachmittag und der morgige Vormittag soll der Schiedspruch-Angelegenheit gewidmet sein; zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung haben wir dann den Freitag und Sonnabend, so daß wir Sonnabendabend zu Ende kommen können. Die Hamburger und die Pariser Schiedspruch-Angelegenheiten werden gesondert behandelt werden. Die Pariser Genossen haben gegen den Spruch der Comiteure Verfassung beim Parteitag eingelegt, das Material ist in meinen Händen; ich schlage vor, daß es zunächst der Reuener-Kommission zur Verichterstattung überwiesen wird.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Die gestern abgebrochene Verhandlung wird nunmehr fortgesetzt. (Anträge 92, 91, 92, 93, 108, 109, über die beiden letzten namentliche Abstimmung.)

Forschung der Bernstein-Debatte.

Den Vorsitz übernimmt Schwarz.

Leutert-Apolda:

Ich muß mich gegen die Auffassung Davids verwahren, als ob wir alten Genossen erst durch die „Wählereien“ von Grundwald zur Abfassung unserer Resolution gegen Bernstein veranlaßt wurden. Auf unserem Parteitag handelte es sich nicht allein um Bernstein, der die Disziplin etwas gelockert hat. Rein, wir sagten uns, wenn wir Bernstein köpfen, was sollen wir dann erst mit Schippel, Calver und den andern Mitarbeitern der „Socialistischen Monatshefte“ thun, die die Wissenschaft nur zum Zwecke der Wissenschaft betreiben. Wer das will, der muß auf der Universität weiter studieren; wenn sie bei uns sind, so müssen sie die Wissenschaft studieren, um sie in die Praxis zu übertragen. Kritik, Antikritik, Selbstkritik sind schöne Dinge, aber wir sind dadurch in eine kritische Situation gekommen. Schuld daran sind die „Fegerrim“-Artikel, die Referate von Schippel und Calver auf unseren letzten Parteitagen. Wir dachten, die Bernsteinerei sei durch die Debelle Resolution in Hannover erledigt. Leider ist das nicht der Fall. Wir haben uns nicht allein durch Bernsteins Vortrag in Socialwissenschaftlichen Studentenvereinen zu unserer Resolution bringen lassen, sondern durch seine ganzen Artikel in der „Neuen Zeit“ und den „Social. Monatsheften“, wo er unser ganzes Endziel befreit. Glauben Sie nicht, Genosse Bernstein, daß uns das schadet? Im Wahlkampf von 1898 haben unsere Gegenkandidaten die Bernsteinischen Ausführungen als Waffe gegen uns benutzt. Der freimüthige Dr. Träger hat mir entgegengehalten, Bernstein habe gesagt, das Endziel ist mir nichts. Darauf erwiderte ich: Rein, das hat er nicht gesagt, er hat gesagt, die Bewegung zum Endziel ist mir alles, und darin stimmen wir mit ihm überein. Sofort zeigt mir Dr. Träger den Bernsteinischen Artikel in der „Neuen Zeit“, ich werde leichenblau und sage: „Das steht da drin, aber so lange es noch nicht in unserem Programm steht, halte ich mich nicht daran, und ich kann versichern, daß Baudert auch auf dem Standpunkt steht! Bernstein macht Kritik und Antikritik und Selbstkritik und es bleibt alles dasselbe und man kann Bernstein nicht lassen. Da schreibt er seinen Artikel über die Gewerkschaften, schreibt darin dreierlei und behauptet, es ist alles dasselbe. Sind wir nicht Socialdemokraten, weil wir die Ausbeutung durch den Kapitalismus beseitigen wollen? Kennt Bernstein nicht die Geschichte der letzten Streiks? Glaubt er, daß der Kapitalismus seit dem Socialistengesetz anders geworden ist? Auf das scharfe Vorgehen können wir nur auf die schärfste Weise antworten. Für die Zukunft die Erfahrungen nutzbar machen, das nenne ich Wissenschaft. Bernstein sagt, er hat sich bei dem Vortrag in dem Studentenverein nur auf einen kleinen Kreis von Zuhörern eingerichtet; ach, Genosse Bernstein, richten Sie sich doch so ein, wie sich jeder von uns gewöhnlichen Agitatoren einrichten muß. Wedel hat sich auch gemauert, aber niemals hat er vergessen, wie seine Ausführungen und die dadurch herbeigeführten Beschlüsse auf die Zukunft wirken müssen; so war er als Geselle, so als Handwerksmeister und noch heute und deshalb steht er in enger Fühlung mit uns. Ich habe seit 14 Jahren ein gutes Wasserwerk, aber ich weiß doch, daß ich nur Handlanger des Kapitalismus bin. Es sind auch 40 Strumpfwirler in Apolda mehr geworden; der Kapitalist giebt die Maschinen aus seinem Hause heraus und der Handwerksmeister ist froh, wenn er für die Arbeit 10 M. verdient, sie ist aber 50 und 60 M. wert. Wenn Bernstein die Sache so studiert hätte, wie sie sich der Kleine zu studieren vorgenommen hat — er ist noch jung, er kann noch etwas werden (Weiterleit.) — dann wäre noch etwas herausgekommen: ein gemeinsames Vorgehen gegen unsere gemeinsamen Feinde.

Kiesel-Verein erklärt zur Geschäftsordnung im Auftrage der Genossin Luxemburg, daß sie ihres Prozeßes wegen nach Polen abgereist ist und deshalb ihre Wortmeldung zurückziehen müsse.

Stadthagen-Berlin:

Die Debatte hat sich streng auf das Bernsteingebiet beschränkt, sie hat aber ihren Ausgang in der Rede über den „Vorwärts“ genommen. Wenn der „Vorwärts“ etwas schneller — nicht Stellung gegen Bernstein, dazu hat er kein Recht — wohl aber Stellung gegen die „Welt am Montag“ genommen hätte, dann wäre eine Menge Diskussion erbart und überflüssige Erregung vermieden worden. Es ist nicht richtig, wenn sich Gradnauer darauf beruft, der „Vorwärts“ sei sowohl Vokal wie Centralblatt. Es ist richtig, daß die Pressekommision die lokalen, der Vorstand die Interessen der Gesamtpartei vertritt. Aber diese beiden Interessen sind nicht verschieden voneinander. (Sehr richtig!) Unzweifelhaft mußte der „Vorwärts“ Stellung nehmen. Es giebt eine Leute, die glauben, die Oberdiplomaten zu sein, und auf Eiern tanzen wollen, ohne sie zu zerbrechen. (Weiterleit.) Das geht aber nicht. Und dabei hat der „Vorwärts“ doch bei anderer Gelegenheit persönliche Angriffe gegen Genossen gerichtet, z. B. gegen Grundwald. Die Frage, wie alt Grundwald ist, gehört doch nicht zur sachlichen Kritik. Ich halte es für ganz unzweifelhaft, daß bei anderen Gelegenheiten zu kommen. Ich bebauere auf das tiefste, daß die Parteipresse häufig einen so persönlichen Ton anschlägt. (Seine: Quis tulit Gracchos de seditione querentes.)

Eine Antwort auf Bernstein ist zweifellos notwendig. Die mildeste Form dieser Antwort liegt in der Resolution 109 vor. Die Resolution 108 ist unannehmbar und zwar aus folgenden Gründen: Gester hat Bernstein damit geschloffen, daß er sagte: Der Partei würde ein Urteil gegen ihn unangenehmer sein, als ihm selber. Nun, wenn eine sachliche Resolution angenommen wird, kann es nicht schaden. Bernstein irrt, wenn er glaubt, es handle sich darum, eine gegen ihn persönlich gerichtete Resolution anzunehmen. Rein,

es handelt sich ausschließlich darum, ein Votum gegen eine bestimmte Richtung abzugeben. Wenn es aber im Eingang der Resolution 108 heißt: Der Parteitag hält die Freiheit wissenschaftlicher Selbstkritik für eine Voraussetzung der geistigen Weiterentwicklung der Partei — so steht das im Zusammenhang mit den Ausführungen dazu gerade so aus, als ob die Partei niemals eine andere Ansicht gehabt hätte. (Sehr richtig!) Die Bernsteinianer werfen so gern mit den Worten umher: „Du sagst nur alte Phrasen.“ Wer aber als funkelnelkones Axiom den Satz aufstellt, Selbstkritik ist notwendig, dem stehen solche Redensarten schlecht an. Die Anträge 92 und 93 verlangen volle Selbstkritik. Aber die Bernsteinianer sind unwissenschaftlich, sie fürchten die Kritik!

Die die Anschauung von manchen Genossen, solchen, die sich Genossen nennen, ist, können Sie aus einem Wajshettel der „Socialistischen Monatshefte“ sehen, in dem es heißt, daß die „Neue Zeit“ sich immer mehr zu einem Organ entwickelt, in dem die Wehring, Kaustky, Luxemburg ihr Feindamt gegen alle diejenigen verrichten, die es wagen, selbständig zu denken und ihre Thätigkeit nicht in der Wiederholung alter abgedroschener Phrasen zu verlieren. Ja, Genosse David, so schreiben die, mit denen Sie nicht übereinstimmen, die aber glauben, mit Ihnen übereinzustimmen. Und das ist ja das Wesentlichste: es kommt nicht darauf an, was der einzelne Genosse beabsichtigt, sondern wie er, wahrscheinlich sehr gegen seinen Willen, wirkt. Da muß man erklären — es hat das für Bernstein nichts Verlegendes — daß notwendig ist, Kritik an den bürgerlichen Parteien und Institutionen zu üben, anstatt vermeintlicher Kritik an den eigenen Parteigrundlagen, und Zweifel auf den breiten Markt zu tragen und an Stellen abzulagern, wo sie nicht hingehören. Es kann ein Wort in der Hitze des Gefechts gesagt werden wie das: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles; das kann Bernstein nicht gemeint haben, aber es ist Sache unsrer Presse, dagegen Stellung zu nehmen, und hier und da auch Sache der Genossen, die in dieser Art mißbraucht werden. Von Heine hat die „Welt am Montag“ ja schon vor einem Jahr geschrieben: Der ist gar kein Socialdemokrat! Es geht ja gewiß manchem gegen den Strich, sich mit jedem Schmutzfüßlein, der sich an einen heran-drängt, zu befassen; aber wenn da behauptet wird, wir leimen den Heine persönlich, dann genügt es nicht, einmal mit einem solcher Leute eine Privatunterredung gehabt zu haben. Wenn aber Staatsminister Freilich v. Verelich den bürgerlichen Ideologen sagt: unsere Devise ist die des Socialisten Bernstein, dann wird Bernstein sich wohl hinter den Ohren gefraut haben. Wie das aber weiter wirkt, dafür haben wir bei der letzten Reichstagswahl in Brandenburg-Osthavelland Erfahrungen gemacht. Da schreibt die „Welt am Montag“ in Bezugnahme auf das Verhalten der Freimüthigen in der Stichwahl von Pcus: „Er hat sich stets durch recht verständige Ansichten ausgezeichnet. (Hört! hört!) Seine Tendenz sei, das ganze socialistische Endziel zu streichen und lediglich als unverbindliches Programmpunkt bestehen zu lassen. (Hört! hört!) Wenige würden Bernstein so nahe stehen wie er.“ — na, ich bin nicht der Ansicht. — „Seine Wahl würde den Einfluß des rechten Flügels der Partei stärken.“ (Hört! hört!) Und nun kommt unser Parteiorgan und sagt in einem Aufsatz an das liberale Bürgertum — ich betone, daß wenn Bernstein die Wirkung gewußt hätte, er mit aller Schärfe das zurückgewiesen hätte; er meint, so dumm könne niemand sein, das anzunehmen, aber er unterschätzt die Dummheit der Leute. (Weiterleit.) Die Dummheit darf niemals unterschätzt werden, weder bei andern, noch bei denjenigen, die glauben, die Dummheit andrer zu sehen. (Weiterleit.) Also da sagt unser Partei-Organ von Pcus: „Er hat sich stets durch maßvollen Ausdruck, im großen und ganzen recht verständige Ansichten ausgezeichnet (Hört! hört!), schreiben unsre Gegner, Herr v. Verelich vermulth, in der „Welt am Montag“ usw. Ja, Genossen, Sie sehen, wie weit das selbst in den führenden Parteikreisen geht. Anstatt die Antwort zu geben, die auf diese unwürdigen Anreize in der „Welt am Montag“ gebührt, wird das als Reklame benutzt! (Hört! hört!) Als das nach Berlin kam — das wird Bernstein vielleicht etwas zu denken geben — und als man sich in Berlin überlegte, ob man die Wahl unterschlagen solle, da entspann sich nicht eine Peinliche, sondern eine Bernsteindebatte; denn Bernstein wird eben für bedeutend erachtet und Pcus wird von Herrn v. Verelich und einigen andern für nicht so bedeutend erachtet.

Bernstein ist durchaus gewillt, in unseren Reihen zu kämpfen; auf einen Fragebogen, der von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg herausgegeben wurde, hat er sich uns für die Agitation voll zur Verfügung gestellt; also unser Ede gehört durchaus zu uns — nach seinem Willen. Nicht sein Wollen verurteilen wir, sondern das, was er gethan hat und wovon er wider seinen Willen geschieden worden ist. Gewiß, Zweifel kann jeder haben, aber dann soll er sich in ein kühles Kämmerlein setzen und so lange drucken, bis er die Zweifel los wird. Gätten ihm nicht seine sogenannten Freunde den Rat gegeben, in jenem nichtsocialdemokratischen Verein zu sprechen, hätte man ihn in Ruhe gelassen, ich bin überzeugt, jener Vortrag wäre nicht gehalten worden. Der socialwissenschaftliche Studentenverein ist nicht der richtige Ort, wo man seine Zweifel über die Wissenschaftlichkeit des Socialismus Ausdruck giebt. (Sehr richtig!) Seine Mitglieder bestehen aus jungen Leuten, die, soweit sie überhaupt eine Richtung haben, viel mehr im bürgerlichen als in unserm Lager stehen. Gewiß, die Akademiker haben die formelle Bildung voraus, aber gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft haben die Arbeiter die praktische Erkenntnis voraus. (Sehr richtig!) Man sagt immer: der ganze Streit gehe allein Akademiker und Theoretiker an; das sind eben jene Krullen, die taun angefangen haben, zu studieren und dann aufhören, weil sie glauben, daß die Universität ihnen nicht genug bieten kann. Gewiß, es giebt prächtige Akademiker unter uns, aber daneben giebt es unter dem Deckmantel von Akademikern eine Reihe Konfusionsäre und diese heften sich an die Hochschöbe von Bernstein und drängen ihn in eine falsche Richtung.

In seinen „Voraussetzungen des Socialismus“ spricht Bernstein davon, wer sich nur ein wenig theoretischen Sinn bewahrt habe, für den die Wissenschaftlichkeit des Socialismus nicht bloß ein Schauspiel sei, der werde das und das thun. Bis jetzt habe ich immer geglaubt, daß für Bernstein der wissenschaftliche Socialismus nicht ein Schauspiel sei. Wenn man aber seinen Vortrag liest, so wird man zu dem Resultat kommen, daß in jenem Augenblick, wo er dort sprach, der ruhige Gedanke mit ihm durchgegangen ist. Das geht vielen von uns so. Was ich ihm zum Vorwurf mache, ist, daß er diese Dummheiten — Dummheiten machen wir alle, aber dazu sind socialdemokratische Versammlungen da, um sie zu erledigen — in gegnerische Versammlungen trägt. Gewiß, es ist kein conservativer Parteitag, wo er hingegangen ist, aber wenn ein Socialdemokrat wie Bernstein über ein solches Thema spricht, so muß er ganz deutlich erklären, warum die Ansicht von Marx eine falsche ist. Wir müssen ein ganz entschiedenes Urteil über die uns beschäftigende Frage aussprechen, ob nun Bernstein oder ein andrer davon betroffen wird. Ich sehe gar nicht an, auszusprechen, daß mir eine schärfere Resolution gegen eine ganze Reihe andrer Genossen, die ihrer Pflicht zu wider gehandelt haben, viel lieber wäre. Die Resolution 109 ist so liebenswürdig gehalten, daß eigentlich Bernstein selbst damit einverstanden sein könnte, und weil das der Fall ist, weil die Resolution 108 eine Verhöhnung der Partei selbst sein oder mindestens von Gegnern so aufgefaßt werden könnte, bitte ich Sie, möglichst einstimmig für die Resolution 109 einzutreten. Gradnauer meinte, die Praxis habe keinen Nachteil von der Bernstein-Debatte gehabt, ich glaube, er wird sich überzeugen haben, wie unrecht er hat. Das ist ja das Erhebende für uns, daß beim wissenschaftlichen Socialismus Praxis und Wissenschaft Hand in Hand gehen, und nachdem wir das erkannt haben, haben wir auch

die Pflicht, zu betonen, daß wir die einzige wissenschaftliche Partei sind. Gewiß, auf Haarpaltereien und Dummheiten von gleichgültigen Leuten giebt man nichts, aber anders ist das bei Bernstein, und wir wollen, daß er in Zukunft den Gegnern möglichst wenig Bekan-laffung giebt, ihn gegen die Socialdemokratie auszunutzen zu können. Stillsich Wissenschaft und Praxis, richtig aufgefaßt, giebt es eigentlich überhaupt keinen Unterschied. Wenn wir jetzt das Wort „Akademiker“ in die Diskussion hineinwerfen, so siehe das immer so aus, als ob wir damit die Leute schämen wollen, vor denen wir geschätzt zu werden wünschen, nämlich die Leute, die taun fertig sind und nun mit einem Mal den Veras in sich fällen. Marx, Engels, Wedel und Liebknecht zu überwinden. Diese jungen Leuten, die ihr Licht leuchten lassen wollen, vergesse aber, daß wer kein Licht hat, es auch nicht andren leuchten lassen kann. Gegen sie muß man entschieden Stellung nehmen, sie sind es, die sich entweder an die Hochschöbe von Bernstein gebängt haben oder vor denen er sich, wie ich fürchte, sehr gegen seinen Willen hat stoßen lassen. Ich habe keinen Zweifel, daß Bernstein sich in Zukunft mehr der praktischen Arbeit widmen und daß er in schärfster Weise den Gegnern, die seine Ansichten für sich ausschütten zu können glauben, entgegenzutreten wird. Ich zweifle ferner nicht daran, daß Bernstein in einer etwaigen neuen Auflage seiner „Voraussetzungen“ auf das Verhalten der Freimüthigen in Weimel-Schiedspruch und Brandenburg zu Illustration der Freiheit seiner Ansicht, daß die Freimüthigen so sehr nach links gegangen sind, hinweisen und daß er auch die augenblickliche Kritik als Beweis für den Irrtum, in dem er sich befindet, anführen wird.

Sowohl im Interesse der Partei, als auch besonders im Interesse des Genossen Bernstein selbst bitte ich Sie, der Resolution 109 zustimmen zu wollen, die absolut nichts Verlegendes hat und weiter nichts sagt: Bernstein tritt wieder in unsre Reihen und sie! darauf, daß die Gegner Dich nicht gegen uns ausschütten! (Weilfall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen, die Debatte zu schließen und nur noch Bernstein das Wort zu gestatten.

Frau Betkin: Ich bitte, den Antrag anzunehmen, da sachlich das wesentlichste gesagt ist und wir noch eine große Reihe andrer Dinge zu erledigen haben. Ich schreibe mir damit zwar selbst das Wort ab, glaube aber, die Selbstensagung, die ich mir auferlege, dürfte auch von andren geübt werden.

Der Antrag wird angenommen.

Singer bemerkt, daß ihm dadurch die Möglichkeit genommen ist, seine Ansichten zu entwickeln.

Das Wort erhält nunmehr

Eduard Bernstein:

Genossen! Ich will versuchen, die Debatte möglichst un-personlich zu führen und möglichst wenig auf Redensfragen einzugehen, sondern nur die Hauptfragen erörtern. Ich verkenne durchaus nicht, daß beide Resolutionen mir persönlich gegenüber in freundschaftlichem Sinne gemeint sind, und daß die Resolution 109, soweit sie einen Tadel gegen mich ausspricht, diesen nur in Bezug auf bestimmte Handlungen, nicht in Bezug auf mein Wollen ausspricht, und infolgedessen in keiner Weise ein Mißtrauensvotum gegen meine Person ausdrücken soll. Wenn ich das anerkenne, so glaube ich doch, verpflichtet zu sein, Sie zu bitten, der Resolution 109 nicht zuzustimmen, ich bitte vielmehr die Antragsteller, davon Abstand zu nehmen. Die Resolution beruht zum großen Teil auf falschen Voraussetzungen; sie spielt an und taun auch nur anspielen auf das, was ich gethan habe, seitdem ich wieder auf deutschem Boden weile. Wenn Sie meine Thätigkeit verfolgen, so könnte von Ihrem Standpunkt aus tadelndert einzig und allein mein Vortrag im Socialwissenschaftlichen Studentenverein sein. Ich habe von vornherein einige formale Mängel desselben zugegeben, aber wenn Sie die Tendenz des Vortrags betrachten, unparteiisch und unbeeinträchtigt durch die Kritik und das Lob der Gegner, so werden Sie zu dem Erkenntnis kommen, daß er dem Socialismus mehr giebt als er ihm nimmt. Rirgends in dem Vortrag steht, daß der Socialismus keine Wissenschaft sei; es wird nur gesagt, daß er nicht ausschließlich Wissenschaft ist und nicht sein taun. Wir können wissenschaftliche Theorien über den Socialismus aufstellen, wir können den engen Zusammenhang zwischen Socialismus und Wissenschaft betonen, und das gerade that mein Vortrag. Aber der Socialismus an sich ist eine allgemeine theoretische Auffassung vom Wesen der Gesellschaft, von der Zukunft, zum großen Teil ein Element des Wollens. Nachdem ich das in meinem Vortrag ausgeführt habe, stelle ich fest:

„Indes besteht trotzdem eine intime Beziehung zwischen dem Socialismus, wie ihn die Socialdemokratie vertritt, und der Wissenschaft. Der Socialismus schöpft in immer stärkerer Maße seine Begründung aus ihrem Arsenal. Er steht von allen gesellschaftlichen Parteinngen ihr am nächsten, denn als die Bewegung einer aufsteigenden Klasse ist er freter in der Kritik des Gegebenen wie jede andre Partei oder Bewegung, und Freiheit in der Kritik ist eine der Grundbedingungen wissenschaftlichen Erkennens. Die Gesellschaft ist ein lebendiger, sich fortentwickelnder Organismus, und diejenige Partei oder Klasse, die von diesem Fortschritt, dessen Richtung wir vor uns sehen, am meisten zu erhoffen hat, ist naturgemäß auch mehr als jede andre am Fortschritt der Erkenntnis interessiert. Dieses Interesse besteht für die Socialdemokratie oder den Socialismus schon deshalb, weil die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihr das Auf-suchen derjenigen Mittel verbürgt, die geeignet sind, den gesellschaftlichen Fortschritt zu beschleunigen, sowie das Vermeiden derjenigen Mittel, die ihn aufhalten oder verlangsamten würden. Der Socialismus ist zwar, wie vorher ausgeführt, stets in bestimmtem Grade eine Sache des Willens, aber er ist keine Sache der Will-lür. Um zum gewollten Ziele zu gelangen, bedarf er der Wissenschaft von den Kräften und Zusammenhängen des Gesellschaftsorganismus.“

Wenn Sie das durchdenken, Genossen, dann werden Sie finden, daß die Gegner vollständig geirrt haben, als sie behaupteten, dieser Vortrag sei eine Kritik des Socialismus. Wer ist mir denn entgegengetreten in jener Versammlung? Gerade einer von denen, die ich nicht kritisiert haben soll: Adolf Wagner. Es ist gefragt worden, weshalb ich den Gegnern keine Antwort erteile habe. Ich habe die Besprechung meines Vortrages in der „Frankfurter Zeitung“ nicht gelesen. Ich lese die „Frankf. Ztg.“ nicht, nicht etwa, weil ich sie nicht für lebenswert halte, aber ich habe nicht die Zeit und nicht die Mittel, ich muß mir Beschränkungen auferlegen. Ich habe absolut niemals Beziehungen zur „Frankf. Ztg.“ unterhalten. Wenn Sie, Genossen, die Bücher der „Frankf. Ztg.“ einsehen könnten, dann würden Sie die Namen mancher Genossen darin antreffen, die mitgearbeitet haben. Ich mache den Genossen keinen Vorwurf daraus, aber meinen Namen werden Sie nicht darin antreffen. Ich habe niemals Beziehungen zur „Welt am Montag“ gehabt und Herrn von Verelich vor vier Wochen zum erstenmal sachlich gesprochen. Es ist ein Irrtum, daß ich die Gegner nicht kritisiert habe. So in den „Monatsheften“ Raumans Imperialismus. Ich habe gezeigt, wie die Socialdemokratie als Partei des Friedens da nicht mit-machen taun, daß sie der Regierungspolitik kritisch gegenüberstünde und sie nicht unterliegen könnte. Ich habe im Braunschweig „Archiv“ Aulemanns Buch über die Gewerkschaftsbewegung, das als Informationsquelle vorzüglich ist, besprochen und entschieden mich gegen den Versuch Aulemanns gewandt, die Gewerkschaft gegen die Socialdemokratie auszuspielen. Ich habe in den „Socialistischen Monatsheften“ entschieden kritisiert Herrn Franz Lypenheimer und seinen Socialliberalismus. Im „Archiv“ habe ich die letzte Professors Sombarts lokal besprochen, soweit sie Gutes bietet, aber die Ansichten Sombarts über das Verhältnis der Gewerkschaft zur Socialdemokratie bekämpft und seinen Versuch, das Zerbröckeln eines socialdemokratischen Agitators zu geben, so scharf zurückgewiesen, daß Sombart sich in einem Briefe an Braun

\*) Zu deutsch: Wer könnte es ertragen, wenn die Graechen über Anfrucht krogen, — d. h. wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.



Bitter darüber beschwert und den Ausdruck „Schmähchrift“ gebrauchte (Wort! hört!) Ich habe gesagt: Wenn es einmal das Herrbild eines Socialdemokratischen Agitators gegeben hat, so hätten wir auch das Herrbild des gewerkschaftlichen Agitators, wenn neben ihnen nicht eine große politische Bewegung bestünde. Natürlich kann ich nicht über alles und überallhin schreiben. Jedenfalls steht es fest, daß ich auch die bürgerlichen Reformer kritisiert habe. Eine Antwort auf die „Welt am Montag“, die meinen Vortrag ausmühen wollte, hatte ich ausgearbeitet, aber da die Antwort des „Vorwärts“ alles das sagte, was ich sagen wollte, war ich einverstanden damit, daß meine Antwort nicht erschien. Wie ist nun meine politische Tätigkeit, seit ich wieder in Deutschland bin? Keiner wird sich beschweren können, daß ich mit meiner Kritik an der Partei eingestiegen hätte. Ich habe stets die Parteigrundlagen vertreten. Es liegt keine Thatsache vor, worauf sich ein Label gründen ließe. Was Sie gegen die Voraussetzungen des Socialismus“ zu sagen haben, das haben Sie schon früher gesagt. Es wird über meine Unklarheit darin gesagt. In den „Voraussetzungen“ habe ich in sehr bestimmter Weise mich ausgesprochen und meine Auffassung über die Notwendigkeit des Kampfes für die Demokratie entschieden betont. Es liegt gar kein Grund für Bebel vor, zu sagen: Wir wissen nicht, wie Bernstein zu diesen und diesen Fragen der praktischen Politik steht.

Kun zu der Theorie. Es ist mir gesagt worden, ich sollte mit meinen Zweifeln erst dann an die Öffentlichkeit treten, wenn die Antwort darauf vorliege. Es giebt, Genossen, eine Reihe von Fragen, auf die überhaupt keine Antwort gegeben werden kann. Ihre Gesichtspunkte sind von Tag zu Tag. Wir aber haben die Pflicht, auf diese Fragen aufmerksam zu machen, damit dienen wir der Weiterentwicklung. Niemand ist da ein Abschluß möglich. Ich habe in meinem Buche einige Bemerkungen über die Werttheorie gemacht und gezeigt, daß das, was durch die Werttheorie bewiesen werden soll, bestehen bleibt, auch wenn die Werttheorie falsch sein sollte, daß die Grundfrage bleibt, nämlich die Produktions- und Einkommensstatistik. Die Produktionslehre von Karl Marx habe ich nicht angegriffen.

Kun zu der Krisen-Theorie. Bebel sagte, wenn der Aufschwung nicht gewesen wäre, hätte Bernstein sein Buch nicht geschrieben. Werte Genossen! Es ist daran etwas Wahres, aber anders, als Bebel es meint. Ich möchte Bebel daran erinnern, wie er und ich Anhänger der Zusammenbruch-Theorie gewesen sind. Ich kann mich erinnern, wie ich den Vontong-Krach als ein Vorbild des Zusammenbruchs, als „einen Tropfen Kesselwasser“ bezeichnet habe. Da schrieb mir ein Genosse, der als Mensch außerordentlich hoch steht, aber als Denker sehr unterschätzt wurde, Karl Höpfer, obwohl er persönlich sehr schwer von dem Vontong-Krach in Mitleidenschaft gezogen wurde: Du täuschst Dich vollständig über die bürgerliche Gesellschaft. Nun, im ersten Augenblick acceptiert man so was nicht gern. Ich erinnere Bebel daran, daß er 1893 auf dem Brüsseler internationalen Kongress in der Kommission der Ansicht geäußert ist, wir werden überhaupt niemals mehr einen Aufschwung erleben. Es ist das kein Vorwurf, denn eine ähnliche Auffassung hat auch Friedrich Engels in einer Note zu der „Entwicklung der Philosophie“ vertreten, der noch lange Perioden der Depression und nur eine kurze Periode des Aufstiegs annahm. Also die Krisenfrage ist durchaus noch nicht erledigt. Wir sehen, daß die bürgerliche Gesellschaft noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten der Entwicklung hat, namentlich, was ich hervorgehoben habe, unter dem Druck der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, der doch immer herbeiführt eine allmähliche, wenn auch langsam sich vollziehende Hebung der Arbeiterklasse, daß eine andre Entwicklung vor sich geht, die wir betrachten müssen. Dem habe ich in meinem Kapitel über die Krisentheorie Ausdruck gegeben. Ich habe überhaupt keine Krisentheorie aufgestellt. Engels giebt die Möglichkeit einer Verlängerung des früher angenommenen Krisenzyklus an, daraus sehen Sie doch, daß die Entwicklung im Fluß ist. Wir haben eine Reihe von Tendenzen, die auf Krisen hindeuten, wir haben die Ueberproduktion in den verschiedensten Industrien infolge der Organisation der heutigen Gesellschaft. Engels nahm in seinem Krisenzyklus statt einer Ausdehnung von zehn, eine solche von vielleicht 15 oder 20 Jahren an. Damit würde die Linie auch viel regelmäßiger werden. Das ist keine Anerkennung der heutigen Gesellschaft. In einem Landsee wird ein Sturm Wellenberge erregen; in einem Meere wird derselbe Sturm viel höhere Wellenberge verursachen und trotzdem bietet das ein viel ruhigeres Bild als der kleine See. Das ist das Bild der modernen Gesellschaft; unübersehbar haben wir östliche Krisen, aber wenn Sie den Weltmarkt übersehen, so werden Sie sehen, daß die Krise keineswegs eine allgemein ausgebreitete ist, daß die Industrie in andern Ländern vielleicht zu derselben Zeit florieren kann — das Bild hat sich verändert. Ich habe einmal ein andres Bild gebraucht. In einem Dorfe fällt der Tod des Einzelnen auf und ob es der letzte Bettler war, in einer großen Stadt fällt der Tod des Einzelnen nicht auf und sei es der größte Mann gewesen, nach ein paar Tagen ist er vergessen. So steht sich der Markt heutzutage dar; die Unsicherheit ist gewachsen, es kommen viel mehr Vorkrotte, Krisen vor, und nach einiger Zeit ist alles totig.

So stellt sich die Krisentheorie dar. Und was war meine Absicht? Nur einfach der Ansicht entgegenzutreten, als ob wir unter Thun auf eine große wirtschaftliche Katastrophe einzurichten haben. Ich fordere nichts Neues, ich trete nur bestimmten Anschauungen, die, wie es scheint, von einzelnen Kreisen der Partei geltend gemacht werden, entgegen, daß wir unsere Politik darauf aufzubauen haben. Darum habe ich diese Katastrophentheorie bekämpft und trete ihr noch jetzt entgegen, weil ich sie für unrichtig halte. Kommen solche Krisen durch eine Hungersnot usw., so wird die Socialdemokratie als starke, organisierte Partei wissen, was sie zu thun hat. Ich trete nur der Spekulation auf solche entgegen.

Dasselbe gilt von der Verelendungstheorie. Ich habe das Wort gar nicht einmal in die Diskussion hineingebracht; ich habe nur beiläufig bemerkt: wie die ökonomische Verelendungstheorie hat daran glauben müssen, so wird auch die politische Verelendungstheorie daran glauben müssen. Ich vertrete hier eine andre Auffassung, als wie sie lange unter uns verbreitet war. Bebel hat Marx angeführt; aber das ist unklar, daß Marx zur Zeit des kommunistischen Manifestes eine andre Auffassung vertreten hat. (Webel: Habe ich ja gesagt!) Ja, aber was anders habe ich auch nicht gesagt; als ich meine Denkschrift nach Stuttgart schickte, hatte es sich doch nur darum gehandelt und das habe ich auch nur begründen wollen. Früher war die Auffassung sehr hart in unseren Reihen verbreitet, daß wir trotz allem, was wir thun, trotz aller unserer Bemühungen auf politischem und sozialem Gebiete im allgemeinen einen Abwärtsschritt, einer Verschlechterung der Verhältnisse zusehen, und diese Auffassung ist gerade auch in Stuttgart vertreten worden, in politischer und sozialer Beziehung, daß wir schließlic vor dem roten Meer stehen, jenseits dessen das gelobte Land uns winkt. Ich vertrete eine andre Auffassung; ich meine, die Geschichte zeigt uns einen hoffnungsvolleren Weg. Wir haben mit unserm Weg durch Dichtung und über Heusen gebahnt und glauben, es geht nicht vorwärts, wir kommen immer tiefer, bis wir den Weg zurückverlassen und sehen, daß wir aufsteigen sind. Das ist der Weg, den die ganze Bewegung nehmen wird, je stärker die Partei ist, je stärker die Arbeiterklasse organisiert ist. Gewiß, auf der andern Seite wächst auch der Widerstand der Gegner, sie scharfen sich gegen uns zusammen, aber doch wird ihre Zahl geringer. Das sehen Sie doch alle Tage. Gewiß, in Remel-Heudeckung hat die Mehrheit der Freistimmigen für den Konservativen gestimmt, aber im Gegensatz zu früher hat ein Teil von ihnen für den Linken gestimmt. Das zeigt das Wachsen unserer Macht. Ueberall sehen Sie eine ganz andere Haltung gegenüber der Arbeiterklasse. Warum bestreiten Sie das denn? Darin liegt doch die Gewähr unsers Sieges, unsers Fortschrittes. Es ist doch kein Grund, das zu verheimlichen, im Gegenteil. Sie dürfen stolz darauf sein.

Also ich sage nochmals, es liegt kein Grund vor, irgend etwas von dem zurückzuweisen, was ich geschrieben habe. Mein Buch „Die Voraussetzungen des Socialismus“ ist schon kritisiert worden; ich vermag nicht einzusehen, daß diese Kritiken, von formalen

abgesehen, berechtigt sind. Es ist gesagt worden, bei einer neuen Auflage meines Buches solle ich es umarbeiten. Genossen, den Gedanken habe ich schon lange gehabt, und Genossen haben mir gesagt: nein, lassen Sie das, es ist ein Dokument! Und ich bin überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Socialdemokratie stolz sein wird, ein solches Buch zu besitzen. (Lachen.) Ja wohl, das ist keine Unahmbarkeit; es ist meine feste Uebergzeugung; wenn die Streikerei vorüber ist, dann werden Sie sehen, daß mein Buch eine große Masse von Erkenntnis-Elementen enthält, die für die Bewegung Früchte tragen werden und nicht zum Radtheil ausschlagen. Ich habe ein Recht, das auszusprechen; doch ist keine Unverschämtheit, das ist meine Uebergzeugung und für die siehe ich. (Weisfall.)

Kun ist von Leuter und andern ein Argument vorgebracht worden, dem ich sehr zugänglich bin; ich habe der Agitation Schwierigkeiten bereitet durch einzelne Aussprüche. Das thut mir gewiß leid; aber im ganzen sind, glaube ich, die Schwierigkeiten doch überschätzt worden. (Lachen.) Im praktischen, wirklichen Kampf haben Sie doch Ihre Waffen. Das Wort: das Endziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles — erstens habe ich es qualifiziert, zweitens habe ich es erläutert, und dann, wenn auch ein National-socialer das benutzt, wir wissen doch, was wir an Kritik, in Bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse unsern Gegnern entgegen zu setzen haben, und da legt mein Buch Euch gar kein Hindernis in den Weg, im Gegenteil, da ist mein Buch, wenn Ihr es recht versteht, Euch eine Hilfe (Gelächter). Ja, Ihr mögt wohl lachen (Zurufe: Sie sollten es einmal selbst probieren!) — ich bin auch in der Agitation gewesen.

Werte Genossen, ich will Euch etwas sagen. Was mich von der gestrigen Debatte sehr berührt hat, ist die Verachtung der Theorie, die von einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht worden ist. Als mein Buch erschien und kritisiert wurde, als die Polemik sich eröffnete und Angriffe gegen mich erfolgten, die — ich kann es sagen — in mir die höchste Empörung erregten, da hat unter andern sich mir der Gedanke aufgedrängt: das Ende der ganzen Polemik wird eine Herabsetzung der Theorie in unser Bewegung sein, und ich habe einen derartigen Gedanken sogar Karl Kautsky gegenüber brieflich geäußert. Es ist mir damals, als der Kampf in einer so gehässigen Weise geführt wurde, die Erinnerung an das Wort Nichtes aufgetaucht: „Wir Gelehrten verachten einander.“ Und nun muß ich eins sagen: In Bezug auf den Wert der Theorie in einer Bewegung, so sehr ich für eine realistische Auffassung des Kampfes eintrete, da stehe ich auf der Seite der Theoretiker; da möchte ich den Wert der Theorie retten, da halte ich lieber eine Reihe von Pässen aus, aber ich rufe Euch zu: haltet das theoretische Denken hoch, haltet das theoretische Forschen hoch, schämt es nicht gering ein, selbst da nicht, wo es einmal zu einer Folge kommt, die ihr nicht gleich begreift. In unser Nachbar-Stadt Hamburg lagen in diesem Augenblick die deutschen Naturforscher. Es finden da Diskussionen statt und wird eine Theorie entwickelt, die an der Descendenz-Theorie des großen Darwin Kritik abt, die eine Auffassung der Entwicklung der Arten vertritt, die mit den Sätzen Darwins in Widerspruch steht. Aber keinem Naturforscher wird es dabei einfallen, das große Verdienst Darwins gering zu einschätzen; der Name Darwin wird darunter nicht leiden, nein, es wird eine Ausfüllung seiner Theorie sein. Das ist die Entwicklung aller Theorie. Jede Theorie ist in den Anfängen zum großen Teil noch Spekulation, die erst der Ausführung bedarf; und wenn die Wissenschaft eine neue Theorie entwickelt haben, dann wird die Ausfüllung, das Aneinanderfügen der Scher, sehr oft auftreten müssen in Form einer Kritik, in Form einer Verichtigung, was dort spekulativ gesagt ist, das ändert nicht den Wert der Theorie, das fördert das Werk. Und darum habe ich gesagt: Die Verarbeitung des Marxismus muß beginnen mit der Kritik; was ist auszubessern, was haben die Verhältnisse nicht bestätigt? Also wenn Sie wirklich wissenschaftlich sein wollen, wenn Sie den wissenschaftlichen Geist für den Socialismus selbsthalten wollen, dann müssen Sie auch bei allem, was die Theorie anbietet, das Recht der Kritik anerkennen und gelten lassen. (Lebdeur: Bestreiten wir ja gar nicht!) Ja theoretisch, in der Absicht thut Sie es nicht, aber in Wirklichkeit schreit und hemmt doch die Art Ihres Vorgehens diejenigen, die in der Sache arbeiten. Ja, werthe Genossen, was soll denn der Genosse, der kritisch sich betätigt, thun? Soll er fortwährend wiederläuten, was schon gesagt ist?

Sie sind doch nicht so nervös! Wir sind doch heute eine starke Partei. Dieser hat man die Kritik nicht verstimmt und wir sind vorwärts gegangen; lassen Sie doch jetzt als große Partei ruhig einige schreien über Spaltung, haben Sie doch das Bewußtsein des Sieges, treten Sie solchen Keuschungen etwas ruhiger und stiller entgegen.

Ich sage noch einmal: Die Resolution Bebel ist ja nicht böse gemeint, soll kein Mißtrauensvotum sein, aber sie geht von falschen Voraussetzungen aus. Meine Tätigkeit ist keine einseitige; es haben sich Genossen gemeldet, die das bestätigen werden, ich habe es Ihnen auch nachgewiesen. Und darum appelliere ich an Sie: im Bewußtsein Ihrer Stärke. Seien Sie gerecht! Sie können gerecht sein, weil die Partei stark ist. Versehen Sie mir nicht vor, was nicht richtig ist. Rechnen Sie die Resolution keine an. Ich sage ganz offen, daß sie mir auch nicht genügt. (Lachen.) Ja, werthe Genossen, ich werde Ihnen etwas sagen: ich glaube, Sie hätten in der Resolution noch etwas anders sagen können, noch ein Wort des Vertrauens. (Lachen.) — Jawohl, wenn Sie ein Wort des Vertrauens hineinschieben, dann hätte auch ein Wort nach der andern Seite gesagt sein können, gestützt auf meine Tätigkeit, die ich entfaltet habe, seit ich zurück bin. Sie haben es nicht für nötig gehalten, schön! Die Resolution giebt mir absolut nichts; sie giebt aber der Partei. Sie sagt: Die Partei hat das bisher nicht anerkannt, sie stellt sich auf keinen neuen Standpunkt, in Erwägung des Standpunktes geht sie zur Tagesordnung über. Ich bestreite es ganz entschieden, sei es in meinen Vorträgen, sei es in meiner sonstigen Tätigkeit, irgend eine einseitige Kritik geübt zu haben. Ich nehme für mich das Verdienst in Anspruch, mit meinen besten Kräften für die Partei gearbeitet zu haben, und das werde ich auch weiter thun; und darum bitte ich Sie, nehmen Sie eine Resolution an, die, wenn sie der Partei gerecht wird, wenigstens gegen mich nicht ungerecht wird. (Lebhafte Weisfall und Hissen.)

Singer: Damit ist die Diskussion geschlossen. Während der Rede von Bernstein ist folgende, genügend unterzeichnete Resolution von Heinrich Braun eingebracht, Nr. 115, die lautet:

Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag erkennt reichhaltig die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung der Partei an. Aber die vorwiegend einseitige Art, wie Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, hat ihn bei einem großen Teil der Parteigenossen in eine zweideutige Stellung gebracht und vielfach Mißverständnis erregt, zumal auch seine Kritik von Gegnern mißdeutet und mißbraucht worden ist. Es kann aber nicht verkannt werden, daß der Genosse Bernstein zu diesem Verhalten durch nicht weniger einseitige Gegenkritiken einzelner Parteigenossen weiter gedrängt worden ist.

In der Erwartung, daß alle Genossen sich den ablehnen Konsequenzen nicht verschließen und danach handeln, geht der Parteitag, der keine Veranlassung hat, von den Grundfragen der 1899 in Hannover angenommenen Bebel'schen Resolution abzuweichen, über die Anträge Nr. 92, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über. Heinrich Braun-Berlin, J. Auer, Dr. Sidelmann, E. Fischer-Dresden, Bloß, Ulrich-Hennbach, R. Fischer-Berlin, A. v. Elm-Hamburg, Harn, Schmidt-Frankfurt, Hendrich, Jof. Hoer, Emma Iherer, C. Legien, G. Dieß, Heine, Calver, Cohn, R. Werdar, Stolle, Fr. Bedemeyer, Ehrhardt.

Seine (zur Geschäftsordnung): Unter dieser Resolution steht auch mein Name. Ich bitte aber, daraus nicht etwa zu schließen, daß ich meine ursprüngliche Resolution zurückgezogen habe.

Singer: Es sind noch zwei Erklärungen zu Protokoll gegeben. Die erste, von Louis Cohn-München, lautet:

In der Debatte über die Bernstein-Angelegenheit wurde mehrfach auf einen Artikel der „Ehringer Tribune“ Bezug genommen, worin aus der unwahren Behauptung des Dr. Ruhland, er habe der „Münchener Post“ finanzielle Unterstützung angeboten, um die sogenannte gemäßigtere Richtung (Vollmarische) durch Herausgabe von Schriften zu unterstützen, nutzbringende Schlüsse gezogen werden. Ich erkläre demnach wiederholt: Dr. Ruhland hat mir Summen in beliebiger Höhe angeboten, falls die „Münchener Post“ bereit wäre, Artikel zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck aufzunehmen. Diese Summen sollten aus den Kreisen der Interessenten dieser Politik kommen.

Die zweite Erklärung stammt von dem Redacteur Wegler vom „Vorwärts“; sie nimmt Bezug auf eine Äußerung von Bebel, daß die Berliner Parteigenossen durch die Thatsache, daß eine bestimmte Resolution im „Vorwärts“ nicht abgedruckt sei, getäuscht wären. Wegler giebt als derjenige Redacteur des „Vorwärts“, der diesen Teil bearbeitet hat, eine längere Auseinandersetzung, weshalb er die Resolution nicht aufgenommen hat; er bezieht sich auf die Verhandlungen der Berliner Preßkommission und verweist sich gegen den Vorwurf der Täuschung, der ihm gemacht ist.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Grünwald-Erfurt: Bebel hat mich mißverstanden, ich habe Bernstein nicht vorgeworfen, daß er im Socialwissenschaftlichen Studentenverein gesprochen hat, sondern daß er dort gegen uns gesprochen hat. David hat mir Mangel an Logik nachweisen wollen, weil ich den Socialwissenschaftlichen Studentenverein als indifferent bezeichnet haben soll. Ich habe gesagt, der Verein ist seinen Statuten nach in der That indifferent, er verliert über diesen Charakter durch seine Professoren, durch die ganze Art, wie er ausgeprohene Parteigenossen nicht dulden kann und dadurch, daß anerkannt zielbewußten Genossen dort nicht erlaubt wurde, zu reden. Mehring, Lebdeur und Schippel durften auch nicht in geschlossener Sitzung sprechen.

Singer: Das ist keine persönliche Bemerkung. Was Schippel, Mehring und Lebdeur passiert ist, kam nicht Gegenstand einer persönlichen Bemerkung von Ihnen sein. (Geisterleit.)

Grünwald (fortfahrend): David hat es mir sogar als absichtliche, grobe Unwahrheit unterzogen, daß ich nach der Lesart des Bernstein'schen Vortrages noch meinen Artikel hätte schreiben können. Diese Auffassung enthält zwei Unwahrheiten, ich lasse dahingestellt, ob absichtliche oder unabsichtliche. Erstens habe ich mich mit dem Bernstein'schen Vortrage inhaltlich nur einmal beschäftigt, und zwar nachdem ich ihn gelesen habe. Vorher hatte ich mich nur mit der Form befaßt, und wenn David nun noch behauptet, daß ich mit meiner Auffassung des Vortrages eine grobe absichtliche Unwahrheit gesagt habe, so hoffe ich, wird er diesen harten Vorwurf auch gegen seine eignen Freunde anwenden, die den Vortrag ebenfalls falsch verstanden haben.

Singer: Ich bitte Sie, im Rahmen der persönlichen Bemerkung zu bleiben.

Grünwald (fortfahrend): Also, ich muß den Vorwurf Davids in der energichsten Weise zurückweisen. Der andre Vorwurf Davids, der sich auf die Ruhland-Affäre bezieht, ist auch nicht gerechtfertigt. Mir hat jede, auch die letzte Beeinflussung des Parteitag's fern gelegen. Genosse Cohn wiederlegt in seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung etwas, was ich niemals gesagt habe, ich habe Ruhland von innen heraus psychologisch zerlegt. Ein noch größerer und gefährlicherer Vorwurf Davids ist der, ich hätte in der Polemik gegen den „Vorwärts“ die Vollmarische Richtung verstoßen der Veschlichkeit geziehen. Ich beschränkte mich einfach darauf, aus meinem Blatte den betreffenden Passus vorzulesen: Wir bleiben dabei, die Annahme des „Vorwärts“ ist durch nichts begründet, daß unsere Debatte über das Agrarprogramm den Professor Ruhland zu dem Versuch veranlassen hätte, die „Münch. Post“ den Zwecken des Bundes der Landwirte dienstbar zu machen. Alles spricht für unsere Annahme, daß es nicht diese Debatte, die erst 1894 begonnen, sondern die Vollmarischen Reden von 1891 und 1892 waren, die 1893 dem damals noch nicht bündlerischen Ruhland den Glauben einflößten, es gäbe in der Socialdemokratie eine Richtung, die sich durch kapitalistisches Geld fördern und fördern ließe — und jetzt hören Sie! — „welcher Glaube natürlich elend scheitern mußte.“ — Und nun appelliere ich an die Loyalität der Parteigenossen, zu entscheiden, was ich gesagt habe, und was nicht. Bleibt David bei seiner Behauptung, so habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck, sein Verhalten zu kennzeichnen, ich würde es eine Infamie nennen.

Dr. Gradnauer-Berlin:

Bebel ist gestern durch einen Irrtum von mir veranlaßt worden, es zu beklagen, daß der „Vorwärts“ keinen Berichterstatter zum Bernstein'schen Vortrag geschickt hat. Meine Kollegen vom „Vorwärts“ telegraphieren mir eben: „Im Socialwissenschaftlichen Studentenverein war Genosse Ströbel als Zuhörer, Genosse Reink als Berichterstatter anwesend. Beider Mitteilungen ergaben aber so völlig verkehrte Gedankengänge, daß ein kurzer Bericht unmöglich war; deshalb wurde die Herausgabe des Buches abgewartet, die die Unmöglichkeit einer kurzen Berichtserstattung bestätigte.“ Ferner eine Bemerkung gegen Stadthagen; er meinte, ich hätte gesagt, der „Vorwärts“ habe deshalb keine Stellung zum Bernstein'schen Vortrag genommen, weil er zugleich Central- und Lokalorgan sei. Das habe ich nicht behauptet. Als ich vom Lokal- und Centralorgan sprach, habe ich ganz allgemein auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der „Vorwärts“ seit jeher habe. Die Möglichkeit des Bernstein'schen Vortrages habe ich um so weniger das von Stadthagen behauptete sagen können, als ich vielmehr ausgeführt habe, daß wir zu dem Vortrag in jeder möglichen und notwendigen Weise Stellung genommen haben.

Leuter-Holda:

Bernstein hat gesagt, ich hätte die Gegner überschätzt und wäre vielleicht deshalb etwas zu ängstlich gewesen. Wer mich kennt, weiß, daß mir nicht ängstlich geworden ist vor Wasiernmann und Raumann, sondern vor Bernstein. (Geisterleit.)

Wend-Deßau:

Bei der Stichwahl in Brandenburg handelte es sich darum, ob ein Protovortreter oder ein Socialdemokrat gewählt werden sollte. Selbstverständlich haben wir da die bürgerlichen Freistimmigen, soweit sie sich zu unsren Gunsten ausdrückten, in unserer Zeitung gemeldet. Das geschieht überall. Wegler ruft mit lauter Stimme: Res! Geisterleit.) Jedemfalls nicht nur in Brandenburg-Deßau. In der „Welt am Montag“ ist dann aber...

Singer (unterbrechend): Sie dürfen keine persönlichen Bemerkungen über „Die Welt am Montag“ machen.

Wend (fortfahrend): Stadthagen hat doch mitgeteilt, daß wir diese Freistimmigen wiedergegeben haben. Seine Mitteilung ist einseitig, und es muß mir daher gestattet sein, vorzulesen, was in der Wiedergabe steht. Da heißt es ausdrücklich:

Was die Stellung unsrer Kandidaten zum Endziel betrifft, so hat Wend oft und nachdrücklich betont, daß er das Endziel, welches principieell aufzugeben ihm gar nicht einfällt (Hört, hört!), praktisch durch die an der Hand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sich darbietenden Gegenwartsaufgaben allmählich in der positiven Weise zu erreichen sucht, wie das seit 1890 angefangen der größeren Macht und Verantwortlichkeit der Socialdemokratie allgemein in der Partei geschieht.

Ich habe also damit ausdrücklich dem Inhalt nach die Auffassung der „Welt am Montag“ desavouiert und nicht für mich ausgenutzt. Ausgenutzt habe ich sie nur, soweit sie mir in formaler Beziehung zuträglich, das mehrfache Kampfesweise meine Art sei. Es heißt hier in dem Aufsatz diebezüglic:

Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Tätigkeit großes Gewicht auf eine sachliche Sache, aber in der Form anständig Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Bestimmung, auf die Achtung auch der Gegner Wert legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen“ Kuerbach angegriffen. Auch legt



unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwarts-Aufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel, erreichen zu können.

Was Stadthagen sich dann an Bemerkungen darüber gestattete, was ich für eine Bedeutung in der Partei hätte bzw. nicht hätte, so bin ich von jeder Bescheidenheit gänzlich frei, nicht mehr sein zu wollen, als ich unter den mir gegebenen Bedingungen und bei den mir gegebenen Fähigkeiten sein kann. Ich bemühe mich nach Kräften, da wo ich siehe meine Pflicht zu thun und bin dabei auch nicht ganz ohne Erfolg. Wer für sich noch nicht mehr Klammern verbroschen hat, als ich sie mit anlässlich der Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland zu Schulden kommen ließ, um Segner zu veranlassen, nicht für den ärgsten Prototypen zu stimmen, dem Vorworte zu machen, steht am allerwenigsten einem Genossen an, der die Klammere für seine Verton zweifellos in so hohem Grade versteht, daß ich ihm darin das Wasser nicht reichen kann. (Beifall.)

**David Mainz:**

Die Ausführungen von Grunwald können mich nicht veranlassen, irgend etwas von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe, sie treffen das Wesen, was ich ihm vorgeworfen habe, gar nicht. Ich habe ihm vorgeworfen, daß er mit Absicht eine Schamhämmerlei betrieben habe, um hier Bernstein vor Gericht zu schleppen, und das habe ich durch die beigebrachten Dokumente hinreichend bewiesen. Ich habe um so weniger Veranlassung, den Vorwurf zurückzunehmen, daß er den Vortrag als gefundenes Fressen betrachtet hat, das er gegen Bernstein anwenden könne, als ich das durch eine mir nachträglich bekannt gewordene Thatsache vollumfänglich bestätigt hat. Grunwald hat seine Artikel gegen Bernstein sofort an die bürgerliche Presse geschickt. (Hört! Hört!)

**Singer:** Sie dürfen im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht auf Dinge Bezug nehmen, die in der vorhergehenden Debatte nicht erwähnt worden sind.

**David (fortfahrend):** Grunwald hat erklärt, wenn ich meine Äußerung aufrecht erhalte, so sei das eine Infamie. Ich habe in meinen Bemerkungen gegen Grunwald die „Erfurter Tribüne“ citiert, die dem „Vorwärts“ vorwirft, er stelle die Parteigeschichte falsch dar, um die Wichtigkeit der Auslandischen Darstellung ablenken zu können. Ich habe diesen Passus genau so aufgeführt, wie der „Vorwärts“ selbst, daß nämlich Grunwald es für möglich hält, daß Parteigenossen die Infamie, die Ausland ihnen zugetraut hat, begehen könnten. Das beweist folgender Passus aus dem „Vorwärts“:

**Singer:** Ich bitte, keine persönlichen Bemerkungen für den „Vorwärts“ zu machen. (Heiterkeit.) Bitte, schämen Sie Ihre Empfindungen, aber lassen Sie andere Leute aus dem Spiel.

**David:** Ich habe den „Vorwärts“ citieren wollen, um zu zeigen, weshalb ich nicht zurücknehmen kann. Wenn mir das unmöglich gemacht wird, so muß ich mich bescheiden, ich konstatiere lediglich, daß ich nichts zurücknehme, und daß Grunwald, wenn er den Vorwurf der Infamie gegen mich erhebt, ja eigentlich nur eine Retourkutsche macht.

**Wedel:**

Gradnauer irrt sich, wenn er glaubt, daß allein seine Äußerung mich veranlaßt hat, es zu beklagen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ keinen Berichterstatter zum Bernsteinischen Vortrag entsandt hat. Wir haben auf der Redaktion Gradnauer, Ströbel und Eisner erklärt, daß kein Berichterstatter dort war. Nur Ströbel sagte, er sei als Zuhörer dagewesen, es sei aber unmöglich gewesen, dem Vortrage zu folgen und einen verlässlichen Bericht darüber zu bringen.

**Stadthagen:**

Der Ruf in der „Brandenb. Ztg.“ ist überschrieben: An das liberale Bürgertum. Es heißt darin:

„Ein freigeistiger Gegner rühmt Peus in der „Welt am Montag“ nach, es sei ein Mann, dem jeder entschieden freibeitlich Bestimmte unbedenklich seine Stimme geben könnte. Er hat sich stets durch den maßvollen Ausdruck im großen und ganzen recht verständiger Ansichten ausgezeichnet.“ schreibt dieser Gegner, vermutlich Herr v. Gerlach, der belamete freigeistige Nationalsozialist. Unser Kandidat legte allerdings seit Beginn seiner politischen Thätigkeit großes Gewicht auf eine zwar scharf, aber in der Form anständige Kampfesweise. Schon auf dem Erfurter Parteitage 1891 wurde er wegen dieser auf die Festsetzung, auf die Achtung auch der Gegner Wert legenden Agitationsweise von dem kurz darauf aus der Partei ausgeschiedenen „Unabhängigen“ Auerbach angegriffen. Auch legt unser Kandidat freilich das allergrößte Gewicht auf die Gegenwartsaufgaben, weil er überzeugt ist, nur durch die Lösung dieser auch die Zukunftsziele, auch das Endziel erreichen zu können.

Ich überlasse es Ihrem Urteil, ob das eine Ausnutzung von Stimmen der Gegner ist, und ob es dem guten Geschmack entspricht, derartige Lobeserhebungen auszusprechen, statt sie sich zu verdienen. Aber nachdem Peus das Belamete abgelegt hat, daß er nicht über die ihm gegebenen Fähigkeiten hinaus kann, verzichte ich natürlich aufs Wort. (Heiterkeit.)

**Grunwald:**

Was David gegen mich richtig gestellt hat, habe ich niemals bestritten. Ich habe nicht bestritten und bestreite es auch hier nicht, daß ich durch meine Artikel die Genossen hauptsächlich veranlassen wollte, gegen Bernstein eine schärfere Stellung einzunehmen. Ich halte es für Parteipflicht, was man vor seinen Genossen verantworten kann, auch jederzeit zu verteidigen. (Sehr gut!) David hat kein Wort zurückzunehmen für nötig befunden. Gut, es bleibt also bei dem was ich gesagt habe. Daß ich meinen Artikel an die bürgerliche Presse verhandelt habe, ist richtig. Ich habe sie an einige verständige bürgerliche Blätter geschickt. (Fischer ruft: Siebt es solche? Heiterkeit.) Rudolph: „Deutsche Tageszeitung“ und „Vossische Ztg.“, und zwar in demselben Sinne und derselben Absicht, wie die „Socialistischen Monatshefte“ und andre Zeitschriften verhandelt werden.

**David:**

Grunwald giebt zu, daß er die Absicht gehabt hat, deren ich ihn beschuldigt habe. Ich kann auch, was das Urteil über die Mittel betrifft, die er gebraucht hat, von dem Besagten nichts zurücknehmen.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen beendet. Es folgt die Abstimmung. Es liegen vor die Anträge 52, 91, 92, 93, 108, 109 und der Braunsche Antrag (115).

**Singer:** 108, 109, 115 betreffen Uebergang zur Tagesordnung über die weiteren Anträge. Ich schlage nun vor, zunächst über 109 abzustimmen, weil diese Resolution eine Art motivierter Tagesordnung enthält und am weitesten geht von den drei Resolutionen. Im Falle der Annahme von 109 würden alle Anträge erledigt sein. Sollte 109 abgelehnt werden, so würde 108 zur Abstimmung kommen, dann eventuell 115 und dann eventuell die weiteren Anträge.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte. **Frohme** bittet dem Vorschlag Singers nicht zuzustimmen, und zwar um eine möglichst einheitliche Kundgebung zu erzielen, zunächst über 108 abzustimmen. Von den Unterzeichnern von 108 sind eine ganze Anzahl geneigt, für 109 zu stimmen, wenn 108 abgelehnt wird. Wird über 109 zuerst abgestimmt, dann müssen sie gegen 108 stimmen und kommen in die unangenehme Lage, als Bernsteinianer zu erscheinen, während dieser künstlich konstruierte Gegensatz nicht neue Nahrung erhalten sollte. (Sehr richtig.) **Peus:** Singer hat gesagt, 109 sei der weitestgehende Antrag. Darin gebe ich ihm recht. Aber daraus folgt, daß über 108 und 115, die sachlich Abwägungen zu 109 darstellen, zuerst abgestimmt werden muß. Nur so kann ein Bild über die Stimmung der Genossen gegeben werden.

**Singer:** Ich bin zwar entgegengesetzter Ansicht, aber ich werde über die Frage abstimmen lassen.

**Frohme:** Ich bestreite nicht auf der namentlichen Abstimmung über 108.

**Singer:** Der Antrag auf namentliche Abstimmung ist ordnungsmäßig gestellt und kann nicht von einem Einzelnen zurückgezogen werden.

**Lebedour:** Heines Vorschlag wäre gerechtfertigt, wenn wir Amendements zu 109 vor uns hätten. (Seine: Sachlich sind sie das.) Daß die beiden Resolutionen 108 und 109 sich gegenüberstehen, geht aus den eigenen Erklärungen Bernsteins hervor. Die Annahme von 108 würde dadurch zu einem Vertrauensvotum für Bernstein werden. (Sehr richtig!)

**Peus:** Lebedour beweist mir jetzt, worauf er bei der Sache hinauswill. Nicht um eine Klärung der Ansichten der Genossen ist mir zu thun, sondern um irgend ein Urteil. (Auf: Ein Regergesetz!) Ratslos wissen die Genossen, wie sie stimmen wollen. Aber es muß festgestellt werden nach außen hin, wie die Stimmung ist. Lebedour sieht in 108 ein Vertrauensvotum, also in 109 eine Verurteilung Bernsteins. Das wollen Sie natürlich. Ich aber will nicht das eine oder das andre, sondern eine Klarstellung, wie stehen wir zu den drei Anträgen.

**Ulrich-Offenbach** schließt sich der Anschauung an, daß über 108 zuerst abgestimmt werden müsse. Bei anderer Fragestellung verküere er, wenn er seinen Standpunkt wahren wolle, die Möglichkeit, für 109 zu stimmen. Er sei weder der Ansicht, daß 108 ein Vertrauensvotum, noch daß 109 eine Verurteilung Bernsteins enthalte. (Lebedour: Gabe ich auch nicht gesagt.)

**Wedel:** Ich muß entschieden dagegen Einspruch erheben, daß jetzt in der Geschäftsordnungs-Debatte noch Reden über Sinn und Inhalt meiner Resolution gehalten werden. (Zustimmung.) Was ich mit meiner Resolution meine, habe ich klar und deutlich ausgesprochen und bin nicht in der Lage, Lebedours Auslegung zu acceptieren. (Beiwegung.) Ob über 108 oder 109 zuerst abgestimmt wird, halte ich für ziemlich gleichgültig. Weil wir aber den Betreffenden, die es wünschen, die Möglichkeit geben müssen, hernach für 109 zu stimmen, bin ich der Ansicht, daß zuerst über 108 abgestimmt wird.

Die Mehrheit beschließt, zuerst über 108 und dann erst über 109 abzustimmen.

**Peus:** Wann soll über 115 abgestimmt werden?

**Singer:** Zuerst über 108, dann über 109, dann über 115.

**Peus:** Wir haben aber nur darüber abgestimmt, worüber zuerst abgestimmt werden soll.

**Singer:** Nein, ich habe gefragt, ob zuerst über 109 und dann über 108 abgestimmt werden soll. Der Widerspruch hätte rechtzeitig erhoben werden müssen.

**Peus:** Das habe ich getan. Im übrigen halte ich die Sache für unwesentlich. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag 108 mit 108 Nein gegen 71 Ja bei Stimmenthaltung von Kautsch und Bernstein abgelehnt.

Mit Ja stimmten: Anand, Auer, Bartels, Lübeck, Baudert, Dlos, Dömling, Heinrich Braun, Dittmer, Calver, David, Deder, Deinhardt, Deutsch, Diez, Diumid, Dörndle, Ebert, Eßlinger, Erhardt, v. Elm, Emmel, Friedrich, Mich. Fischer, Fischer-Dresden, Friedrich, Frohne, Gerich, Gradnauer, Grömppe, Groß, Harz, Hoffmann-Vielfeld, Hoch, Hüttmann, Heine, Hug, Jakobson, Kießig, Kisch, Köstlin, Koch-Ottensen, Ladewig, Mah, Müller-Hamburg, Reufsch, Riebig, Orb, Pape, Peus, Pfeiffe, Pfüller, Pistorius, Quard, Roeste, Rohloff, Rudolph, Sidow, Siebenicher, Silberhühndt, Südekum, Schmidt-Rostod, Schulz-Magdeburg, Stangl, Helma Steinbach, Stubbe, Toelge, Thönen, Ulrich, Voigt-Bernburg, Webemeyer, Windhoff.

In weiterer namentlicher Abstimmung wird nunmehr der Antrag 109 mit 203 Ja gegen 31 Nein bei Stimmenthaltung von Auer, Mich. Fischer, Bernstein und Kautsch angenommen. Mit Nein stimmten:

Theodor Bartels, Gérard, Dr. Heinrich Braun, Deder, Deinhardt, Ebert, Elm, Edmund, Fischer, Friedrich, Heer, Junke, Käppler, Legien, Mah, Marwald, Reufsch, Riebig, Orb, Pape, Peus, Pistorius, Quard, Roeste, Rohloff, Rudolph, Sidow, Schmidt-Rostod, Schulz-Magdeburg, Helma Steinbach, Voigt und Webemeyer.

Damit ist die Resolution 115, die Anträge 52, 91, 92, 93 und dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Das Wort erhält nunmehr zu einer Erklärung **Bernstein:**

Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irre machen. Es ist mir aber auch zugleich das Wort der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgültig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mir objektiv unrecht thut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das „ausgeführt“ habe. Aber nachdem Genosse Wedel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Vertrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerhin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitages diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongressbeschlusse gebührt. (Stürmischer Beifall.)

Es wird zurückgesetzt zur allgemeinen Diskussion über die Presse. **Thiele-Halle:**

Es sind in den letzten Monaten eine Reihe von Artikeln erschienen, die sich mit unsern Prekverhältnissen beschäftigen und allgemeines Aufsehen erregt haben; ich meine in erster Linie die Artikel von Börsch und Calver und dann von Forbus. Man muß zugeben, daß die von Börsch und Calver behaupteten Mißstände in der That vorhanden sind. Die Zeit des Uebergangsstadiums muß auch für die Presse vorübergehen und das ist ja jetzt auch der Fall; es beginnt eine größere Uniformität, die Beteiligten vereinigen sich zu Besprechungen über gemeinsames gleichmäßiges Auftreten. In unsern Redaktionen und Expeditionen wird mit einem Eifer gearbeitet, und man wird unsern Parteireportagen und auch unsern Verwaltungsberichten das Bestmögliche zu leisten haben dürfen, daß sie das denkbar Höchste leisten in Anbetracht der äußerst dürftigen Mittel, mit denen die Redaktionen mit wenigen Ausnahmen ausgerüstet sind. Ich habe hier eine Zusammenstellung über das Verhältnis der Ausgaben für die Redaktionen zu den Einnahmen der Blätter; das ergibt sich daraus, daß sie im ganzen nur acht, wenn bis zehn Prozent der Einnahmen betragen, und darin fiedeln noch die sehr erheblichen Ausgaben für Strafen, die 2 bis 3 Prozent in Anspruch nehmen. Ein Hauptbestandteil ist die ungenügende Abgrenzung der Rechtsphären zwischen Verlag und Redaktion; ich würde sogar zu Gunsten einer festen Abgrenzung eine unglücklichere Stellung der Redactoren, wenn es nicht anders geht, in den Kauf nehmen. Weiter empfehle ich dringend feste Redaktionsbudgets. Ferner Informationen für die Provinzial-Korrespondenten durch ein festes Schema über die Hauptteile, über die ihre Berichterstattung gewünscht wird. Bezüglich der Verwaltung des Betriebes würde ich anworten, daß da, wo Filialen bestehen, dem Expedienten eine Zeitungskommission zur Seite gestellt wird, die ihn im Betriebe, in der Gewinnung neuer Abonnenten unterstützen und, wo der Expedient auch Korrespondent des Blattes ist, ihm mit dem nötigen Material an die Hand geben, ferner auch darauf zu achten hat, daß die monatlichen Abrechnungen recht sorgfältig gemacht werden. Meine Redezeit ist abgelaufen, sonst hätte ich noch über die Schreibweise der „Erfurter Tribüne“ gesprochen. Ich will nur noch ausdrücklich sagen, daß in Kollegenkreisen große Mißstimmung darüber herrscht, wie Grunwald Parteigenossen behandelt. (Zustimmung.)

(Schluß im Hauptblatt.)

**Gerichts-Beitung.**

**Die Gemeindeverwaltung von Neu-Weiskene vor Gericht.** Wegen Verleumdung des Amts- und Gemeindevorsethers Feldmann u. stand gestern der Mollereibisler Wertens vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Wertens hat seit dem Jahre 1898 in verschiedenen Eingaben an die dem Gemeindevorsteher vorgelegten Behörden die Verwaltungsmassnahmen dieses kommunalen Beamten kritisiert und ihn zuguterletzt des Meineids und der Be-

günstigung nicht pflichtgetreuer Beamten beschuldigt. Trotz des abtöndenden und verwarnenden Bescheides, der Wertens seitens dieser Behörden zu teil wurde, wiederholte er seine Verleumdungen, so daß gegen ihn das Strafverfahren wegen Verleumdung und wesentlich falscher Anschuldigung eingeleitet wurde.

In eingehenden, achtstündigen Verhandlungen wurden die Beschuldigungen auf ihren Wert geprüft. Ueber Vorgänge aus den ersten Jahren der Amtshaltigkeit Feldmanns (1877), sowie über solche, die vom Jahre 1892 ab bis in die jüngste Zeit spielten, wurde Beweis erhoben. Alle diese Vorgänge soll der Gemeindevorsteher in einem im November 1898 gegen Wertens geführten Prozesse, der zur Verurteilung des letzteren führte, unter seinem Eide falsch dargestellt haben. Einige Zeugen waren nicht erschienen, einige längst gestorben.

Der Staatsanwalt glaubte nach Beendigung der Verweisaufnahme nicht, daß der Angeklagte wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt habe. Er sei aber ein hartnäckiger, überaus verblendeter Mensch und geschäftsmäßiger Ehrabschneider, der aus Rachsucht gegen F. gehandelt habe. Er beantragte 6 Monate Gefängnis. Der Angeklagte verteidigte sich energisch gegen den Vorwurf der geschäftsmäßigen Ehrabschneider; er könne sich leider nicht wehren, müsse sich aber gegen solche Unterstellung verwehren. Was der Staatsanwalt geschäftsmäßig meine, verwehre er nicht, vielleicht sei das ein Geschäft, wenn man, wie er, schon einige tausend Mark an Strafe und Kosten in dieser Sache bezahlt habe. Dem Staatsanwalt wünsche er längeren Aufenthalt in Neu-Weiskene, dann werde er seinen, des Angeklagten Standpunkt begründen können. Der Verteidiger plaidierte ebenfalls auf Freisprechung; es könne höchstens der Dolus des Querulanten, niemals aber der Dolus des Verleüders in Anwendung gebracht werden.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu sechs Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten.

Wir müssen gestehen, daß und sowie vielen der Anwesenden das Urteil überrascht hat, wie uns auch die gegebene Begründung unverständlich geblieben ist. Die optimistische Erwartung vieler Anwesenden, daß Wertens nach der Verweisaufnahme freigesprochen oder höchstens zu einer Geldstrafe verurteilt werden würde, ist, wie man sieht, gründlich zu nichte geworden.

**Berein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin.** Heute fällt die Versammlung aus. Die nächste Vereinsversammlung findet am 3. October, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstraße 16, statt.

**Vermischtes.**

**Die Typhusepidemie in Gelsenkirchen.** In einer längeren Sitzung der Gesundheitskommission wurden Maßnahmen gegen die Typhusepidemie festgelegt. In Schalk, Wattenfeld, Ueckendorf, Biemard und Erle sind neue schwere Krankheitsfälle vorgekommen. In den Gelsenkirchener Krankenhäusern sind 388 Kranke untergebracht, deren Zustand sehr unglücklich ist; Hunderte Kranke befinden sich in Privatpflege. Da durch die Straßenbahn eine Verschleppung der Krankheit befürchtet wird, werden die Wagen täglich desinfiziert.

**Ueber einen eigenartigen Bergunfall,** den ein vollkommener Bergführer in Borsdorf erlitten hat, berichtet die „Zell. Ztg.“ Der betreffende verlieh früh die Hütte auf dem hohen Felsen, um über Furg nach Randweil zu gehen. Auf der Höhe Salauer trat dichter Nebel ein. Als er weiter wanderte, stürzte er plötzlich über eine 5 Meter hohe Felswand in einen Bergbach, aus dem er sich nur mit Mühe rettete. Aber weiter konnte er auch nicht. Mit gebrochenem Schienbein blieb er die ganze Nacht und den folgenden Tag auf derselben Stelle hilflos liegen. In seiner Not warf er sein Hemd in den Bach, ferner seine Strümpfe, in welche er einen Bittel mit der Aufschrift steckte: „Abgestürzt beim hohen Felsen. Bringt Hilfe!“ In der Nacht, als jede Hoffnung auf Rettung geschwunden war, schrieb er nebst Grüssen an seine Mutter sein Testament in sein Notizbuch. Am Sonnabend nahm er seine letzten Kräfte zusammen und lam kriechend in die Nähe der Almhütte Hintergarthorn, wo nun endlich seine Hilferufe gehört wurden. Man wurde ihm Hilfe zu teil. Man brachte den Verunglückten auf einer Bahre nach Jüterbocken und von dort nach Randweil, wo er sofort in ärztliche Behandlung kam.

**Marktpreise von Berlin am 24. September 1901**

nach Ermittlungen des lgl. Polizeivorstands.

Waren	Gr.	Preise	Waren	Gr.	Preise	
Getzen, gut	14,80	14,80	Partscheln, neue, D-Gr.	8	5	
"    mittel	13,80	13,80	"    Windfleisch, Reute 1 kg	1,70	1,20	
"    gering	13,00	13,00	"    do.    Bausch	1,50	1,00	
Knoggen, gut	16,10	16,10	"    Schweinefleisch	1,60	1,30	
"    mittel	15,20	14,40	"    Rindfleisch	1,70	1,10	
"    gering	14,30	13,60	"    Schmalz	1,60	1,20	
* Weisse, gut	14,80	14,80	"    Butter	2,80	2,00	
"    mittel	13,80	13,80	"    Eier	60 Stk	4,40	
"    gering	13,00	13,00	"    Kartoffeln	1 kg	2,20	
* Haser, gut	16,10	16,10	"    Hale	2,00	1,20	
"    mittel	15,20	14,40	"    Jambon	2,40	1,20	
"    gering	14,30	13,60	"    Schokolade	2	1,00	
"    Hühnerfleisch	7,00	6,82	"    Käse	1,80	0,80	
"    Gänsefleisch	8,30	8,50	"    Erdbeere	2,40	1,20	
"    Entenfleisch	40	25	"    Biere	1,40	0,70	
"    Pöschelohnen	50	25	"    Käse	1,40	0,70	
"    Käse	60	30	"    Käse	per Schot	16	2,50

\* frei Wagen und ab Bahn.

**Produktenmarkt vom 25. September.** Der Getreidemarkt war heute erlosch. Die aus Amerika gemeldeten etwas mässigeren Weizennotierungen wurden paralysiert durch die große Festigkeit der Pariser Weize, die ihren Grund in der Weidung hatte, was nach den amtlichen Berichten der Ertrag an Weizen auf 107 Millionen Hektoliter, das ist 7 1/2 Millionen Hektoliter weniger als im Vorjahre, geschätzt werden. Die Weizenmarktpreise stellten sich infolgedessen für Weizen bei uns 1/4 bis 1/2 Mark besser. Auch Roggen konnte sich nach den überflüssigen Realisationen der letzten Tage erholen und gewann 1/2 bis 1/4 Mark. Das Angebot, sowohl aus dem Inlande wie aus Rußland, ist knapper und auch die Frachtdie haben stark angezogen. Winter, märzlicher Roggen wurde ab Weizen mit 137 Mark gehandelt. Weizen lag gut behauptet. In Haser war das Geschäft wenig verändert, Preis um 1/4 Mark war still, amerikanische Weizen verändert, Vopata etwas besser, Haßel unverändert.

**Städtischer Schlachtviehmarkt.** Berlin, 25. September 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf kamen: 763 Rinder, 1254 Schafe, 10.046 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, angemästete, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00; b) junge fleischige, nicht angemästete und ältere angemästete 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jenseits 00-00. - Kühen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte längere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 00-00. - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, angemästete Färsen höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, angemästete Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere angemästete Kühe und wenig gut entwickelte längere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 00-00; e) gering genährte Kühe und Färsen 00-00. - Rinder: a) feine Rinder (Wahlmännchen) und beste Saugfärsen 00-00; b) mittlere Wahlmännchen und gute Saugfärsen 00-00; c) geringe Saugfärsen 00-00; d) ältere, gering genährte (Kühe) 00-00. - Schafe: a) Wollschäfer und längere Wollschäfer 00-00; b) ältere Wollschäfer 00-00; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wollschäfer) 00-00; d) Wollschäfer Ueberungslosche (Ueberungsgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 200-250 Pfund schwer, 60-61; b) schwere, 250 Pfund und darüber (Kühe) 62-63; c) fleischige 55-59; d) gering entwickelte 53-55; e) Sauen 55-57. Für 100 Pfund mit 30 Pfennig Tara.

Beizlauf und Tendenz. Vom Rinderantrieb blieben ungefähr 600 Stück unverkauft. Abgehende Preise waren nicht festzustellen. Der Rinderhandel gestaltete sich langsam. Bei den Schafen fanden etwa 400 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam, wird auch kaum ganz geräumt.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 26. September.  
**Opernhaus.** Aida. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Weh' dem, der liegt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroff).** Rameau's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Im Trianon-Theater.** Lebende Leber. Anfang 8 Uhr.  
**Schiller.** Die Kronpräsidenten. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Vertiner.** Die Goldgrube. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Haus Rosenhagen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reisbühne.** Sein Doppelpänger. Vorher: Im Compé. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Das Ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wetien.** Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rezeptionsbühne.** Desles Viten-cron's Bunte's Brett. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Giroflé-Giroflá. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss.** Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Landfischer. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Velle-Milance.** Tafelo. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Passage-Theater.** Damen-Ming-lämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Passage-Vanoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin W. - Berlin N. Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.  
**Jubiläumsstraße 57/62.** Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
 Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Die Kronpräsidenten.**  
 Historisches Schauspiel in 5 Akten von Henri Heine, überlegt u. Adolph Strodtmann. (Text der Gesamt-Ausgabe.)  
 Freitagabend 8 Uhr:  
 Zum erstenmale:  
**Jugend.**  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

### Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 6. Male mit gänzlich neuer Ausstattung:  
**Giroflé-Giroflá.**  
 Kom. Operette in 3 Akten von Vecoca. Hauptdarsteller:  
 Mia Werber, Sigmund Kunschdt, Carl Schulz, Emil Sondermann.  
 Morgen und folgende Tage Anfang 7 1/2 Uhr: **Giroflé-Giroflá.**  
 Sonntagnachmittag halbe Preise. Zum 758. Male: **Die Geisha.** Abds. **Giroflé-Giroflá.**

### Metropol-Theater.

**Schön war's doch!**

Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.  
**Emil Thomas a. G.**  
**Joseph Josephi a. D.**  
**H. Bender. G. Kaiser.**  
**Else de Veré a. D.**  
**Frid-Frid. F. Georgette.**  
 Gastspiel:  
**Saharet!**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

### Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.  
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr  
**Berliner Rangen!**  
 Große Ausstattungssposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Bernhard.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonntagabendnachmittag 4 Uhr Kinder-Vorstellung: **Kinderbrödel.** (10, 20, 30 Pf.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Piano, die zweite Frau.** (A. Preise.)

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Ueber den Wolken**  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägliche Sternwarte.

### Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Der künstliche Mensch!**  
 Die sensationellste Erfindung der Neuzeit:  
 Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.  
 Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

### Zoologischer Garten

Täglich nachm. 4 Uhr:  
**Grosses Konzert.**  
 Bei ungünstiger Witterung im Saal. Entree 1 Mk.; von 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder die Hälfte.

### Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:  
**Ein tolles Geschäft.**  
 Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen. Fritz Helmerding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Apollo-Theater.

**Kolossaler Erfolg des neuen Programms!**  
**Marcelle Grandet**  
**Die 4 Provençales**  
**Robert Steidl**  
**Frau Luna**  
**Luffballett Grigolatis**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.  
**Die wilde Rabe.**  
 Posse mit Gesang in vier Akten von Mannsbald und Weller. Musik von G. Steffens.  
 Nach der **Lanzkränzchen.**  
 Freitag: **Schuldig.**

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
 Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmann's Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Sonntags-Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert.  
 Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
 Vornehmst. Vergnügenslokal!  
 Täglich: **Internationale Konzerte.**  
 Spezialität-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.  
**Special-Ausschau der Berliner Bock-Brauerei.**  
 Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

### Casino-Theater

Lothringerstrasse 37.  
 !! Glänzender Erfolg der Saison!!  
**Steidl.**  
 Berlin N. — Berlin W.  
 Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.

## Achtung! Schönhauser Vorstadt (6. Wahlkreis).

Freitag, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr.  
 im „Berliner Prater“, Kastanien-Allee 7-9:  
**Volks-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
 1. Die Neu-Organisation des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises und die Beschlüsse des Berliner Parteitag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Da diese Versammlung von großer Bedeutung für unsere Organisation ist, ersucht um rege Beteiligung.  
 Der Vertrauensmann.

## Central-Verband der Löpfer.

Am Freitag, den 27. d. M., abends 6 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Str. 15:  
**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
 1. Berichterstattung des Geseiten-Ausschusses über den Verlauf der Tarifverhandlungen mit dem Vorstand der Janung. 2. Erläuterung ein zum neuen Statut. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
 Der Vorstand.

## Achtung! Bauanschläger. Achtung!

Donnerstag, den 26. d. M. 1901, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I:  
**Ausserord. General-Versammlung**

des **Bereins der Bauanschläger Berlins und Umgegend.**  
 Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Aufhebung unseres Streiks. Mitgliedsliste legitimiert. [34/18] Der Vorstand.



## Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.  
 3333 Gewinne Wert Mark

**100000**

Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.  
 Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark  
 Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme

**Carl Heintze, Berlin W.**  
 Unter den Linden 3. [2371L\*]

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direction: Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

## Cirkus Albert Schumann.

Renz-Gebäude, Karlstrasse.  
 Donnerstag, d. 26. September, abends präc. 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend. Gala-Programm.** U. a.:

**Ganz neue Erfindung des Dir. Alb. Schumann.**  
 Zum erstenmale vor dem Publikum: **Das Schuttpferd in Feuer und Flammen**

und **Serpentin-Tanz.**  
 Ferner sämtliche neu engagierten Spezialitäten.  
 Sonntag, den 29. d. M., nachmitt. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: **Zwei große außerordentliche Gala-Vorstellungen.** Nachmittags 1 Kind frei.

## Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
 Herrliches Programm, u. a. „**Bosco**“.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

## Presskohlen

Bruch aus Hensfeld.  
 Werken, pro Centner 30 Pf. ab Plaz. **A. Hermanns** Kohlenlager, Plazstrasse 12 und Pfeulstrasse 6.

## Anker-Briketts

sind zu haben bei **Friedr. Daniel & Co.,** Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Otto Weinert**

am 23. September verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 100/4

Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

**Danksagung.**  
 Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines treuen Gatten und guten Vaters seitens aller Verwandten und Bekannten, sowie des Socialdemokratischen Wahlvereins im IV. Wahlkreise (Südost) und der Kollegen der Firma Frischer u. Hoffmann A.-B. den herzlichsten Dank.  
 Witwe **Margarete Masche** nebst Kindern. 23932

## Neues Klubhaus

72. Kommandantenstr. 72.  
 Habe noch Sonnabende u. Sonntage im November, Dezember, Januar etc. einen größeren Saal zu vergeben. **H. Ebert.**

## Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Sonntag, den 22. d. M., nach längerem Seiden unter treuen Mitglied, der Genosse **Gottlieb Feyer.**

Als eines allezeit thätigen Mitgliedes werden wir des Dahingefahrenen herzlich in Ehren gedenken. 245/12

Die Beerdigung findet heute, am Donnerstag, den 20. d. M., auf dem Central-Friedhofe in Friedrichshagen um 4 1/2 Uhr nachmittags statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

## Verband der Sattler.

(Berlin I).  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 22. d. M. verstarb in seiner Heimat (Königsfeld, Erzgebirge) unser mehrjähriges Mitglied, der Sattler **Louis Schreiter**

(Bertholdstraße 6 e. H.). 1167/16  
 Ihre feinen Andenken!  
**Der Vorstand.**

## Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 12. Oktober, 8 Uhr  
 in den

glänzend neu renovierten gesamten Festsälen der **Brauerei Friedrichshain:**

## Herbstfest.

Ans dem sorgfältig gewählten Programm heben wir besonders hervor:

**Die Hasenpfote.**  
 Kankleikomödie von Hans Brenner mit **Marcel Salzer** als Gast.  
**Recitation: Herr Ernst Pittschau** vom Berliner Theater.

Festmarken a 50 Pf. sind für Mitglieder in den Zahlstellen zu haben.  
**Sonntag, den 29. September, nachm. 2 1/2 Uhr,** im Berliner Theater:

**Othello.**  
 9. und 10. Abteilung (gelbe und gelbgrüne Karten).

Gleichzeitig im **Lessing-Theater:**  
 II. Serie. 2./3. Abteilung (rotblaue und blaue Karten):

**Gespenster.**  
 Um pünktliches Erscheinen ersucht dringend  
 230/20] **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

## Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

**D. Wurzel & Co.**  
 19002\*] **jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.** Ecke

## Schön schreiben 8 M., Buchführung 12 M.

Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Comptoirbücher, lehrte grünlich, auch älteren Personen, **Krachts Handelschule,** Rosenbalerstr. 44. Zweigschule: Charlottenburg, Wilhelm-Platz 2. Anfang jeden Monatsbeginn. Der Dreimonats-Kursus in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. 23732\*

## Dr. med. Woerlein's Magentrank.

Das beste Genussmittel für den Magen, Unentbehrlich für jede Haushaltung.

Preis 1,- Mk., 1,50 Mk. und 3,- Mk.  
 Nur echt mit vollem Namenszug

Dr. med. Woerleins, prakt. Arzt.  
**Fabrikant Jean Becker, Ludwigshafen a. Rh.**

Erhältsich bei:  
**Berlin C.**  
 Dr. H. Bernard, Einhorn-Apotheke, 19, Kurstr. 24/25.  
 Max Schwarzlose, königl. Hoflieferant, 2, Königsstr. 50.

**Berlin N.**  
 G. H. Geyerberg, Droz. u. Parf., Eilasserstr. 97.  
 Hugo Barth, Droz. u. Parf., Brunnenstr. 18.

**Berlin NO.**  
 Richard Loose, Nachf. G. Ulrich, Neue Königsstr. 19.  
 Franz Suhl, Neue Königsstr. 85.

**Berlin SW.**  
 Franz Schwarzlose, Droguerie, Leipzigerstr. 56.  
 G. H. Geiniger, Droguerie, Köpnickstr. 3.  
 Gustav Rettig, 29, Velle-Milancestr. 91.  
 Ernst Wilh. Weirich, 61, Blücherstr. 1.  
 G. F. Ander, 48, Friedrichstr. 240.  
 Johannes Seopa, Import-Ges., 48, Friedrichstr. 240/1.

**Berlin W.**  
 P. Horn, Droguerie, Potsdamerstr. 6.  
 Max Geyer, Adler-Droguerie, GutsMuth-Str. 1, Ecke Alton-Liebenstr. 26.  
 H. Köppen, Droguerie, Alton-Liebenstr. 26a.  
 G. A. Winkler Nachf., Droguerie-Pandlung, Kurfürstenstr. 139.  
 Bruno Stückow, 30, Rosenbörgerstr. 8.  
 Max Schwarzlose, königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 70.

**Berlin NW.**  
 G. H. Geyerberg, Droz. u. Parf., Luisenstr. 39.

## Möbel Bartsch.

Wenn wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorräthig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coullante Zahlungsbedingungen. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erboten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1884.

## Rudolf Bartsch,

Oranienstrasse 73, zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10 000 Mark stets zur Ansicht vorräthig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coullante Zahlungsbedingungen. Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erboten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1884.



Fünfter Kongress der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

8. Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung. Die Diskussion über Organisation, Streiks, deren Regelung und Unterstützung wird fortgesetzt.

Organisatorische Resolution. 1. Eine Geschäftskommission von fünf Personen wird in Berlin eingesetzt, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den der Centralisation angehörenden Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen.

2. Der Geschäftskommission können alle Gewerkschaften angehören, welche die Programm-Resolution anerkennen und die „Einigkeit“ obligatorisch einführen oder einen Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Quartal an die Geschäftskommission zahlen.

3. Die einzelnen Organisationen werden verpflichtet, dort, wo es irgend möglich ist, Centralisationen zu schaffen, die den Berufs- und örtlichen Verhältnissen angepasst werden müssen.

4. Der Kongress proklamiert die unbedingte Solidarität der Centralisation ohne Rücksicht auf die Organisationsform und politische Ausrichtung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Resolution zur Regelung der Streiks und deren Unterstützung.

1. Jede für die Zukunft der Vertrauensmänner-Centralisation angegliederte Gewerkschaft ist verpflichtet, bei Auspöckungen, Angriffen oder Abwehrstreiks der Geschäftskommission sofort Mitteilung zu machen.

2. Grundföchtig wird von jeder Gewerkschaft erwartet, daß sie alles aufbietet, die zur Unterstützung von Streiks und Sperren erforderlichen Mittel selbst aufzubringen.

3. Die Höhe der hierzu erforderlichen Beiträge bestimmt jede Organisation selbst; jedoch darf der jährliche Beitrag pro Mitglied nicht unter einem halben Wochenlohn betragen.

4. Um eine planmäßige materielle Unterstützung für die auf solcher Grundlage aufgebauten Gewerkschaften durchzuführen, falls dieselben nicht in der Lage sind, einen Angriff- oder Abwehrstreik allein unterstützen zu können, ist es nötig, schon bei ruhigen Zeiten der Geschäftskommission Geldmittel in der Weise zur Verfügung zu stellen, daß jede derselben angeschlossene Gewerkschaft für unvorhergesehene Fälle eine Garantie in Höhe von 1 Mark pro Mitglied leistet.

5. Ist die auf diese Weise aufgebrauchte Summe ganz oder teilweise verbraucht, so sind die der Geschäftskommission angeschlossenen Gewerkschaften verpflichtet, den auf sie entfallenden Teil zu ersetzen.

6. Nur die Gewerkschaft hat Anspruch auf Unterstützung durch die Geschäftskommission, die vorstehend aufgeführten Verpflichtungen nachgekommen ist.

Berichterstattung ist Gehl. Berlin, der ersucht, den Vorschlägen der Kommission zuzustimmen.

Nach eingehender Debatte über die Resolutionen der Kommission, zu denen verschiedene Amendements und Abänderungsanträge eingegangen sind, wird die Abstimmung bis zur Erledigung des fünften Punktes der Tagesordnung vertagt.

Zunächst wird über die Namensänderung der Vertrauensmänner-Centralisation verhandelt. Es liegen hierzu 3 Anträge vor. Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, den Titel: „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ zu führen.

Einmütig wird beschlossen: Das Gehalt für den Redacteur der „Einigkeit“ auf jährlich 8000 M. festzusetzen und denselben mit der gesetzlichen Kündigungsfrist bis zum nächsten Kongress wieder einzustellen.

Hierauf wird wieder in die Diskussion über die zum vorigen Punkt eingebrachten Anträge eingetreten und die Abstimmung vorgenommen.

Der Ueberblick der „Einigkeit“ steht in die Klasse des Agitationsfonds. Ist der Ueberblick niedriger als 5 Pf. auf den Kopf der Summe der Mitglieder, die die „Einigkeit“ obligatorisch eingeföhrt haben, so haben diese Organisationen zum Agitationsfonds einen Zuschuß zu leisten, der den Unterschied ausgleicht.

Die Diskussion über die Regelung der Streiks und deren Unterstützung wird fortgesetzt. Mehrere Amendements, nach denen in der ersten Woche überhaupt keine Streikunterstützung festgelegt werden soll, und Anträge, wonach an die Geschäftskommission durch die Gewerkschaften Beiträge entsprechend den Lohnverhältnissen des Berufes, jedoch nicht über 50 Pf. pro Mitglied, abgeführt werden sollen, ferner daß die neugegründeten Gewerkschaften in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens von der Hinter-

legung des Garantiefonds zu befreien sind, werden sämtlich abgelehnt. Ebenso wird ein vom Rauzer Witte beantragtes Regulativ mit 26 gegen 19 Stimmen in namentlicher Abstimmung abgelehnt und schließlich die Kommissions-Resolution zur Regelung der Streiks und deren Unterstützung in der obigen Fassung mit 83 gegen 10 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

Es erfolgt hierauf die Wahl der Geschäftskommission. Vor der Wahl wird der bisherigen Kommission auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Außerdem wird beschlossen, den Vorsitzenden, ebenso wie den Expedienten der „Einigkeit“ zu befehlen, damit derselbe unabhängig ist und sich gänzlich der Thätigkeit für die Kommission widmen kann.

Witterungsüberblick vom 25. September 1901, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. u. N. It lists weather data for various stations like Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Danzabuda, Petersburg, Sort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. September 1901. Ein wenig kühler, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich frischen südöstlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. P. B. Zürich. Wöchten wir nicht nehmen. P. S. Wegen der Anzeige glauben wir Ihnen sehr Redenshaft schuldig zu sein.

Entgegnung auf die Publikation der Centrale für Milchverwertung (Milchring).

An unsere Mitbürger zur Aufklärung über die wahre Bedeutung und die wahren Ziele der Milch-Centrale.

- 1. Das Jahr 1875 gehört zu den Gründerjahren, bekanntlich eine Zeit ungesunder und unnatürlicher wirtschaftlicher Verhältnisse. 2. „Heruntergefallen“ ist der Preis nicht; wenn ein Preisbrud entstanden hat, so geschah das durch Ueberproduktion, durch Umwandlung vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Milch-Fabriken.

4. Wie unerhört die Forderung von 13 1/2 Pf. pro Liter, den angeblichen Selbstkosten, und wie groß die Wahrheitsliebe der Centrale ist, erkennt man ohne Mühe aus der Thatfache, daß bei der Butter-Produktion etwa 7 bis 9 Pf. pro Liter erzielt werden und dieselbe trotzdem in ständigem Wachstum begriffen ist. 5. Die Milchhändler sind in Wahrheit schon lange der renitente Zweig des gesamten Landwirtschafsbetriebes.

„Gewinnen die Landwirte.“ heißt es weiter, „so ist für weiteren Kampf viel getan.“ Der Landwirt produziert Milch, Getreide, Futter, Fleisch usw., ihm gehört das Preisbestimmungsrecht! Es handelt sich also nicht nur um eine Verteuerung der Milch, sondern im Anschluß daran um eine Verteuerung aller übrigen notwendigen Lebensmittel.

Arbeiter-Nachfahrer Klub „Glück auf“, Friedrichsberg, feiert am Sonnabend, den 28. d., sein erstes Stiftungsfest mit Ball in Köhlers Ball-Salon, Franzfurter Chaussee 120, und ladet Sportfreunde hierzu ergebenst ein.

36 Mark elegante Winter-Paletots. 30 Mark hochfeine Herren-Anzüge. Schwere Winter-Beinkleider. 14 Kranzenstr. 14, 1 Kr. kein Laden 1 Kr.

Cigarren billigste Bezugsquelle für Händler, Restaurateure etc. H. Frons, N., Swinemünderstr. 66 I. Fabriklager.

Eugen Joachims Möbelfabrik. Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz. Großer Möbelspeicher. Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungen-Einrichtungen.

Wer Stoff hat? fertige unter Garantie tadelloser Stoffe, gute Näh-, Anfang 18 M., Sommer-Paletot 16 M., Winter-Paletot 18 M. Alexander Schmidt, Dresdenerstr. 14.

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2 12-1/3, 1/4 0-1/8.

Anker Brikets advertisement featuring an image of a man holding a large brick and the text 'Prüfen Sie bitte die besten der Gegendart!'.

Arbeits-Anzüge für jeden Industriearbeiter, kauft man billig bei Adolf Wecker, 3. Mühlendamm 3.

Möbelstoffe! auch Reste alle Dunst, selten billig! Gelegenheitskauf: Moqueett-Püsches 5, 35 M. per Meter (100 Centimeter breit).



**Dr. med. Schaper**  
 kons. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
 Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Wer schnell und zu günstigen  
 Bedingungen  
**Geld!**  
 Darlehen oder Hypothek sucht,  
 verlange unseren Hypotheken-  
 und Darlehens-Nachweis.  
**H. Bittner & Co.,**  
 Hannover-Z.

**Ziehung: 26. bis 30. Oktober,**  
**1. u. 2. November d. J.**

**Lose à 3 Mark** { Porto u. Liste } bei  
**Alex. Hessel, General-Debitur,**  
**Dresden, Weissgasse 1.**  
**Verkaufsstellen in Berlin:**  
 Oscar Bräuer & Co. Nachf., W. Friedrichstr. 181  
 u. Wilsnackerstr. 63,  
 Neubauer & Co., W., Friedrichstrasse 198-99,  
 Ludw. Müller & Co., C., Breitestrasse 5,  
 Carl Heintze, W., Unter den Linden 3,  
 Emanuel Meyer jun., C., Stralauerstr. 54, Carl Leipzig\*, C., Rosenthalerstr. 58, Hugo Rendelmann, W., Friedrichstr. 205, sowie in allen durch Plakate kenntl. Loshandl.

# Grosse Meissner Geld-Lotterie

Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark**  
 Haupt-Gewinn **60000, 40000, 20000, 10000,**  
 2 à 5000, 5 à 3000, 20 à 1000, 30 à 500, 50 à 300, 150 à 100, 400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mark.  
**13160 Geld-Gewinne, 375,000 Mark** baar Geld ohne Abzug.  
 Die Hauptausziehung besteht aus 3 bis 4 Uhr amgenommen.

## An die

# Berliner Milch-Verbraucher!

1875 erhielt der Landwirt für 1 Liter Milch franco Berlin 15-16 Pfennig, 1900 war der Preis franco Berlin bis auf 11-11 1/2 Pfennig heruntergetrieben. **Trotz dieses Preisfalles nahm der Handel von der Hausfrau wie vor in diesen 25 Jahren 20 Pf. pro Liter Milch ab Laden.**

Bei 3600 Proben, die die Milchzentrale in den letzten Wochen kaufte und untersuchen ließ, kostete 1 Liter Milch ab Laden:  
 in 4 Fällen 30 Pfennig,  
 11 " 18 " (Allen zur Einsicht),  
 2 " 16 "  
 3043 " 20 "

Während der Milchhandel also 4-5 Pfennig den Liter billiger kaufte als vor 25 Jahren, bezahlte die Hausfrau denselben Preis von 20 Pf. Jahr aus Jahr ein.

Von Jahr zu Jahr erhoffte der Milchbauer ein Steigen der Milch-Engrospreise, da seine Bedarfsartikel (Eisen, Kohle, Kleider etc.) und die Löhne in diesen 25 Jahren 40 % stiegen und der Preis seiner Erzeugnisse dauernd gefallen ist.

Der Versuch einer großkapitalistischen Gesellschaft, im Winter 1900/1901 auf Grund eines Patentbesitzes ein Milchmonopol für Berlin auszubringen, brachte den Stein zum Rollen.

Die Landwirte forderten im Frühjahr 1900 vom Milchhandel 13 1/2 Pf. pro Liter Vollmilch frei Berlin im Großhandel - die Milchhändler lehnten ab, rieten aber, nur einen Pfennig mehr zu nehmen. Die Landwirte gaben nach und so kam der Milchpreis auf 12-12 1/2 Pf. frei Berlin Bahnhof für 1901.

Im Winter 1900/1901 erstor der größte Teil der Saat und der Alee; der trockene Sommer 1901 ließ eine Futtermittelnot entstehen, wie sie schlimmer seit 34 Jahren nicht gewesen ist.

**Trotz alledem lehnten die Milchpächter jede Verhandlung mit den, in der Milchzentrale geeinigten 5000 märkischen Bauern brüsk ab!**

**Kein Wort des Angriffs ist bis heute seitens der Milchbauern gefallen, in allen Veröffentlichungen ist gesagt worden: „Nur mit dem realen Berliner Milchhandel wollen wir das Geschäft zusammen machen.“**

Unsre Molkerei ist nur erbaut, um den oft um 100 000 Liter in einer Woche schwankenden Bedarf zu befriedigen oder den Markt zu entlasten. Wir wollen den Berlinern das Beste bieten, was an Milch und Sahne zu beschaffen und erklären heute:

Gut der Berliner Milchhandel, dem wir 100 000 Liter Milch ab Bahnhöfen, ab Molkerei und ab 3 in verschiedenen Teilen der Stadt gelegenen Verkaufsstellen am 1. Oktober zur Verfügung stellen, am 10. Oktober nicht gekauft und gepachtet, so eröffnen wir am 15. Oktober 300 Läden für Milch- und Sahne-Verkauf, und dann wird die Hausfrau dort kaufen, wo sie das Beste und Billigste für ihre Familie erhält; dann kann Konsument (die Hausfrau) vom Produzenten (den Bauern) direkt Milch kaufen. Sollte die Hausfrau den Bauer, der seine Produkte möglichst direkt an sie liefern will, ohne daß sich der Preis erhöht, boykottieren?

**Wir glauben es nicht!**

**Centrale für Milchverwertung** e. G. m. b. H.  
 Berlin, Köthenerstr. 39.  
 und vom 1. Oktober an Schilling-Strasse 12.

Jedes Wort: **5 Pfennig.**  
 Nur das erste Wort mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

<p><b>Verkäufe.</b></p>	<p><b>Wöbel-Gelagenheit.</b> Beim Kalkulator Otto Adelt, Möbelfabrik 25 (Bahnhofstr.), stehen zum sofortigen Verkauf neue gediegene Einrichtungen, ein Posten Säulentrümmel 30,00, Brodtischplatte 20,00, Jumentischplatte 5,00, Küchenschrank 25,00, Salonarmaturen, Paneelsofas, Ruhebetten, Büffets, Schreibtische, Bücherregale, Salonmöbel, gestickte Uebergardinen, Divanbetten, Stühle, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Tischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gefertigt lagert unentgeltlich. (8138)*</p>	<p><b>Spottbillig Teppiche.</b> Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontieruhren, Regulatoren, Operngläser, Winterpaletots, Bettstellen verkauft Verbands Raubstrasse 6. 71/14*</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat-erteilung.</b> Andreasstrasse dreiundsechzig. 6985*</p>	<p><b>Telnehmer für mein gut möb- lirtes Balkonzimmer gesucht.</b> Frau Jacoben, Goldbergerstrasse 26, vorn III</p>	<p><b>Stellenangebote.</b></p>
<p><b>Restaurations wegen Krankheit</b> billig zu verkaufen. Näheres Charlottenburg, Westfälischestr. 30. (7144)*</p>	<p><b>Metallbetten, hochlegant, Patent- matrassen 40. Rappold, Ullrichstr. 17, Uebergasse 40. 6698</b></p>	<p><b>Tafelplanen, hochseine, färb- bar, Regulatoren, Operngläser, Winterpaletots, Bettstellen verkauft Verbands Raubstrasse 6. 71/14*</b></p>	<p><b>Patentanwalt Dammann, Ro- rippel 57, Auskunft bis abends neun. 7678*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Bauarbeiter auf Dreibeine</b> sofort Berger u. Co., Köpcke- strasse 112. 7185</p>
<p><b>Milchgeschäfts-Einrichtungen, als</b> Milchfässer, Milchschannen, Milchfische etc. billig bei Jordan, Kleine Poststrasse 28. 8048*</p>	<p><b>Teppiche mit Gardinenschlern, Federbettenverlage</b> Große Frankfurter- strasse 9, parterre. 737*</p>	<p><b>Materialwaren.</b> Holz, Gemälde- geschäft, Kasse, Holz, Kohlenhandlung, gutgehend, Wietze 44 Mark, 2 Wohn- zimmer, großer Bierumzug, umhän- delbar verkauft. Erfragen Bandelt, Raunstrasse 35. 7118</p>	<p><b>Unfallfassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Fugger, Steglitzer- strasse 65. 1406*</b></p>	<p><b>Schlafstellen.</b></p>	<p><b>Tüchtiger Diener</b> sucht einen besseren Gehalt, sofort gesucht. Berg, Gassestrasse 52. 7198</p>
<p><b>Gardinenhand Große Frankfurter- strasse 9, parterre. 737*</b></p>	<p><b>Kinderwagen.</b> Sportwagen, Kleinautomobil, Bojar Baby, Inva- lidenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115, Oranienstrasse 31, Belle-Alliance- strasse 107, Reinickendorferstrasse 24, e. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse Nr. 65. Teilzahlung gestattet. 7228*</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Kaufsfabrik von Frau Kottsch, Steinwegstrasse 48, Uebergasse hoch- parterre. 7678*</b></p>	<p><b>Schlafstelle vermietet</b> Richter, Ullrichstrasse 36, I. 3046</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Vorjährige elegante Herrenhosen</b> aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 8488*</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Möbel, Gelegenheit.</b> Garten- stühle 148 I. Sofa 12,00, elegantes Tischgarnitur 50,00, Tisch- spiegel 10,00, geschliffener Truhen- kasten 20,00, Kommode 10,00, Kleider- schrank, Bettstellen, Teppich, Lein- wand 3,00. Mehreres spottbillig.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Vorjährige elegante Herrenhosen</b> aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 8488*</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>
<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Wäscheherren, neue und ge- bräunte.</b> Köpcke, Schützenstrasse 61.</p>	<p><b>Reparatur zum Inventarpreise</b> zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzweberstrasse 8, parterre. *</p>	<p><b>Rechtsbureau, Rechtshilfe, Rat- erteilung, Andreasstrasse dreiund- sechzig. 6985*</b></p>	<p><b>Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu ver- mieten.</b> Rosenthal, Poststrasse 54, Hof III.</p>	<p><b>Arbeitsmarkt.</b></p>